

Deutschland/Österreich 5 Euro, Schweiz 6 CHF

Januar/Februar

1/2026

die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION



WIDER DIE KRIEGSTÜCHTIGKEIT

INHALT

Militarismus

Wider die Kriegstüchtigkeit, Jakob Schäfer	3
ReArm Europe – gegen wen? Jürgen Wagner	6
Goodbye Grüner Kapitalismus – Hello Kriegswirtschaft, Thies Gleiss	11

Israel

„Groß-Israel“ im Licht der geopolitischen Veränderungen, Hani Adada	16
Israels gewaltsame Expansion, Joseph Massad	22
Die Adellung des Kolonialismus, Craig Mokhiber	25

Portugal

Die portugiesische Linke am Scheideweg, Toupeira Vermelha	29
--	-----------

Venezuela

Hände weg von Venezuela!, Jakob Schäfer	33
Venezuelas autoritärer Kurs und die Verfolgung der Linken, Edgardo Lander	34

Klima

COP 30: Kein Witz, Michael Roberts	40
---	-----------

Energie

Blackout – das war bestimmt nicht das letzte Mal! Daniel Albarracín	45
--	-----------

Künstliche Intelligenz

Künstliche Intelligenz: Eine kritische Bewertung, Klaus Meier	50
--	-----------

Nachruf

Andreas Kloke 1953–2025, Daniel Berger	56
---	-----------

Register

Register 2025	57
----------------------------	-----------

IMPRESSUM

die internationale wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss*innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (BFS/MPS, Schweiz).

die internationale erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor*innen wieder.

Redaktion:
Wilfried Dubois, Jochen Herzog,
Björn Mertens, Paul Michel, Heinrich
Neuhaus, Jakob Schäfer, Michael Weis
(V.i.S.d.P.)

Abonnements:

- Einzelpreis: EUR 5,-
CHF 6,-
- Jahresabo: EUR 25,-
- Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 35,-
- Solidarabo: ab EUR 35,-
- Sozialabo: EUR 15,-
- Probeabo (3 Hefte): EUR 10,-
- Auslandsabo: EUR 40,-

www.intersoz.org

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:
die internationale
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
Vertrieb:
internationale-vertrieb@intersoz.org

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen:

- Deutschland:
ISO,
iso@intersoz.org,
<https://intersoz.org/>
- Österreich:
SOAL, Sozialistische Alternative,
office@soal.at,
<https://soal.at/>
- Schweiz:
BFS/MPS, info@bfs-zh.ch,
<https://sozialismus.ch/>

WIDER DIE KRIEGSTÜCHTIGKEIT

Die Zeitenwende ist in eine neue Phase eingetreten, der Widerstand gegen die Militarisierung allerdings ebenfalls.

■ Jakob Schäfer

Das neue Strategiepapier der US-Regierung¹ macht deutlich, dass sich der Konflikt zwischen den USA und der EU drastisch verschärft. Die US-Regierung setzt auf eine Spaltung der EU, um auf diese Weise wirksamer die US-Bedingungen für den internationalen Handel und die geopolitischen Interessen der USA durchsetzen zu können. Im Sommer 2025 wurde dies schon mit dem Handelsabkommen USA-EU deutlich.² Mit dem neuen Strategiepapier der US-Regierung wird nun offiziell dokumentiert, dass man auch vor politischer Einmischung in der EU und bestimmten Mitgliedsstaaten nicht zurückschreckt.

Diese Konfrontation ist nicht wirklich neu und muss vor dem Hintergrund der verschärften wirtschaftlichen und der daraus sich ergebenden geopolitischen Konkurrenz gesehen werden. So hebt das US-Papier (S. 29) den Substanzverlust der von „Kontinentaleuropa“ (gemeint ist die EU) hervor: Der Anteil am globalen BIP ging seit 1990 von 25 % auf heute 14 % zurück.

Aber auch die USA sind in den letzten Jahrzehnten zurückgefallen. Und: „Mindestens genauso wichtig ist, dass selbst in der Hochtechnologie die USA an Boden verlieren, wenn man von wenigen Bereichen der Cybertechnologie und verwandter Sektoren absieht. Der US-Anteil an den weltweiten Ausfuhren von Gütern der Hochtechnologie hat sich von fast 18 Prozent Ende der 1990er Jahre auf heute rund 9 Prozent halbiert. [...] Chinas Marktanteil in diesem Sektor stieg innerhalb von 20 Jahren von 2 auf 17 Prozent.“³ Diese Entwicklung veranlasste schon die US-Regierung unter Biden, die protektionistischen Maßnahmen zu verschärfen.⁴

Strategiewechsel in Deutschland und der EU

Ohne Zweifel hat der Ukrainekrieg die Bestrebungen zu einer umfassenden Militarisierung der Gesellschaft verschärft, aber diese Entwicklung setzte schon lange vor dem Ukrainekrieg ein. Es liegt nun mal im Wesen kapitalistischer Konkurrenz, wirtschaftliche Positionen durch Militärpolitik zu ergänzen, um der eigenen Macht mehr Durchsetzungskraft zu verleihen.

Nur vor diesem Hintergrund ist das Bestreben der herrschenden Klasse nach Kriegstüchtigkeit zu verstehen. Sowohl militärisch als auch ideologisch wird deshalb heute mobilgemacht. Dabei wird kein gesellschaftlicher Bereich ausgelassen bis hin zu Werbeveranstaltungen von Bundeswehroffizieren an Schulen. Im Rahmen sogenannter „Zivil-Militärischer

Zusammenarbeit“ werden Kliniken und das gesamte Gesundheitswesen „kriegstüchtig“ gemacht, um im „Ernstfall“ die Verletzten von der Front möglichst schnell wieder „einsatzfähig“ zu machen.⁵

Zwar wird hier viel mit dem Ukrainekrieg argumentiert, aber die dominanten Kreise der Bourgeoisie haben längst klargemacht, dass es ihnen dabei vor allem darum geht, die BRD als Führungsmacht in Europa zu etablieren. Es reicht also nicht, „nur“ uneingeschränkt Waffen zu exportieren und die EU-Rüstungsindustrie zu stärken (siehe dazu auch den hier nachfolgenden Artikel von Jürgen Wagner). In Deutschland geht es in nächster Zeit vor allem darum, ein „Umdenken“ der Bevölkerung zu bewirken. Sie soll erstens dafür gewonnen werden, die Umschichtungen der öffentlichen Haushalte von Sozialausgaben

in Richtung Kriegstüchtigkeit zu akzeptieren. Zweitens soll die Bundeswehr personell aufgestockt werden. Dazu reichen absehbar die vorgesehenen materiellen Anreize (höherer Sold, Führerschein usw.) nicht aus. Deswegen soll es mittelfristig zur Reaktivierung der Wehrpflicht kommen.

Rüstungsindustrie im Aufwind

Hätten die deutschen Gewerkschaften ihre antimilitaristische Position aus den 1950er Jahren bewahrt, als sie sich gegen die Wiederbewaffnung engagierten, dann stünden sie aktuell wenigstens ansatzweise gegen Aufrüstung, Militarisierung und Wehrpflicht. Wir erleben jedoch heute das genaue Gegenteil. Auf den Gewerkschaftstagen von ver.di und IG Metall 2023 wurde noch – gegen den Willen der beiden Vorstände – (wenn auch inhaltlich schwach) Position gegen die Aufrüstungspolitik bezogen. Doch schon wenige Monate später machte sich der IGM-Vorstand mit der SPD und der Rüstungslobby gemein, um mehr Investitionen in die Rüstungsindustrie zu fordern.⁶

Mit dem Segen der IG Metall hat diese Politik richtig Fahrt aufgenommen. So schreibt Markus Fasse am 3.9. unter dem Titel „Wirtschaftsfaktor Rüstung“ im Handelsblatt zur rüstungspolitischen Tagung vom 1. und 2. September: „Deutschland wird sein Verteidigungsbudget in den kommenden Jahren fast verdreifachen. [...] In spätestens 24 Monaten werden wir eine Schlagzahl erreichen, mit der wir die Rüstungsindustrie vernünftig aufstellen können“, sagte Chef Armin Papperger. Er rechnet im Herbst mit den nächsten Großbestellungen. Seine Prognose: In einigen Bereichen werde Rheinmetall seine Produktion ‚nicht verdoppeln, sondern verzehnfachen‘.“

Das Interesse vieler Autozulieferer, in die Rüstungsbranche einzusteigen, ist groß. „Es gibt ein VW-Werk in Niedersachsen, wo sich VW auch eine militärische Auslastung vorstellen kann“. (IG Metall-Vorstandsmitglied Jürgen Kerner) Die IG Metall hat auch die Übernahme des Alstom-Bahnwerks in Görlitz durch den Panzerbauer KNDS wohlwollend begleitet, immer mit dem Argument der Sicherung von Arbeitsplätzen.

Bekanntlich sind die „Arbeitsmarkteffekte“ in der Rüstungsindustrie verglichen mit Investitionen in tatsächlich produktive Bereiche denkbar gering. Statt sich nun für die Konversion etwa der Autoindustrie in den Bau von Bussen und Bahnen stark zu machen, gibt die IG Metall der umgekehrten Konversion (etwa beim VW-Werk in Osnabrück, für das der Rüstungskonzern Rheinmetall Interesse angemeldet hat) ihren Segen. Tom Krebs und

Patrick Kaczmarczyk (Uni Mannheim) schreiben in einer Studie, die man für die gewerkschaftliche Arbeit nutzen sollte:

„Die Analyse zeigt, dass der kurzfristige Fiskalmultiplikator für Militärausgaben in Deutschland nicht wesentlich größer als 0,5 ist, und eventuell sogar bei 0 liegen kann. Ein zusätzlicher Euro für die Rüstungsindustrie schafft also höchstens 50 Cent zusätzliche gesamtwirtschaftliche Produktion, aber die zusätzlichen Staatsausgaben könnten auch gar keinen Produktionseffekt entfalten. Zum Vergleich: Bei gezielten Investitionen in die öffentliche Infrastruktur kann mit einem Fiskalmultiplikator von 2 gerechnet werden, und für den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur in Kitas und Schulen kann der Multiplikator sogar auf 3 steigen. [...] Aus ökonomischer Sicht ist die geplante Militarisierung der deutschen Wirtschaft eine risikoreiche Wette mit niedriger gesamtwirtschaftlicher Rendite.“⁷

Und sie schreiben weiter: „Der mehr als zwanzigfache Anstieg des Aktienkurses des Rüstungsherstellers Rheinmetall seit Beginn des Kriegs in der Ukraine unterstreicht, dass Investoren hohe Gewinnerwartungen für die deutsche Rüstungsindustrie haben, die nur mit entsprechenden Preissteigerungen verwirklicht werden können. [...] Anders ausgedrückt: „Rüstungsunternehmen steigern ihre Gewinne aufgrund eines staatlich induzierten Inflationschocks im Militärbereich.“

Gegenwehr noch im Aufbau

Der Widerstand gegen diese Politik kommt auf absehbare Zeit nicht von den Gewerkschaftsführungen, doch es regt sich so einiges in gewerkschaftlichen Strukturen auf den unteren Ebenen. Drei Beispiele:

Am 16. September 2025 beschloss die DGB-Jugend: „Wir stellen uns gegen jede Form der Militarisierung, gegen Pflichtdienste, gegen die Ausweitung des Sicherheitsstaates. Frieden und soziale Sicherheit gehören zusammen.“⁸ Am 19. September veröffentlichte die IG-Metall-Jugend ihr Position in dem Papier „Wehrdienst und Pflichtdienste verhindern“ und legt dabei großen Wert auf die Verbindung von Antimilitarismus und dem Kampf für Grundrechte.⁹ Beide Dokumente haben ihre Schwächen und zeigen auf, dass das Zusammengehen mit der Antikriegsbewegung gefördert werden muss. Beispielhaft hierfür kann das sein, was sich zurzeit in Osnabrück entwickelt: Hier gibt es seit Monaten ein Bündnis aus Gewerkschafter:innen, Beschäftigten und jungen Aktivist:innen, die eine Umstellung auf zivile Fertigung,

öffentliche Investitionen in Mobilität, Klima und Pflege fordern. Ergänzt wird dies mit dem Eintreten für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich: „Zukunftswerk Osnabrück. Sozialökologischer Umbau des VW-Werks Osnabrück“¹⁰ Nur eine Politik, die sich für solche Ziele einsetzt, wird letztlich auch der AfD das Wasser abgraben (im Gegensatz zum hohlen Geschwätz der bürgerlichen Parteien von der notwendigen „Verteidigung der Demokratie“).

Das dritte Beispiel: Der DGB-Stadtverband Stuttgart hat für den DGB-Kongress 2026 Anträge gegen NATO-Aufrüstung, Raketenstationierung und Kriegsdienstzwang formuliert: „Die Friedensfrage ist eine soziale Frage. Jede Milliarde für Krieg ist eine Milliarde gegen Pflege, Bildung und Klima.“¹¹

Wenn wir auf den Schulstreik vom 5. Dezember und die andauernden Aktivitäten in diesem Zusammenhang schauen, so können wir feststellen: Der Kampf gegen den Wehrdienst kann zu einem Katalysator für die Entwicklung einer breiten Bewegung gegen die Militarisierung werden. Ganz offensichtlich kommt heute der Widerstand gegen die Herstellung von Kriegstüchtigkeit mehr denn je von unten und im Besonderen von der Jugend. Noch bis vor kurzem (auch noch nach der Verkündung der „Zeitenwende“) hatten sich in erster Linie die traditionellen – und oft überalterten – Strukturen der Friedensbewegung aktiviert. Aber mit dem Vorhaben, die Wehrpflicht zu reaktivieren und möglicherweise auch ein allgemeines Pflichtjahr einzuführen, kommt unverkennbar ein Teil der jungen Generation in Bewegung.

Wer sich der Militarisierung und der wachsenden Kriegsgefahr widersetzen will, wer sich für den Erhalt und den Ausbau sozialer Sicherungssysteme oder für Maßnahmen zum Klimaschutz einsetzen will, der sollte in nächster Zeit Energie in die Bewegung gegen den Wehrdienst stecken. Er nimmt in vielerlei Hinsicht eine Schlüsselstellung im Kampf gegen die Militarisierung ein. So kann eine Massenbewegung entstehen, die dazu beiträgt, die Haltung weiter Teile der Gesellschaft zum Militär und den Großmachtambitionen der Herrschenden zu verändern.

Das Programm der breit aufzubauenden Antikriegsbewegung lässt sich in folgenden zentralen Punkten zusammenfassen:

- Nein zur Wehrpflicht! Nein zum „freiwilligen“ Wehrdienst! Nein zum Pflichtjahr.
- Nein zur Aufrüstung und Militarisierung! Deutschland raus aus der NATO!

- Nein zur Bundeswehrwerbung an Schulen und Unis!
- Sofortiges und uneingeschränktes Verbot von Rüstungsexporten!
- In der Rüstungsindustrie werden gigantische Profite eingesackt. Deshalb: Machen wir uns stark für eine Vergesellschaftung der Rüstungsindustrie unter Kontrolle der Beschäftigten!
- Für den Umbau der Rüstungsindustrie in Betriebe, die gesellschaftlich nützliche Güter produzieren, z. B. Busse und Bahnen für den ÖPNV.
- Statt Aufrüstung: Massive Investitionen in Bildung, Soziales, Gesundheit und Klimaschutz.

1 <https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2025/12/2025-National-Security-Strategy.pdf>

2 Trumps Deal mit der EU: kein Ende der Krise, <https://www.inprekorr.de/646-oekon-deal.htm>

3 Jakob Schäfer: „Krise und Empire“, <https://www.inprekorr.de/644-krise.htm>

4 Schon Biden verhängte 100 % Zoll auf Elektroautos, FR 14.5.2024. Am 16.5. 2024 schrieb die FR: „Zudem verhängt die US-Regierung neue oder stark erhöhte Zölle unter anderem für Solarzellen, Halbleiter, Hafenkräne und Medizinartikel wie Kanülen und Schutzmasken. [...] US-Präsident Biden hat massive Strafzölle auf chinesische Produkte eingesetzt. Die EU zögert. Ein Verband warnt jetzt [die EU] davor, Biden nachzumahen.“

5 <https://www.ippnw.de/frieden/militarisierung.html>

6 „Souveränität und Resilienz sichern“: https://www.spd-wirtschaftsforum.de/wp-content/uploads/2024/02/20240208_Positionspapier_SVI.pdf

7 https://www.vwl.uni-mannheim.de/media/Lehrstuehle/vwl/Krebs/wirt._Auswirk._Militaerausgaben.pdf/flipbook

8 <https://storage.e.jimdo.com/file/93703931-e005-4b06-be5a-b8bd24ca2bcf/DGB-Jugend-gegen-Kriegsdienst.pdf>

9 https://storage.e.jimdo.com/file/01030e89-46ac-4410-b135-7ad9fbbf3f2e/Beschluss_IG_Metall_Jugend_Wehrpflicht.pdf

10 <https://zukunftswerk-osnabrueck.de/>

11 <https://storage.e.jimdo.com/file/da3363ea-ff88-46f0-9302-a32017ce7b41/ver.di%20OV%20Stuttgart%20ANtr%C3%A4ge%20DGB%20BuKo%2026.pdf> Dort finden sich die Anträge „Gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland!“ (Antrag A 3); „Gegen das 5%-Ziel der NATO!“ (A 4) und „Gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht!“ (A 6).

REARM EUROPE – GEGEN WEN?

Wirklich niemand dürfte bestreiten, dass die EU-Mitgliedsstaaten eine Aufrüstungswelle losgetreten haben, die ihresgleichen sucht – die Frage ist deshalb, gegen wen sich dies richtet.

■ **Jürgen Wagner**

Im Folgenden soll argumentiert werden, dass sich diese quantitativ wie qualitativ neue Dimension vor allem darauf zurückführen lässt, dass die erklärten Gegner inzwischen nicht mehr „nur“ Russland und bis zu einem gewissen Grad auch China sind, sondern zunehmend auch die USA. In diesen sich kontinuierlich zuspitzenden Großmachtkonflikten wollen sich Deutschland und die Europäische Union militärisch in Stellung bringen.

Im April 2025 beschrieben Tom Enders, Ex-Chef von Airbus, und der ehemalige Wehrbeauftragte der Bundeswehr, Hans-Peter Bartels, ihre Sicht auf die internationale Konstellation mit den Worten: „Nun aber geht es um die existenzielle Selbstbehauptung Europas zwischen den geopolitischen Rivalen der Epochenbruch-Zeit: auf der einen Seite Putins Russland, das im vierten Jahr seinen Eroberungskrieg gegen die Ukraine führt [...]; auf der anderen Seite Trumps Amerika, das sich demonstrativ von den NATO-Demokratien abwendet; und fern im Osten Xis imperiales China, das vor der Küste Taiwans ein Militärmanöver nach dem anderen abhält.“¹

1. Vom Partner zum Gegner: EU vs. USA

Der Aufbau eines schlagkräftigen Militärapparates steht schon lange weit oben auf der EU-Prioritätenliste. Dabei haben sich die Schwerpunkte über die Jahre deutlich verschoben, wie sich anhand der vier zentralen EU-Strategie-papiere der letzten Jahrzehnte nachzeichnen lässt: Die Eu-

ropäische Sicherheitsstrategie (2003) enthielt zwar bereits den Anspruch auf eine Rolle als Global Player und eine Verabschiedung von der einstigen »Zivilmacht Europa«, schlug aber gegenüber Russland recht freundliche Töne an – von einer Konkurrenz unter den Großmächten war damals noch überhaupt keine Rede.² Mit der EU-Globalstrategie (2016) verschärfte sich der Ton gegenüber Moskau (China spielte noch eine untergeordnete Rolle), der Aufbau „militärischer Spitzenfähigkeiten“ setzte damals aber noch auf eine vergleichsweise enge Anbindung an die NATO und damit an die USA. Der unter dem Eindruck der ersten Trump-Regierung erarbeitete Strategische Kompass (2022) rückte dann endgültig die „Rückkehr der Machtpolitik“ ins Zentrum der Aufrüstungsbestrebungen, wobei neben Russland nun auch China deutlich stärker ins Blickfeld geriet. Auch zu den USA wurde (rüstungs-) politisch deutlich auf Distanz gegangen, indem eine Reihe von Projekten initiiert wurde, um die militärische Abhängigkeit von Washington spürbar zu reduzieren. Das wachsende Bedürfnis eigenständige („autonome“) Kapazitäten aufzubauen, speiste sich aus dem Interesse, im Falle sich weiter verschärfender Konflikte mit den USA notfalls auch auf Konfrontationskurs gehen zu können.³

Das Weißbuch zur europäischen Verteidigung (2025) ist der vorläufige Höhepunkt dieser Entwicklung. Angesichts sich zuspitzender Konflikte mit den Vereinigten Staaten gab die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas die (militärische) Marschrichtung vor: „[Es] wurde klar, dass die

freie Welt einen neuen Anführer braucht. Es liegt an uns Europäern, diese Herausforderung anzunehmen.“⁴ Kurz darauf veröffentlichte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen mit „ReArm Europe“ ein Maßnahmenpaket, das dann am 19. März 2025 ins erste „Weißbuch zur europäischen Verteidigung“ einfließt. Für das Magazin Wehrtechnik steht es für einen „Paradigmenwechsel“ der Union, der sich in dem Bestreben ausdrücke, sich „von einem sicherheitspolitischen Juniorpartner zu einem strategischen Akteur zu entwickeln.“⁵ Zwar werden im Vorbeigehen auch andere Bedrohungen gestreift, vor allem China wird genannt, aber neben Russland als Hauptbedrohung spielt eigentlich nur ein weiterer Akteur eine nennenswerte Rolle: die USA.

„Noch in dieser Dekade wird sich eine neue internationale Ordnung herauschälen. Wenn wir die Konsequenzen, die sich für Europa und die Welt daraus ergeben, nicht einfach hinnehmen wollen, dann müssen wir diese neue Ordnung gestalten. Die Geschichte verzeiht weder Zögern und Zaudern. Unser Auftrag heißt – europäische Unabhängigkeit. [...] Dass wir nun Finanzmittel in Höhe von bis zu 800 Milliarden EUR für Verteidigung ermöglichen, wäre noch vor wenigen Jahren unmöglich gewesen.“ (Ursula von der Leyen, Karlspreisrede, 29.05.2025)

Prägnant wurde in der Süddeutschen Zeitung die diesbezügliche Stoßrichtung des EU-Weißbuchs mit den Worten beschrieben, man habe „rhetorisch dezent, in der Sache aber eindeutig“ eine „Art Scheidungsantrag für die amerikanisch-europäische Ehe“ formuliert: „Seite um Seite werden in dem Dokument Initiativen aufgelistet, mittels derer die EU-Kommission Europas Armeen stärker machen und die Rüstungsindustrie des Kontinents auf- und ausbauen will. Und der strategische Kontext, in dem das alles stattfinden soll, ist eben nicht nur die wachsende Bedrohung durch Russland. Sondern ganz wesentlich die Tatsache, dass Europa alleine verteidigungsfähig – sprich: unabhängig – werden muss, weil es sich auf die Unterstützung durch die USA im Ernstfall nicht mehr hundertprozentig verlassen kann.“⁶

2. Rüstung auf eigene Rechnung

Laut Berechnungen der EU-Kommission wurden seit Ausrufung der Zeitenwende 78 % aller EU-Rüstungsaufträge von außereuropäischen Unternehmen eingestrichen (auf US-Konzerne entfielen allein 63 %). Deshalb gab die EU-Kommission bereits im März 2024, also noch vor der Wahl Trumps, in der europäischen Industriestrategie für den Verteidigungsbereich (engl. EDIS) das Ziel aus, den

Anteil »einheimischer« Rüstungsprojekte bis 2030 auf 50 % (später 55 %) zu steigern.⁷ Um dieses ambitionierte Ziel zu erreichen, leitet das Weißbuch zur europäischen Verteidigung die Notwendigkeit massiv steigender Militärausgaben sowohl im EU-Haushalt als auch in den Einzelstaaten ab.⁸ Um aber sicherzustellen, dass die freiwerdenden Gelder auch an EU-Unternehmen fließen, werden zusätzlich Maßnahmen zum Hochfahren der Produktion für erforderlich erachtet.⁹

Bei der Erhöhung der Militärausgaben geht es sowohl um die Erhöhung der EU-Militärhaushalte als auch um die Unterstützung der Mitgliedsstaaten beim Aufwuchs der nationalen Rüstungsbudgets. Dabei muss immer wieder darauf hingewiesen werden, dass es eigentlich laut Artikel 41(2) des EU-Vertrages verboten ist, „Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen“ aus dem EU-Haushalt zu bestreiten.¹⁰ Dennoch gelang es bereits im aktuellen Haushalt 2021 bis 2027 mehrere militärische Budgets zu verankern. So sollen die Mittel im aktuellen Vorschlag der Kommission für den Haushalt 2028 bis 2034 drastisch erhöht werden. Dafür soll eine neue Budgetlinie „Resilienz und Sicherheit, Verteidigung und Weltraum“ mit 131 Mrd. Euro geschaffen werden,

GROSSKONKURRENZ IM WANDEL: ZWEI REDEN DER KOMMISSIONSPRÄSIDENTIN

Zwei Reden von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen verdeutlichen den Positionswandel gegenüber den USA. Noch als deutsche Verteidigungsministerin forderte sie zwar bereits im Februar 2019 die Europäische Union müsse sich auf die „Wiederkehr der Konkurrenz großer Mächte“ vorbereiten. Im Unterschied zu damals, als von der Leyen noch eine klare Zu- bzw. Unterordnung unter die NATO betonte, steht für sie zum Beispiel in ihrer programmatischen Karlspreisrede im Mai 2025 nun die – primär militärisch zu bewerkstellende – „europäische Unabhängigkeit“ im Vordergrund.

„Als politische Allianz fordert uns das herausstechende Merkmal der neuen Sicherheitslage: Die Wiederkehr der Konkurrenz großer Mächte. [...] Ob wir wollen oder nicht, Deutschland und Europa sind Teil dieses Konkurrenzkampfs. Wir sind nicht neutral. Wir stehen auf der Seite der Freiheit und der Menschenwürde. [...] Dafür steht die NATO seit 70 Jahren.“ (Ursula von der Leyen, Münchner Sicherheitskonferenz, 15.02.2019)

über die vor allem die Erforschung und Entwicklung europäischer Großprojekte und Maßnahmen zum Ausbau der Produktionskapazitäten finanziert werden soll. Hinzu sollen nach Vorstellung der Kommission noch 17 Mrd. Euro für „Militärische Mobilität“ kommen, um die Infrastruktur für den schnelleren Transport von Gütern und Truppen nach Osteuropa zu ertüchtigen. Militärrelevante Posten verbergen sich auch noch in anderen Haushalten (bspws. dem Forschungsetat). Und für die „Europäische Friedensfazilität“, über die vor allem Waffenlieferungen an die Ukraine finanziert werden sollen, sind weitere 30 Mrd. Euro vorgesehen.¹¹

Was die nationalen Haushalte anbelangt, so lässt sich zunächst einmal festhalten, dass bereits für die letzten Jahre kaum ernsthaft von einer chronischen Unterfinanzierung des Militärbereichs gesprochen werden kann. Legt man die Zahlen der EU-Verteidigungsagentur zugrunde, so stiegen die zusammengerechneten Militärhaushalte der EU-Mitgliedsstaaten von 147 Mrd. Euro (2014) über 214 Mrd. Euro (2021) auf 392 Mrd. Euro (2025) deutlich an.¹²

Dennoch hat dies sämtliche EU-Mitglieder bis auf Spanien nicht davon abgehalten, sich im Juni 2025 auf das neue NATO-Ausgabenziel von 3,5 % des BIP (plus 1,5 % für militärrelevante Infrastruktur) zu verpflichten. EU-Berechnungen zufolge würde das Ausgaben zwischen 630 und 680 Mrd. Euro (3,5 %/BIP) bzw. zwischen 900 und 970 Mrd. Euro (5 %/BIP) bedeuten. Vor diesem Hintergrund präsentierte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am 4. März 2025 ihren Plan zur „Wiederaufrüstung Europas“ („ReArm Europe“), dessen zentrale Vorschläge dann wie bereits erwähnt kurz darauf ins Weißbuch zur Europäischen Verteidigung übernommen wurden. Damit sollen die Mitgliedsstaaten nicht zuletzt dabei unterstützt werden, ihre nationalen Militärausgaben in den kommenden Jahren deutlich zu erhöhen. Am wichtigsten ist dabei ein neues SAFE („Security and Action for Europe“) genanntes Instrument, über das die Mitgliedsstaaten an zinsgünstige EU-Kredite im Umfang von bis zu 150 Mrd. Euro gelangen sollen. Die Vergabe von Geldern wird dabei explizit daran gebunden, dass in »einheimische« Produkte zur Abnabelung von den USA investiert wird. Ferner soll die weitgehende Ausklammerung von Militärausgaben von den Schuldenregeln der EU allein zu Mehrausgaben im Umfang von 650 Mrd. Euro »motivieren«.¹³

Da die europäische Rüstungsstrategie nicht zuletzt in Berlin entworfen wurde, spiegeln sich deren Prioritäten auch zunehmend in der nationalen Rüstungspolitik wider, wie aus zwei beim Internetportal Politico veröffentlichten

Beschaffungslisten ersichtlich wird. Am 23. September 2025 wurden die Rüstungsprojekte veröffentlicht, die zwischen September 2025 und Dezember 2026 vom Haushaltsausschuss bewilligt werden sollen. Es geht um insgesamt 154 Vorhaben mit einem Wert von 83 Mrd. Euro, wovon lediglich 8 % an US-Unternehmen gehen sollen. In der Fachpresse (und wohl nicht nur dort) wird dies als ein deutliches Signal gewertet. Defence-network.com schreibt: „Deutschland startet eine der größten Moderni-

EU-HAUSHALT: MILITÄRRELEVANTE TÖPFE (IN MRD. EURO)

2021 bis 2027	2028 bis 2034	Budgetlinie
	131	Verteidigung & Weltraum
14,88		Weltraum
7,95		Verteidigungsfonds
1,5		EDIP
0,5		ASAP
0,3		EDIRPA
1,69	17	Militärische Mobilität
17	30	Friedensfazilität (haushaltsextern)

Quelle: Vorschlag der EU-Kommission vom 16. Juli 2025

MILITÄRAUSGABEN DER EU-LÄNDER 2014-2025 (IN MRD. EURO)

Jahr	Betrag
2014	147
2015	151
2016	155
2017	164
2018	174
2019	186
2020	198
2021	214
2022	240
2023	279
2024	326
2025	392
20XX (3,5 %/BIP)	630-680
20XX (5 %/BIP)	900-970

Quelle: EU-Verteidigungsagentur / 2025 und 20XX Kommissionsschätzungen

sierungen seiner Streitkräfte seit Jahrzehnten und gibt den größten Teil des Geldes bewusst in europäische Hände. US-Rüstung bleibt außen vor – entgegen angenommener Absprachen zwischen EU und US-Präsident Donald Trump.[...] Der deutsche Rüstungsplan sendet ein klares Signal: Berlin setzt auf europäische Wertschöpfung und strategische Unabhängigkeit – zulasten der US-Rüstung. Mit Investitionen in Höhe von fast 83 Milliarden Euro allein für das kommende Jahr wird Deutschland zu einem der führenden Investoren in die europäische Rüstungsindustrie – und zwar nach eigenen nationalen Prioritäten.“¹⁴

Die Ende Oktober 2025 veröffentlichte zweite Politico-Liste enthält mittelfristige Beschaffungsvorhaben der nächsten Jahre und geht in dieselbe Richtung, wenn etwa die Welt darüber schreibt: „Insgesamt umfasst die interne Bundeswehr-Planung rund 25 auslandsverbundene Projekte im Wert von etwa 14 Milliarden Euro – also weniger als fünf Prozent der gesamten geplanten 377 Milliarden Euro.“¹⁵ Es handelt sich hierbei zwar um eine Art Wunschliste des Verteidigungsministeriums, die nicht in Stein gemeißelt ist, aber auch hier ist die Tendenz weg von den USA unübersehbar.

Fazit

Wie beschrieben dürfte das Verhältnis zu den USA eine wesentliche Erklärung für den aktuellen Rüstungsschub darstellen. Allein Sicherheitserwägungen mit Blick auf Russland und eine mögliche Abkehr der USA anzuführen, dürfte zu kurz greifen. Schließlich ist Russland schon vor den nun anstehenden massiven Ausgabensteigerungen den europäischen NATO-Staaten bei allen Großwaffensystemen (außer Atomwaffen) weit unterlegen.¹⁶

Auch der Verweis auf den – zugegebenermaßen unappetitlichen – Charakter von US-Präsident Donald Trump dürfte kaum ausreichen, um den scharfen Konfrontationskurs zu erklären, den Deutschland (und große Teile der EU) mittlerweile eingeschlagen haben. Zielführender könnte es sein, sich an der Analyse von Bastien Apeldoorn, Jasa Veselinovic und Nana de Graaff zu orientieren. In ihrem 2023 erschienenen Buch „Trump and the Remaking of American Grand Strategy“ haben sie sehr überzeugend nachgewiesen, dass die erste Trump-Regierung einen radikalen Bruch mit ihren Vorgängern vollzog. Unter Rückgriff auf Netzwerkanalysen der entscheidenden Akteure kamen sie zu dem Ergebnis, die Regierungen Bush II (2001–2009) und Obama (2009–2017) seien durchsetzt mit Vertreter:innen des „transnational orientierten Kapitals“ gewesen. Diese hätten dann aber in der Trump-Regierung

(2017–2020) deutlich an Einfluss verloren, stattdessen seien viele ihrer zentralen Akteure deutlich stärker auf den heimischen Markt orientiert, woraus sich der „ideologische Wandel“ weg vom Neoliberalismus hin zu einem „neomerkantilistischen ökonomischen Nationalismus“ erkläre. Die Autor:innen betonen dabei, dass diese Position nicht allein auf die Person Trump zurückzuführen sei, sondern von großen Teilen der republikanischen Partei derzeit nahezu vollständig dominierenden Tea Party geteilt werde.¹⁷ Diese Tendenz hat sich in Trumps zweiter Amtszeit nur noch weiter verstärkt, dessen Politik nicht zuletzt auch als direkter Angriff auf das deutsche Exportmodell begriffen und dementsprechend scharf kritisiert wird.

Verfestigt sich der aktuelle US-Kurs zum Beispiel bei einem Wahlsieg eines künftigen Präsidenten Vance, begibt sich die US-Politik also nicht zurück in die jahrzehntelang gewohnten transatlantischen Fahrwasser, in denen es unter den westlichen Staaten zwar nie ganz konfliktfrei zugeht, man sich aber in vielen Grundsätzen doch einig war, wäre das wohl das Ende der transatlantischen Partnerschaft. Und es macht den Eindruck, als würde sich Deutschland im EU-Verbund mit seiner aktuellen Hochrüstung auf genau dieses Szenario vorbereiten.

Deutlich wurde dies und der Zusammenhang zwischen Ökonomie und Rüstung zum Beispiel anhand der Debatte um den »Zolldeal« zwischen der Europäischen Union und den USA im August 2025. Er wurde in zahlreichen Kommentaren als demütigende Niederlage bezeichnet, die ein Resultat mangelnder militärischer Kapazitäten gewesen sei. Exemplarisch hierfür äußerte sich zum Beispiel der auch in Deutschland viel zitierte österreichische Militär-analyst Franz-Stefan Gady: „Ohne militärische Stärke lässt sich Wohlstand auf Dauer nicht sichern. Das konkreteste Beispiel ist genau das jetzige Rahmenabkommen. Hätte sich die EU nicht so sehr auf die militärische Rückendeckung der USA verlassen, würde heute nicht die amerikanische Navy unsere Seewege schützen, wir wären nicht auf den nuklearen Schutzschirm aus Washington angewiesen und wir bräuchten auch nicht 100 000 US-Soldaten als Sicherheitsgarantie gegenüber Russland in Europa. Dann könnten wir selbstbewusster zum Handelsduell antreten und möglicherweise sogar einen Handelskrieg gewinnen. Solange wir aber militärisch von den USA abhängig bleiben, muss sich auch unsere Handelspolitik unterordnen.“¹⁸

Inwieweit es allerdings angesichts mannigfaltiger Hürden realistisch ist, den USA durch militärische Aufrüstung ökonomisch Paroli bieten zu können, steht auf einem ganz anderen Blatt. Mindestens ebenso wahrscheinlich ist, dass

beim Versuch vor dessen Scheitern aberwitzige Milliardenbeträge versenkt werden. Und selbst, wenn dies gelänge, wäre damit friedenspolitisch selbstredend auch nichts gewonnen – im Gegenteil.

6. Dezember 2025

Jürgen Wagner ist Mitglied der Informationsstelle Militarisierung (IMI) <https://www.imi-online.de/>

1 Enders, Thomas/Bartels, Hans-Peter: Zeit der Monster: Enders und Bartels fordern eine europäische Verteidigungsinitiative, DGAP Online Kommentar, 28.04.2025, S. 2.

2 „Nie zuvor ist Europa so wohlhabend, so sicher und so frei gewesen. Die Gewalt der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist einer in der europäischen Geschichte beispiellosen Periode des Friedens und der Stabilität gewichen. [...] Größere Angriffe gegen Mitgliedstaaten sind nunmehr unwahrscheinlich geworden.“ (Europäische Sicherheitsstrategie: Ein sicheres Europa in einer besseren Welt, Brüssel, 12.12.2003, S. 2 und 4)

3 Wagner, Jürgen: Ein strategischer Kompass für Europas Rückkehr zur Machtpolitik, IMI-Studie 2022/4.

4 „Du bist nie allein, lieber Präsident“, Süddeutsche Zeitung, 01.03.2025.

5 Krieg, Lutz: ReArm Europe-Plan, Wehrtechnik, II-III/2025, S. 13.

6 Europa bereitet die Scheidung von den USA vor, Süddeutsche Zeitung, 15.03.2025.

7 Gemeinsames Weißbuch zur europäischen Verteidigung – Bereitschaft 2030, JOIN(2025) 120, Brüssel, 19.03.2025. Die Erhöhung auf einen EU-Anteil von 55 % wurde in diesem Dokument ausgegeben: Preserving Peace – Defence Readiness Roadmap 2030, JOIN(2025) 27 final, Brussels, 16.10.2025.

8 „Der Augenblick sich wiederzubewaffnen ist für Europa gekommen. [Dafür] ist eine massive Erhöhung der europäischen Verteidigungsausgaben erforderlich.“ (Weißbuch zur europäischen Verteidigung 2025: 2)

9 „Ein massiver Ausbau der europäischen verteidigungsindustriellen Produktionskapazitäten ist eine Voraussetzung dafür, dass die Mitgliedsstaaten in der Lage sind, die wesentlichen Fähigkeiten zu erwerben, die ihnen derzeit fehlen.“ (ebd.: 13)

10 Fischer-Lescano, Andreas: Rechtsgutachten zur Illegalität des Europäischen Verteidigungsfonds. Rechtsgutachten im Auftrag der Fraktion der GUE/NGL im EP, November 2018.

11 Aus rechtlichen Gründen ist die EFF kein offizieller Teil des EU-Haushaltes.

12 Inflationsbereinigt fällt der Anstieg von 189 Mrd. Euro (2014) auf 381 Mrd. Euro (2025) immer noch deutlich aus. Siehe European Defence Agency: Defence Data 2024–2025. Die NATO-Ausgaben 2025 werden von dem Bündnis auf 1.588 Mrd. US-Dollar geschätzt.

13 Siehe ausführlich Wagner, Jürgen: Kriegswirtschaft in

Deutschland und Europa – ein neues Industriemodell für die Großmachtkonkurrenz? Broschüre im Auftrag von Özlem Demirel (MdEP), Brüssel, November 2025.

14 Linnemann, Navid: Nur 8 Prozent für US-Rüstung – Deutschland erteilt Trump eine Abfuhr, defence-network.com, 25.09.2025.

15 377 Milliarden Euro – das ist Deutschlands gigantischer Aufrüstungsplan, welt.de, 31.10.2025.

16 Wulf, Herbert/Steinmetz, Christopher: Wann ist genug genug? Greenpeace, November 2024.

17 Apeldoorn, Bastian van u.a.: Trump and the Remaking of American Grand Strategy. The Shift from Open Door Globalism to Economic Nationalism, Cham 2023.

18 Welches Rüstungsabkommen steckt im Zolldeal? Kleine Zeitung, 03.08.2025.



GOODBYE GRÜNER KAPITALISMUS – HELLO KRIEGSWIRTSCHAFT

Der folgende Beitrag geht auf die zentralen Herausforderungen in der BRD heute und einen notwendigen Politikwechsel der Gewerkschaften ein.

■ Thies Gleiss

Die noch von der Regierung Scholz 2022 für Deutschland ausgerufene „Zeitenwende“ hat, wie zu befürchten war, einige gravierende politische Veränderungen hinterlassen, aber auch schon zu größeren strategischen und strukturellen Veränderungen im deutschen Kapitalismus geführt.

Der Krieg in und um die Ukraine war nicht Grund, aber wichtigster Anlass für eine Neupositionierung des deutschen Kapitalismus innerhalb der Europäischen Union, aber vor allem mit der EU im internationalen Konkurrenzkampf um Märkte, Ressourcen und Einflusszonen. Die EU mit einem starken Deutschland an der Spitze will und soll zu einem stärkeren internationalen Akteur werden, einschließlich nicht nur der Fähigkeit zu weltweiten militärischen Einsätzen, sondern auch der politischen Bereitschaft, das zu tun. Die in den klassischen Imperialismustheorien von Lenin und anderen entwickelte Haupttendenz des Kapitalismus, in seinem imperialistischen Stadium einen permanenten vormilitärischen und militärischen Kampf um die Neuaufteilung der Märkte und Einflusszonen auszutragen, der wechselnde Allianzen von Regierungen und internationalen Konzernen hervorbringt (die aber immer vor dem Hintergrund starker und zu stärkerer Nationalstaaten stattfinden), findet in neuer Größenordnung und weltweit statt.

Die Umsetzung dieser neuen Strategie besteht aus deutscher Sicht aus zwei Projekten: Zum einen die durchgängige Militarisierung der Gesellschaft und der Innen- wie Außenpolitik und zum anderen der Aufbau

deutsch-europäischer Rüstungswirtschaft und militärischer EU-Strukturen.

„Deutschland soll kriegstüchtig werden“ – das ist der Schlachtruf, mit dem in einem rasanten Tempo der gesellschaftliche Diskurs und die praktische Politik umgepolt werden. Schon lange geplante Rüstungsvorhaben (wie bewaffnete Drohnen, neue Luftabwehrsysteme u.a.), öffentlich meist kontrovers und kritisch diskutiert, wurden nach dem Überfall der russländischen Armee auf die Ukraine, sofort angepackt und in der Propaganda als beschlossen verkündet, bevor irgendeine Gesetzes- oder Beschaffungsmaßnahme auch nur eröffnet wurde. Die Bundeswehr soll um 100 000 neue Soldatinnen und Soldaten aufgestockt werden und zu diesem Zweck wird die Aussetzung der Wehrpflicht faktisch wieder aufgehoben. Die öffentlichen Ausgaben für Rüstung und Kriegsvorbereitung werden zielstrebig in Richtung fünf Prozent des Bruttoinlandsproduktes oder mehr angehoben. Der größte deutsche Rüstungskonzern, Rheinmetall, wird zum ökonomischen Popstar aufgebaut, mit feierlichen Betriebseröffnungen, mit Umsatzrekorden – und mit einem gigantischen Aktienhöhenflug an der Börse. Fast alle Betriebe der verarbeitenden und produzierenden Industrie, Logistik-Dienstleister und digitale Serviceanbieter öffnen sich dem neuen Rüstungsmarkt oder lassen sich von Unternehmensberatungen darauf einstellen. Die Scham und Diskretion gegenüber solchen Geschäftszweigen sind vorüber. Es strahlt am Horizont die Sonne einer veritablen Kriegswirtschaft.

Wichtiges Element dieser Politik der Militarisierung ist zudem eine Umwidmung der Prioritäten in allen gesellschaftlichen Bereichen. Die Werbung für die Armee erobert das Stadtbild, in Schwimmbädern, auf Straßenbahnen und Großflächenplakaten überall. Das Militär infiltriert Schulen und Ausbildungszentren mit Werbung für das hauptberufliche Töten. Universitäten, die sich in Forschung und Lehre einer „Zivilklausel“ unterworfen

haben, geben entsprechende Vereinbarungen auf. Die zu verleihenden „Friedenspreise“ – des Buchhandels, des Landes NRW, des Nobelkomitees – gehen an kriegsbe-fürwortende Hardliner oder gleich an die NATO. In den TV-Talkshows und Podcasts sind Generäle und sogenann-te Militärexperten und -expertinnen Dauergäste.

Landes- und kommunale Entwicklungspläne wer-den nach militärischen und kriegspolitischen Kriterien umgewandelt: Brücken müssen panzergerecht werden, Krankenhäuser werden auf massenhafte Verletzte und Tote aus Kriegseinsätzen vorbereitet. Das Ganze läuft unter dem Namen „Operationsplan Deutschland“ ab, der keinen Hehl daraus macht, nur der Kriegsvorbereitung zu dienen.

Gut hundertzehn Jahre nach dem historischen Einkni-cken der Sozialdemokratie bei der Vorbereitung des Ersten Weltkrieges ist es zwar kaum zu glauben, aber immer noch bittere Tatsache, dass eine Änderung des gesellschaftli-chen Massenbewusstseins gegenüber Rüstung und Krieg speziell in Deutschland nur mit maßgeblicher Hilfe der SPD und ihrer führenden Leute erreicht werden kann. Es bedurfte eines Kanzlers Schröder, um deutsche Truppen wieder auf den Balkan zu schicken. Die „Zeitenwende“ ist ein Projekt des Kanzlers Scholz. Der heute meistbeliebte Politiker ist der SPD-Verteidigungsminister Pistorius, der als einziger SPD-Minister nach dem Wechsel von der „Ampel-Regierung“ aus SPD, FDP und GRÜNEN zur CDU/CSU-SPD-Koalition im Amt verblieb.

Die Krise der EU und des Green New Deal

Der zweite strategische Ansatzpunkt des deutschen Ka-pitals im weltweiten Konkurrenzkampf mit den USA, China, Russland, Japan, Indien und den kleineren aufstre-benden Ökonomien kriselt deutlich mehr. Das Projekt, mit der Europäischen Union einen großen gemeinsamen Binnenmarkt zu schaffen, der vor siebzig Jahren vor allem gegenüber den USA und Japan konkurrenzfähig sein sollte, ist in einer Dauerkrise und taugt offenkundig auch nicht für die neuen strategischen Herausforderungen. Der Aufbau eigener europäischer Militärstrukturen war bei der Gründung der EU-Vorläufer und bis zu den heutigen Grundlagenverträgen wenn überhaupt nur sehr verdeckt vorgesehen. Das hatte politisch-historische Gründe, allen voran die Vorbehalte gegenüber dem Kriegsverlierer Deutschland, aber in erster Linie lag das an der harten Konkurrenz der britischen, französischen und italienischen Rüstungsindustrie untereinander. Die EU konzentrierte ihr gemeinsames Rüstungsziel auf ihren Platz innerhalb der NATO. Lange Zeit wurde die darin vorherrschende

Rolle der USA ökonomisch und politisch geduldet oder gar gewünscht. Erst in den letzten Jahren wuchs das Be-dürfnis nach und die praktische Umsetzung von eigenen militärischen Vorhaben und Strukturen im Kontext der NATO. In ganz jüngster Zeit, als Antwort auf die Trump-Präsidentschaft in den USA, geschieht dies auch getrennt von der NATO im Rahmen der EU.

Die EU ist schon lange vor dem Überfall der russlän-dischen Armee auf die Ukraine und dem darauffolgenden Stellvertreterkrieg in eine fast existenzielle Krise geraten. Die Wunschträume der herrschenden Klasse im alten kapitalistischen Europa, es werde nach der ökonomischen Konstituierung eines gemeinsamen Binnenmarktes auch die Herausbildung eines gemeinsamen Staatswesens oder gar ein europäisches Nationalbewusstsein bei den Men-schen entstehen, erfüllten sich nicht.

Es ist eine Mehrfachkrise der Institutionen, der gemeinsamen Währung und der überbürokratisierten Verwaltung, die mit wechselnden Höhepunkten seit Jahrzehnten andauert. In deren Folge – und nicht, wie von verschiedenen Seiten gern behauptet, als deren Voraus-setzung – sind in allen Mitgliedsländern starke und fast überall kontinuierlich stärker werdende nationalistische, rassistische Rechtsparteien entstanden, die eine Anti-EU-Positionierung als tragendes Element ihres Selbstverständ-nisses entwickelten und dies höchstens aus wahltaktischen Gründen gelegentlich ein wenig zurücknahmen. Sie haben die Krise der EU noch einmal verschärft. Britannien hat die EU deshalb wieder verlassen und die rechtsnationalisti-schen Kräfte sind stärkste Partei geworden.

In den großen EU-Mitgliedsstaaten Deutschland, Frankreich, Italien, Niederlande, Belgien, Österreich, Un-garn sind die Rechtsparteien mittlerweile in den Umfra-gen oder Wahlergebnissen ebenfalls die stärkste Partei. In den skandinavischen und baltischen Ländern, in Spanien und Portugal und den übrigen Mitgliedern wachsen die rechten Parteien ungebrochen.

Die Krise der EU, der Aufschwung der nationalisti-schen und rassistischen Parteien und die neue Kriegspolitik haben die EU auch auf zwei wichtigen weiteren politi-schen Gebieten fast handlungsunfähig gemacht. Es gibt zwar eine furchtbare gemeinsame Haltung aller Staaten, keine geflüchteten Menschen mehr in das jeweilige Land zu lassen, kombiniert mit einer entsprechenden Repression im eigenen Land und an den Grenzen, aber es gibt keine gemeinsame Migrationspolitik.

Und auch das zweite große Projekt der EU, mit Hilfe des am US-amerikanischen Vorbild orientierten „Green

New Deal“ eine neue Wachstumsperiode des europäischen Kapitalismus zu begründen, ist gescheitert. Die Klimapolitik – die fast nur auf marktkonforme Maßnahmen wie CO₂-Bepreisung, Zertifikatshandel, Subventionen für E-Autoproduktion und Förderung von Geo-Engineering setzte – wurde den neuen Prioritäten der Rüstungsförderung geopfert. Es ist in der EU, und nicht zuletzt auch in Deutschland, von einem regelrechten Rollback des von fossilen Energien abhängigen Kapitalssektors zu sprechen. Selbst symbolhafte Maßnahmen wie das Verbot von Verbrennungsmotoren ab 2035 oder die Reglementierung der Gentechnik und der Chemieproduktion werden eingestampft.

Schon die Hoffnung mit einem „grünen Kapitalismus“ in Europa eine neue Wachstumswelle auszulösen, war immer falsch und unbegründet. Die jetzt verkündete neue Botschaft, eine Ausdehnung der Rüstungs- und Kriegsproduktion würde zu neuen Profiten, Steuereinnahmen und Arbeitsplätzen führen, ist nach gängiger ökonomischer Forschung eine komplette Irreführung. Die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen einer Stärkung des Spezialsektors Rüstung sind nicht annähernd so groß wie die Förderung anderer Bereiche.

Gleichzeitig führte die unterschiedliche Abhängigkeit der EU-Staaten von Gaslieferungen vom „Kriegsgegner Russland“ zu unauflösbaren Streitigkeiten im Umgang mit Russland. Nicht nur eine gemeinsame Energiepolitik, sondern auch eine gemeinsame EU-Außenpolitik sind seitdem faktisch vorbei.

Auch beim zweiten großen, noch fürchterlichen Kriegsgeschehen im Blickfeld der EU, gibt es keine gemeinsame Außenpolitik. Die Kritik am Vorgehen der israelischen Regierung und Armee in Gaza und dem übrigen Palästina ist sehr ungleich und generell zurückhaltend. Ebenso ist die Verfolgung von mit der palästinensischen Bevölkerung solidarischen Aktionen und Organisationen in den EU-Mitgliedsstaaten sehr unterschiedlich. Eine den Krieg eindämmende Politik – Beendigung der Rüstungsexporte, juristische Verfolgung der Kriegsverbrechen usw. – finden in der EU nicht statt.

Sowohl gegenüber dem Krieg in der Ukraine als auch dem in Palästina starren die EU-Regierungen wie gelähmt auf den großen Bruder in den USA. Sie lassen sich – wie seinerzeit auch bei der Beendigung der Balkankriege – von der Regierung der USA alle außen- und militärpolitischen Ziele vorgeben, inklusive der Verpflichtung, dass sie für diese Maßnahmen bezahlen sollen.

Wo bleibt die Gegenwehr?

Wer Opfer der neuen Kriege und Auseinandersetzungen um eine Neuordnung der Welt sein soll und wird ist offenkundig: Die Menschen, die im und am Krieg sterben; die Geflüchteten, die vertrieben werden und keine neue Heimat finden; und die Arbeiterinnen und Arbeiter, die Klasse der Kapitallosen, die die neuen Kriegszüge und Aufrüstungen bezahlen sollen.

Es gibt in Europa einige beispielhafte Widerstandskaktionen vor dem Hintergrund von Kriegs- und Austeritätspolitik. Der Generalstreik in Belgien, große Streiks in Griechenland, politische Massenstreiks in Italien gegen die Unterstützung der Regierung in Rom für die israelische Regierung und für Solidarität mit Palästina, Blockadeaktionen in Italien und Frankreich gegen Waffenlieferungen nach Israel, Demonstrationen von Hunderttausenden gegen die Politik der israelischen Armee in Gaza – all das sind mutmachende Zeichen.

Aber im wichtigsten Land der EU, in Deutschland, bleibt es leider bisher sehr ruhig. Nicht nur in Deutschland, dort aber besonders treffen die „Zeitenwende“ und die Kriegspolitik zeitgleich auf eine konjunkturelle Wirtschaftskrise und eine strukturelle Krise wichtiger Industrien, allen voran der Autoindustrie.

Mehr als 100 000 Arbeitsplätze in der Automobilindustrie und ihren Zulieferern sind bereits abgebaut worden, viele weitere werden folgen. Die bekanntesten Firmen, die für deutsche Zuverlässigkeit und Krisenfestigkeit standen, sind angeschlagen: Volkswagen, Ford-Köln, Stellantis, Bosch, ZF, Tesla, Porsche, Mahle, Deutsche Post/DHL, Thyssen-Krupp und viele andere.

Die neugewählte Bundesregierung macht das, was von ihr erwartet wurde und zu erwarten war: Sie schafft haushaltspolitische Sonderpakete außerhalb der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse, um schrankenlos Rüstungsausgaben und den Ausbau der Bundeswehr zu ermöglichen. Sie gibt den Konzernen und Privatunternehmen ein dickes Paket mit Steuererleichterungen und Investitionsanreizen. Sie eröffnet eine große Operation, fast in dem Ausmaß wie seinerzeit die Agenda 2010 der Regierung Schröder, um die Ausgaben für Bürgergeld und Erwerbslosenverwaltung zu reduzieren. Sie kappt die wichtigsten Klima- und Umweltschutzprojekte und eröffnet neue Förderungen für klimazerstörende Maßnahmen. Dazu meint das Zentralorgan der Bourgeoisie, die FAZ, lakonisch: „Schlimmer als ein Kipppunkt des Klimas ist der Kipppunkt deutscher Wettbewerbsfähigkeit“. Sie greift unter dem Motto „Bürokratieabbau“ mehrere Gesetze

und Regelungen an, die dem Schutz vor Kinderarbeit, vor Sklavenarbeit und unkontrollierten Produktionsabläufen dienen. Zuletzt beginnt sie einen Großangriff auf die Renten, bei dem das Rentenniveau nicht angehoben, eher in Kürze faktisch gesenkt, und das Eintrittsalter in die Rente erhöht wird. Daneben begleitet sie die Angriffe der Kapitalverbände auf die Arbeitszeit, den Kündigungsschutz und die sowieso mickrigen Mitbestimmungs- oder gar Kontrollrechte der Belegschaften.

Auch die politische Ausrichtung der Gesellschaft auf Kriegsvorbereitung hat längst Betriebe und arbeitsrechtliche Auseinandersetzungen erreicht. Der Einstieg in die Rüstungsproduktion wird von immer mehr Unternehmen als Krisenlösungsstrategie erwogen. Die „Staatsräson“, die bisher vor allem als Loyalitätserklärung gegenüber den Regierungen in Israel verstanden wurde, wird auf Unterstützung des Kriegskurses und der Politik gegenüber Russland und dem Ukrainekrieg ausgedehnt. Arbeitsverhältnisse werden mit Bezug auf diese Staatsräson nicht abgeschlossen oder gekündigt, Veranstaltungen, Forschungsprojekte und Förderprogramme politisch reglementiert. Die Praxis der Berufsverbote wegen politischer Unzuverlässigkeit findet wieder Einkehr in Bewerbungs- und Vertragsgespräche.

Für ein politisches Mandat der Gewerkschaftsbewegung

Die Gegenwehr der Gewerkschaften bleibt kümmerlich. Mehr als gemeinsame Erklärungen von Gewerkschaftsvorständen mit Arbeitgeberverbänden zur „Berücksichtigung“ auch der Arbeitsplatzsicherung und der Forderung an die Regierung, den Unternehmen mit Subventionen bei der „Transformation“ (Umstellung der Autoindustrie auf Elektroantriebe, Wechsel der Stahlproduktion auf Wasserstofftechnologie usw.) zu helfen, kommen nicht zustande.

Ökonomisch haben die Gewerkschaften in den Jahren nach Corona-Pandemie, Kriegspolitik gegen Russland und die damit verbundenen Sanktionen und nach der daraus folgenden Inflation Lohneinbußen hinnehmen müssen. Die Tarifabschlüsse – wobei die sowieso nur noch die Hälfte der Beschäftigten betreffen – haben die inflationsbedingten Reallohnverluste nicht ausgeglichen, vor allem für die niedrigen und mittleren Einkommensklassen.

Ein Konzept gegen Massenentlassungen und Betriebs-schließungen haben die Gewerkschaften nicht gefunden. In großen und in der Öffentlichkeit wahrgenommenen Einzelfällen, wie bei Volkswagen oder den deutschen

Ford-Werken, bei ZF oder Bosch, gelingt es den Gewerkschaften noch einigermaßen erträgliche Absicherungen für die konkret betroffenen Beschäftigten auszuhandeln, meistens still, manchmal mittels öffentlicher Proteste und Warnstreiks, aber ein Konzept zur Verteidigung der Werke und Arbeitsplätze ist das nicht.

Die wichtigste Schlussfolgerung für die Arbeiter:innenbewegung und die Gewerkschaften ist deshalb, dass allein betriebliche Kämpfe die notwendigen Veränderungen nicht erreichen werden. Es ist höchste Zeit, dass die Gewerkschaften sich selbst ein politisches Mandat erteilen und sich mit aller ökonomischen und politischen Kraft ihrer Millionen Mitglieder in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen einmischen. Das gilt für alle Bereiche:

■ Es ist historische und aktuelle Pflicht der Gewerkschaftsbewegung, sich dem Kurs zur Kriegsvorbereitung in den Weg zu stellen. Es gibt kein gemeinsames Interesse mit den Kriegstreibern und internationale Solidarität muss von unten aufgebaut werden.

Das bedeutet ein Nein zu jeglicher Art von Kriegs- und Rüstungsproduktion oder Umstellung von Krisenbetrieben auf solche Produktion. Die Rüstungsfirmen müssen politisch kontrolliert und auf neue Produkte umgestellt werden, was nicht ohne Eingriffe in die privaten Eigentümernrechte funktionieren wird.

Das bedeutet eine Teilnahme der Gewerkschaften an den Solidaritäts- und Antikriegsaktionen für die Bevölkerungen in der Ukraine und Palästinas. Waffenlieferungen in die Kriegsgebiete verlängern und verschlimmern das Kriegsleid und müssen eingestellt werden. Auch in Deutschland können und müssen Häfen und Transportwege für Waffen blockiert werden.

■ Das bedeutet eine gewerkschaftliche Mobilisierung gegen die Militarisierung der Gesellschaft. Unterstützung der Kampagne der Anti-Kriegsbewegung gegen die Wiederinkraftsetzung der Wehrpflicht. Die aktuellen „Schulstreiks gegen die Wehrpflicht“ sind beispielhafte Aktionen müssen unterstützt und ausgedehnt werden. Auch in den Gewerkschaftshäusern muss es heißen: Betreuung von Kriegsdienstverweigernden. Verteidigung der Zivilklauseln an den Universitäten und Beteiligung an den Protesten gegen die militärische Werbung an Schulen und Jobcentern.

■ Das bedeutet eine breite gesellschaftliche Kampagne für Arbeitszeitverkürzung und früheren Renteneintritt. Nur mit einer solchen Offensive kann den Forderungen von Regierung und Kapital nach Verlängerung der Wo-

chen- und Lebensarbeitszeit entgegengetreten werden. Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich ist heute wieder das entscheidende Mittel gegen die drohende Massenerwerbslosigkeit und immer noch das wichtigste Mittel zur Erreichung von Genderngerechtigkeit und Humanisierung von Arbeitsverhältnissen.

■ Das bedeutet, dass nach wie vor ein Kampf gegen die Reallohnverluste durch Inflation auf der Tagesordnung steht. Wie in Belgien und anderen Ländern muss auch in Deutschland eine „gleitende Lohnskala“, die automatische Anpassung der Löhne und Transferzahlungen an die Inflationsrate, eingeführt werden. Nur dann können in Tarifrunden reale Lohnsteigerungen erkämpft werden und das ewige Hinterherlaufen hinter der Teuerung hätte ein Ende.

■ Das bedeutet, dass die Gewerkschaften für einen neuen Impuls in der Klima- und Umweltpolitik sorgen müssen. Der Kapitalismus und die Marktgesetze werden niemals das Klima retten können. Die Diskussion über Produktkonversion in Auto-, Chemie-, Stahl- und Zementindustrie sollte von den Gewerkschaften vorangetrieben werden.

Staatliche Subventionen und Zuschüsse für Transformation dürfen nie an private Unternehmen gehen, ohne dass für jeden Cent die Kontrolle durch Belegschaften, Gewerkschaften und Verbraucher ausgebaut wird.

Die Gewerkschaften müssen eine Offensive mit „ökologischer Tarifpolitik“ beginnen. Belegschaften und Betriebsräte brauchen Vetorechte, ähnlich denen im Gesundheitsschutz, um umwelt- und klimaschädigende Produktionen zu stoppen.

Auch die Gewerkschaften haben Möglichkeiten, unnötigen Verkehr und überflüssige Transporte zu reduzieren. Kreislaufwirtschaften und Regionalisierung sind konkret in Tarifpolitik umsetzbare Ziele, dafür müssen die Initiativrechte der Belegschaften und Betriebsräte ausgebaut werden.

Eine wichtige, geradezu revolutionäre Forderung wäre die Bezahlung der Fahrtzeit zum Arbeitsplatz als Arbeitszeit als Alternative zur „Pendlerpauschale“. Das würde sofort die Prioritäten auch auf Arbeitgeberseite Richtung mehr öffentlicher Nahverkehr, mehr arbeitsplatznaher Wohnungsbau und Stadtentwicklung verschieben.

Mut und Demokratisierung

Die politischen Herausforderungen von heute stellen die gesamte bisherige, auf Abwehrkämpfe und sozialpartnerschaftliche Verhandlung ausgerichtete gewerkschaftliche Strategie auf die Probe.

Zukunftsfähige Gewerkschaften müssen deshalb viel mehr Mut für eigenständige, kreative Aktionen und selbstbewusstes Auftreten entwickeln. Das wird nur mit mehr Eigenverantwortung der Mitglieder und mehr interner Demokratie klappen. Arbeitskämpfe müssen bilanziert und über die Ergebnisse muss demokratisch abgestimmt werden. Tarifforderungen müssen noch breiter in den Belegschaften und diskutiert und entschieden werden. Tarifverhandlungen müssen transparenter werden und die Abschlüsse einfacher und für alle gleichermaßen geltend sein.

Jede gewerkschaftliche Kampfkraft ist schon immer politisch gewesen und heute wird dieser Zusammenhang von Betrieb und Politik immer deutlicher. Die Arbeitgeberverbände scheuen sich nicht, direkt in das politische und parlamentarische Geschehen zu intervenieren und Lobbyarbeit hochprofessionell zu betreiben. Das Gegenmittel der Gewerkschaften kann nur in Politisierung ihrer Kämpfe – von Tarifverhandlungen bis zum Streik – liegen. Das wird auch rechtliche Auseinandersetzungen mit sich bringen, aber der politische Streik wird nur dann – angeblich – verboten bleiben, wenn die Gewerkschaften ihn nicht für sich beanspruchen.

Eine solch veränderte Gewerkschaft wird auch den Einfluss der AfD und rechter Gesinnung zurückdrängen. Gegen Rechts hilft nur Links – das müssen die Linke und die Gewerkschaften in der Praxis beweisen, in welcher der Politik mit der Angst, die das Geschäft der Rechten ist, eine Politik der Hoffnung und des konkreten Widerstandes entgegengesetzt wird.

Köln, 07.12.2025

Thies Gleiss war jahrelang Betriebsratsvorsitzender in einem Metallbetrieb. Er ist als Vertreter der Antikapitalistischen Linken Mitglied im Vorstand der Partei DIE LINKE.



„GROSS-ISRAEL“ IM LICHT DER GEOPOLITISCHEN VERÄNDERUNGEN

Die Rede des israelischen Premierministers Benjamin Netanjahu, in der er das Konzept von „Groß-Israel“ aufgriff und wiederholt auf die Erweiterung der Grenzen des Staates Israel anspielte, deutet auf große geopolitische Umwälzungen in der Region hin.

■ Hani Adada

Die Ambitionen des Staates Israel machen deutlich, welche Gefahr eine drohende Eskalation in einer Situation bedeuten würde, in der die internationalen Positionen von der Unterstützung Israels über die Befürwortung von Verhandlungen zur Wiederbelebung der Zwei-Staaten-Lösung bis hin zu diplomatischen Bemühungen, die extreme zionistische Rechte zu bremsen und den Völkermord in Gaza zu beenden, reichen.

Noch ist nicht klar, ob sich Israel unter der Führung von Netanjahu und den rechtsextremen Kräften anschickt, die Sicherheits- und militärischen Grenzen vorläufig neu zu ziehen, um somit Druckmittel für wesentliche politische und sicherheitspolitische Zugeständnisse der Länder der Region parat zu haben. Dabei geht es insbesondere um die vollständige und endgültige Aufgabe der palästinensischen Sache und das Verbot der Existenz eines unabhängigen palästinensischen Staates, selbst auf einem kleinen Teil des historischen Palästinas. Unstrittig jedoch ist, dass diese Äußerungen zu „Groß-Israel“ bedrohlich sind und höchste Wachsamkeit gegenüber drohenden Sicherheitsrisiken erfordern, insbesondere in Ländern wie Ägypten und Jordanien, wo Israel systematisch die Friedensabkommen verletzt.

Netanjahus Auslassungen zu Groß-Israel gehen einher mit dem Einmarsch seiner Streitkräfte in syrisches Gebiet unter Ausnutzung der Massaker von Suweida

und des Vormarschs des sunnitischen Islamismus in Syrien einerseits und der möglichen Rückendeckung des Irans für seine Milizen, die mit Bürgerkrieg drohen, andererseits. Die aktuelle Lage in den Ländern der Region wirkt somit als Katalysator für derlei Expansionspläne, auch wenn deren Umsetzung Jahrzehnte lange Kriege und einen demografischen Wandel durch Umsiedlung und Kolonisierung erfordern würde.

Groß-Israel als „Gelobtes Land“

Die Definition von Groß-Israel ist in der israelischen Politik nicht einheitlich und verbindlich, sondern umfasst eine Reihe politischer und ideologischer Visionen. Der wichtigste gemeinsame Nenner ist dabei die Annexion aller Gebiete des historischen Palästinas durch den Staat Israel. Die extreme Rechte übernimmt jedoch das Konzept der Torah, das auf dem „Gelobten Land“ oder dem „Land Kanaan“ als „heilige biblische Verheißung“ basiert. Es ist das Land, das Gott Abraham versprochen hat in das die Juden zurückkehren und in dem sie unter der Führung des erwarteten Messias und Erlösers ihren Ruhm wiederherstellen würden.

Die Idee eines Groß-Israel fand international keine sonderliche Zustimmung und wurde auch in Israel nicht offiziell angenommen. Inzwischen jedoch sind Netanjahus Ambitionen gewachsen, insbesondere nachdem US-Präsident Donald Trump im vergange-

nen Sommer der Expansion des israelischen Territoriums zugestimmt hat.

Nach dem Alten Testament reichen die Grenzen von Groß-Israel im Süden von der jordanischen Wüste – die sich bis zur Wüste der Arabischen Halbinsel erstreckt – bis zum Golf von Akaba und verlaufen dabei über die Berge und Täler, die das Tote Meer vom historischen Palästina trennen und über den Wadi Al-Arish im Sinai bis zum Meer. Obwohl ungenaue Interpretationen nahelegen, dass der „Fluss Ägyptens“ sich auf den Nil bezieht, deuten die Referenzen der koptisch-orthodoxen Kirche darauf hin, dass es sich um den Wadi Al-Arish handelt, die südwestliche Grenze des Landes Kanaan, ein im Sommer ausgetrockneter Flusslauf.

Es erstreckt sich im Westen bis zum Mittelmeer und reicht bis zur Stadt Sidon (gemäß den Angaben des Klosters Saint Macaire le Grand bis nach Tyros und Sidon).

Nach Norden erstreckt es sich vom Mittelmeer bis zum Berg Hor. Vom Berg Hor führt es durch syrisches Gebiet bis zum „Weg nach Hamat“ (dem heutigen Hama) und der historischen syrischen Stadt Zedad (Sadad) im Gouvernement Homs, vorbei an der Stadt Al-Za'franiya Al-Scharqiya („östliches Za'franiya“) nördlich von Homs neben der Zone um Rastan bis zur Stadt al-Qaryatain im Zentrum Syriens südöstlich von Homs nahe der syrischen Wüste, mit anderen Worten dem Dorf der Quellen, nämlich al-Qaryatain, das in einer Oase der syrischen Wüste liegt.

Im Osten reicht es von Zentralsyrien bis nach Ras El Assi im Bezirk Hermel am Ufer des Assi, bis nach Ribla im Gouvernement Homs, dann bis zum See Genesareth und schließlich bis zum Toten Meer.

Nach dem Heiligen Hieronymus erstreckte sich Groß-Israel um das Jahr 400 n. Chr. jedoch vom Süden der Türkei bis zum Taurusgebirge und Mersin (Zephyrion in Kilikien), also über den gesamten Libanon und sämtliche syrische Küstengebiete.

Ein schleichender Prozess seit 1967

Laut Akevot, dem Forschungsinstitut zum israelisch-palästinensischen Konflikt, legte Yigal Allon, damals Arbeitsminister, am 18. Oktober 1967, acht Monate bevor er stellvertretender Ministerpräsident Israels wurde, dem Ministerialausschuss für Sicherheitsfragen einen Vorschlag zur Streichung der Grünen Linie aus den offiziellen israelischen Karten, zur Aufhebung der

Waffenstillstandsabkommen von 1949 und zur Neufestlegung der Grenzen vor. Die neue Karte umfasste das Westjordanland, den Gazastreifen, die syrischen Golanhöhen und die Sinai-Halbinsel.

Der Ausschuss nahm den Vorschlag an und unterzeichnete den Beschluss drei Wochen später. Am 12. November 1967 schlug derselbe Minister in einer Ministerratssitzung vor, den Beschluss, Karten ohne Waffenstillstandslinien zu drucken, nicht nach außen dringen zu lassen. Die Minister stimmten diesem Vorschlag mit großer Mehrheit zu. Der Ausschuss verkündete den Beschluss (Aktenzeichen B/9), die Grüne Linie von der Karte zu streichen, aber er wurde als „streng geheim“ eingestuft und jahrelang nicht veröffentlicht.

Dieser Plan, der darauf abzielte, die offiziellen Grenzen Israels nach dem Krieg von 1967 zu erweitern, verlor nach dem Krieg vom Oktober 1973 zunehmend an Bedeutung. Seine Umsetzung konzentrierte sich auf die Gebiete des historischen Palästinas, wo radikale Siedlungsbewegungen wie „Gush Emunim“ entstanden und der Siedlungsbau intensiviert und ausgeweitet wurde. Die Rücknahme des Plans im Austausch für Waffenstillstand, Frieden und Normalisierung kam der israelischen Seite zu diesem Zeitpunkt entgegen, d. h. seit der Unterzeichnung des „Entflechtungsabkommens“ mit Syrien über die Golanhöhen im Jahr 1974 und dem anschließenden Abkommen mit Ägypten, das später die Souveränität über die Sinai-Halbinsel zurückgewinnen konnte. Daran änderte auch die israelische Invasion im Libanon im Juni 1982 nichts, die zu einer 18 Jahre dauernden direkten militärischen Besetzung bis zum 25. Mai 2000 führte, jedoch nicht zu einer echten Kolonisierung, wie es auf den Golanhöhen der Fall war.

Für das rechtsextreme zionistische Lager, das Netanjahu hinter sich zu scharen versucht, hat dieses Vorhaben nach den militärischen Erfolgen seit Oktober 2023 jedoch wieder an Bedeutung gewonnen. Es ist offensichtlich, dass Netanjahu sich selbst als großen Führer der zionistischen Bewegung sieht, vergleichbar mit Theodor Herzl, und dass er dabei ist, die Grundlagen für die Schaffung eines Groß-Israel zu legen. So erklärte er, er sei auf einer „historischen und spirituellen Mission“ und halte an der Vision des „Gelobten Landes“ fest – ein Redeauszug, den der israelische Sender eiligst aus dem Interview auf allen seinen Plattformen herausgeschnitten hat. Netanjahus Äußerungen lösten Proteste seitens der direkt betroffenen arabischen Län-

der aus, gefolgt von einer gemeinsamen Erklärung von 31 Außenministern.

Vor diesem Hintergrund kann das seit der Operation „Pfeil von Bashan“ im Dezember 2024 schrittweise Vordringen Israels auf syrisches Gebiet unter dem Vorwand, eine „Pufferzone“ einzurichten – obwohl bereits eine besetzte Pufferzone besteht –, als langsame, aber entschlossene Umsetzung des Plans für ein „Groß-Israel“ angesehen werden. Dieser Plan beinhaltet keine Ausweitung der menschlichen Besiedlung, sondern die direkte Kontrolle über die natürlichen Ressourcen und Reichtümer, allen voran Wasser. Wäre das Ziel die Kolonisierung gewesen, hätte die israelische Armee die Siedler der extremistischen Gruppe „Die Pioniere von Bashan“ nach ihrem Einfall in syrisches Gebiet und der Einweihung der ersten israelischen Siedlung namens „Neve Ha-Bashan“ nicht festgenommen.

Der Staat Israel hat das Vakuum an der Spitze des syrischen Staates nach dem Sturz des Assad-Regimes genutzt, um seine Einfälle auf internationaler Ebene zu rechtfertigen, und es ist wahrscheinlich, dass er dasselbe im Libanon in größerem Umfang tun wird, wo der Bürgerkrieg zur Zeit den ohnehin schon fragilen libanesischen Staat erschüttert. In diesem Zusammenhang sind auch die Versuche Israels zu sehen, die Verlängerung des Mandats der UNIFIL zu verhindern und deren Mission zu befristen, da diese die einzigen Streitkräfte sind, deren Präsenz vor Ort ein politisches Problem und ein Hindernis für eine groß angelegte israelische Invasion ohne internationale Zustimmung darstellen könnte.

Es ist sinnvoll, dass die UNIFIL bis zum vollständigen Einsatz der libanesischen Armee im Südlibanon vor Ort bleibt. Die Behauptungen der USA, die eine Reduzierung der Kosten der UNIFIL befürworten, da ihre Missionen angeblich nicht mehr durchführbar seien oder Korruptionsverdacht bestehe, sind nicht stichhaltig und berücksichtigen nicht das Ungleichgewicht der Kräfte. Der Verbleib der UNIFIL-Truppen ist unerlässlich, bis die libanesischen Armee in allen Gebieten des Südens stationiert ist und über Verteidigungswaffen verfügt, die zur Abschreckung taugen und jedem Angreifer echte Verluste zufügen können – auch wenn dadurch nicht verhindert werden könnte, dass die Angreifer ihre Ziele letztlich doch erreichen. Dies würde jedoch eine Invasion erschweren und die menschlichen und materiellen Kosten für den Angreifer erhöhen.

Schwache Staaten, starke Milizen

Durch die Konsolidierung und Legitimierung der konfessionellen und nationalistischen bewaffneten Milizen ist ein historisches Ungleichgewicht entstanden, das Israel nun beim Auftakt zu einer neuen Expansionsphase voll ausnutzt. Trotz ihrer Erfolge im Libanon, im Irak und in Syrien – insbesondere mit der Befreiung der südlichen Regionen von der israelischen Besatzung und ihrem Kampf an der Seite der internationalen Koalitionsstreitkräfte gegen den IS und letztlich dem Sturz des Assad-Regimes – stellen sie als Ganzes (unabhängig von den kleineren oder größeren Unterschieden und trotz ihrer unterschiedlich ausgeprägten und gelagerten Überschneidung mit dem Staat) einen strategischen Hebel für das Projekt „Groß-Israel“ dar, dessen Umsetzung umgekehrt proportional zum Zerfall der Nationalstaaten verläuft. Umgekehrt verhält sich die Stärkung des Nationalstaates reziprok zur Zunahme der bewaffneten Milizen, insbesondere derjenigen, die vom Ausland unterstützt werden und gegen eine gesamtstaatliche Perspektive agieren.

Die Tatsache, dass Waffen im Irak und im Libanon ausschließlich in den Händen des Staates sind, unterstreicht, dass die iranische Agenda in der Region gescheitert ist, und nimmt dem Iran zugleich die entscheidenden Trümpfe in einer Phase, in der er nach den empfindlichen Luftangriffen auf seine Atomanlagen ohnehin geschwächt ist. Mit der Schwächung des Atomprogramms sind die vom Iran unterstützten Milizen wieder zur wichtigsten Kraft in der iranischen Außenpolitik geworden – trotz der schweren Schläge gegen die Hisbollah und dem Bestreben der irakischen Regierung, die zahlreichen Milizen einzudämmen. Die Intention des Irans, den amerikanischen Einfluss zu bekämpfen, wird diesen letztlich stärken, statt ihn zu schwächen, und darüber hinaus die militärische Vorherrschaft Israels in der Region festigen.

Der Staat als Achillesferse

Der Prozess der Stärkung der Milizen in der Region auf Kosten des Nationalstaates, unabhängig von ihrer Innen- oder Außenpolitik, läuft darauf hinaus, diese Staaten im Sinne der israelischen Interessen zu zersetzen. Diese lassen sich vor Ort nicht allein mit Gewalt umsetzen, sondern benötigen die passenden Begleitumstände, etwa dass ein Bürgerkrieg ausbricht und interne Konflikte entstehen, so wie es heute in der Region Suweida geschieht, wo sich Israel als Retter der Drusen gegenüber den als Staat getarnten radikalen sunnitischen Milizen geriert.

Solche Bedingungen werden durch konfessionelle und nationalistische Milizen geschürt, insbesondere denjenigen, die vom Iran und der Türkei unterstützt werden. Sie haben zu Unruhen und Spannungen innerhalb des arabischen Sozialgefüges geführt und werden dies auch weiterhin tun, insbesondere im Irak, in Syrien und im Libanon, wo sie den sunnitischen und schiitischen Extremismus schüren. Damit leisten sie dem Ziel eines „Groß-Israel“ Vorschub, das sich hinter dem Vorwand des Schutzes von Minderheiten und der „Verteidigung der Zivilisation gegen die Barbarei“ verschanzen kann. Genau so wie sie den Weg für weitere ausländische Interventionen der USA, Großbritanniens, Russlands oder anderer Länder geebnet haben.

Die Vorherrschaft der von regionalen Kräften unterstützten Milizen versetzt die Länder des Nahen Ostens angesichts der komplexen konfessionellen und nationalistischen Hintergründe in einen Zustand permanenter Spannungen und stärkt gleichzeitig den politischen und ideologischen Einfluss der Staaten, die die Milizen unterstützen und finanzieren. Deren Verbreitung lässt viele Israelis wieder den alten israelischen Traum träumen, da dieser nur mit der Spaltung der Region auf den Trümmern der Nationalstaaten realisierbar ist. Daher ist die Erzählung vom „Widerstand“, die bestimmte Milizen kurzfristig zu verbreiten versuchen, trotz der enormen Opfer, die sie bringen, langfristig zum Scheitern verurteilt.

Der Fall Syrien ist nur ein Beispiel für die tiefe Spaltung, die durch die militärische Intervention der Hisbollah zur Rettung des Assad-Regimes verursacht wurde. Innerhalb der syrischen Gesellschaft hat sich der Hass auf Israel in einen um ein Vielfaches stärkeren Hass auf den Iran und seine Verbündeten gewandelt. Dies hat sich auf den politischen Diskurs der Opposition ausgewirkt, die Ende 2024 die Diktion der neuen Machthaber übernommen hat und statt in Israel den Hauptfeind nunmehr im Iran sieht. Obwohl anti-iranische Animositäten schon seit langem vorhanden waren, hat die Intervention der schiitischen Milizen auf Seiten des Assad-Regimes dazu geführt, dass sie einen Punkt erreicht haben, an dem es kein Zurück mehr gibt, und hat den Einfluss von Al-Qaida, vertreten durch die Al-Nusra-Front (die 2016 in Fatah al-Sham umbenannt wurde, als sie sich von Al-Qaida lossagte), verschärft.

Die Libanesen sind Gefangene zweier großer Illusionen, die sich seit dem Bürgerkrieg halten. Die erste – noch immer weit verbreitete – wird von den

rechten Kräften aufrechterhalten. Sie lautet, dass Israel ein Freund des Libanon sei, wobei seine Ambitionen und die Bedrohung, die es darstellt, geleugnet werden, nur weil es die Umstände und Widersprüche des Bürgerkriegs ausnutzt. Diese Illusion wird durch die Argumentation verstärkt, dass ein restriktives Waffenmonopol des Staates die israelische Bedrohung verringern würde und dass Israel nach der Auflösung der Milizen spontan seine Übergriffe im Libanon einstellen würde. Die zweite Illusion, die von den linken Kräften gepflegt wird und an der viele ebenfalls hartnäckig festhalten, basiert auf der Annahme, dass „der libanesische Staat nicht in der Lage ist, dem zionistischen Staat militärisch entgegenzutreten“ und dass die Libanesen sich daher den nichtstaatlichen Milizen und militärischen Fraktionen anschließen müssen. Diese zweite Annahme ist ebenso gefährlich wie die erste, da sie den Aufbau eines Staates verhindert und ebenso wie die erste den Interessen Israels dient.

Auch im Falle Palästinas stellt die Existenz bewaffneter Gruppierungen für Israel kein strategisches Problem dar; doch Israel übertreibt ihre Macht und die von ihnen ausgehende Bedrohung, um ehrgeizigere Siedlungsziele zu erreichen und unter dem Vorwand, die israelische Bevölkerung zu schützen, Tausende Palästinenser:innen zu töten. Das grundlegende Problem des Staates Israel auf strategischer Ebene ist die Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates mit einer Armee und unabhängigen Institutionen, die nicht der israelischen Verwaltung unterstehen und international anerkannt sind, auch wenn dieser Staat nur 22 % der Fläche des historischen Palästinas ausmacht.

Hätte Israel nach Abwägung der Kosten und Vorteile der Zwei-Staaten-Lösung zugestimmt, hätte es einen historischen Friedensvertrag mit Saudi-Arabien erhalten, der ihm fast uneingeschränkter Zugang zur arabischen Welt verschafft hätte. Israel betrachtete jedoch die Anerkennung eines palästinensischen Staates durch die Zwei-Staaten-Lösung – was militärische Abkommen einschließlich des Abbaus der nach 1967 errichteten Siedlungen und der Rückkehr der Flüchtlinge voraussetzt, auch wenn diese nicht in ihre Heimat zurückkehren, sondern sich dem zukünftigen palästinensischen Staat anschließen würden – als größeren Verlust im Vergleich zur Errichtung politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zu Saudi-Arabien. Laut der Zeitung Israel Hayom sprach sich Außenminister Gideon Sa'ar sogar

für die Schließung des französischen Konsulats in Jerusalem als Vergeltungsmaßnahme für die Entscheidung des französischen Präsidenten Emmanuel Macron aus, einen palästinensischen Staat anzuerkennen.

Dies muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Israel hat eine historische Gelegenheit verpasst, normale Beziehungen zu allen Golfstaaten aufzubauen, und ist bereit, seine diplomatischen Beziehungen zu Frankreich abubrechen, was zu einer Krise in seinen Beziehungen zu den Ländern der Europäischen Union führen könnte, weil es die Existenz eines palästinensischen Staates nicht anerkennt, selbst wenn dieser weniger als 22 % der Fläche des historischen Palästinas umfasst und unter der fast vollständigen militärischen und politischen Kontrolle Israels über die derzeitige Palästinensische Autonomiebehörde steht. Das bedeutet, dass das Projekt „Groß-Israel“ bereits seit Jahrzehnten im Gange ist, wobei der erste Schritt darin besteht, alle Bewohner:innen des Gazastreifens und des Westjordanlands umzusiedeln.

Anzeichen für geopolitische Umbrüche?

Einige arabische Länder erkennen allmählich die wachsende Gefahr durch Israel, deren Anzeichen wir in Syrien und im Südlibanon gesehen haben. Die Hartnäckigkeit des Staates Israel, die Bewohner:innen des Gazastreifens umzusiedeln und den Gazastreifen vollständig zu besetzen, sowie die immer häufigeren Anspielungen auf „Groß-Israel“ lassen vermuten, dass sich diese Gefährdung mehr oder weniger kurzfristig auch auf die westlichen Regionen Jordaniens und die Sinai-Halbinsel ausweiten könnte. Es scheint, als würde Israel sich nicht mehr um die Einhaltung der Friedensverträge kümmern, deren Bestimmungen es verletzt, als wolle es diese entsprechend dem neuen Kräfteverhältnis, das es durch sein brutales Vorgehen in der Region erzwungen hat, neu gestalten.

Vor diesem Hintergrund erfolgte die Ankündigung der Wiedereinführung der Wehrpflicht in Jordanien wenige Tage, nachdem der jordanische Außenminister Netanjahus Äußerungen zu „Groß-Israel“ verurteilt hatte. Ein Land wie Jordanien ist natürlich nicht in der Lage, eine Eskalation gegen Israel zu betreiben, und hat sogar versucht, sich diesem zu unterwerfen, insbesondere während des letzten iranisch-israelischen Konflikts. Dennoch spüren die Jordanier:innen die israelische Bedrohung und geben sich nicht mehr mit verbalen Verurteilungen zufrieden: Sie ergreifen konkrete Sicherheitsmaßnahmen, obwohl sie sich deren Unzulänglichkeit bewusst sind.

In Ägypten ist die Lage wesentlich komplizierter, insbesondere aufgrund der uneingeschränkten Unterstützung Israels für Äthiopien beim Bau des Renaissance-Staudamms, der nicht nur die Ernährungssicherheit, sondern alle Lebensbereiche in Ägypten und im Sudan bedroht. Da Ägypten zu 90 % für seine Wasserversorgung vom Nil abhängig ist, ist diese Bedrohung für die Ägypter:innen eine Frage von Leben und Tod. Die israelischen Drohungen verkomplizieren die Situation, insbesondere nach einem Bericht, der am 10. Februar 2025 auf der israelischen Website *nziv.net* veröffentlicht wurde und sich mit einem von künstlicher Intelligenz generierten Szenario im Falle einer Bombardierung des Assuan-Staudamms befasst, das zur Zerstörung der Infrastruktur und zum sofortigen Tod Tausender Ägypter führen könnte.

Die Versuche, die Bewohner Gazas in den Sinai umzusiedeln, und die anschließenden Erklärungen zu „Groß-Israel“ machten plausibel, dass trotz der Unterstützung Ägyptens für Israel bei der Blockade Gazas, von Israel eine Gefahr für die Ägypter:innen ausgeht. Ägypten begnügte sich nicht mit öffentlichen Verurteilungen, sondern begann, konkrete Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen und seine Militärmanöver im Norden abzuhalten. Hierbei spielt auch die Intensivierung des Militärbündnisses zwischen Ägypten und der Türkei eine Rolle, mit gemeinsamen Militärübungen und der Ankündigung militärischer Fertigungs- und Entwicklungsprojekte, insbesondere beim Bau des Kampfflugzeugs TAI TF Kaan in Zusammenarbeit mit der türkischen Luft- und Raumfahrtindustrie, dessen Indienststellung für 2028 erwartet wird. Darüber hinaus besteht die ägyptische Armee auf einer Diversifizierung ihrer Waffenlieferungen und importiert hochentwickelte Luftabwehrsysteme und Panzerabwehrraketen aus verschiedenen Ländern, vor allem aus China. Darin liegt möglicherweise der Hauptgrund für die Provokationen Israels und die Androhung der Zerstörung des Hochstaudamms.

Israels Spiel mit dem Feuer

Die Dynamik der Beziehungen zwischen Israel und den USA hat sich seit Trumps Rückkehr ins Präsidentenamt enorm verändert. Auch wenn Trump in bestimmten Situationen Netanjahus Unberechenbarkeit eindämmen konnte – wobei er sich manchmal als noch unberechenbarer erwies als dieser –, erlaubt die Ausrichtung, die Netanjahu den USA durch seine fast vollständige Kontrolle

über die vorherige Regierung auferlegt hat, Trump nicht, ihn zu einer Änderung zu zwingen, selbst wenn er dies wollte. Vor diesem Hintergrund erscheinen die Appelle der libanesischen Regierung an die USA, Druck auf Israel auszuüben, damit dieses das Waffenstillstandsabkommen einhält, absurd.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt scheint es, dass Israel nicht beabsichtigt, ohne direkte politische und sicherheitspolitische Gegenleistungen auf libanesischem Gebiet zu bleiben. Israel wird nicht in der Lage sein, den Krieg an mehreren Fronten gleichzeitig fortzusetzen, insbesondere durch militärische Bodenoffensiven, aber es wird seine politische und sicherheitspolitische Präsenz bei jeder Gelegenheit zu verstärken suchen, um die damaligen Fehler bei der Besetzung des Libanon nicht zu wiederholen.

Israel ist heute die treibende Kraft hinter der amerikanischen Politik im Nahen Osten und zwingt die USA zu neuen Kriegen, wie zuletzt gegen den Iran. Und vielleicht wird es sie in naher Zukunft zu weiteren Kriegen gegen ehemalige Verbündete verpflichten. Diese qualitative Veränderung widerspricht dem vorherrschenden Bild, dass die USA Israel dominieren. Letzteres ist inzwischen in der Lage, seine enge sicherheitspolitische und technologische Zusammenarbeit mit den USA und die Verflechtung der nationalen Sicherheit der USA mit Israels regionalen Interessen zu nutzen, um die USA zum Äußersten zu treiben. Und vielleicht ist das der Grund, warum Trump nun den russischen Präsidenten Wladimir Putin auf eine Einigung zur Beendigung des Krieges zwischen Russland und der Ukraine drängt.

Israel ist keine einfache „Kolonie“ oder Verlängerung des Kolonialisierungsbestrebens der Westmächte, wie manche postmoderne Linke behaupten, deren Ideologie auf dem Hass gegen den „weißen Mann“ gründet, der angeblich die Ursache allen Übels ist. Israel ist vielmehr ein Kolonialstaat im wahrsten Sinne des Wortes, der bewusst seine expansionistischen Interessen durchsetzt und seine westlichen Verbündeten zwingt, sich seinen Kriegen anzuschließen, selbst wenn dies für sie erhebliche wirtschaftliche und finanzielle Verluste mit sich bringt, ganz zu schweigen von beträchtlichen sozialen Protesten. Aber es gibt keine Garantie, dass dies auch so bleibt, vor allem wenn „Groß-Israel“ durch ein apokalyptisches Szenario verwirklicht wird, in das keine „zivilisierte“ Macht involviert sein möchte.

Die amerikanische Außenpolitik ist historisch gesehen komplex. Trotz der zahlreichen Kriege, die die USA geführt haben, basiert sie seit dem Amtsantritt von Barack Obama auf Soft Power, wobei Krieg eine Ausnahme bleibt, im Gegensatz zur aggressiven Außenpolitik Israels, die auf Gewalt und Massakern basiert. Eine friedliche Lösung ist die Ausnahme, insbesondere seit dem Machtantritt der zionistischen extremen Rechten. Diese Unterschiede in der Außenpolitik sind von wesentlicher Bedeutung, auch wenn sie sich bis zu einem gewissen Grad ergänzen. Früher oder später werden diese Widersprüche explodieren, da die USA nicht bereit sind, alle ihre Verbündeten zu verlieren und gegen sich aufzubringen, nur um Israel zufrieden zu stellen.

Lassen wir, metaphorisch gesprochen, den Iran und seine Milizen aus diesen geopolitischen Erwägungen beiseite: Die zunehmende Pattsituation und die absehbaren Veränderungen in den Beziehungen zwischen Israel und den Ländern der Region, die statt der erwarteten politischen oder wirtschaftlichen Normalisierung von gegenseitiger Spannung und Distanz geprägt sind, werden nach und nach zu einer strategischen Distanzierung zwischen Israel und den USA führen. Die Politik der totalen Unterwerfung, die Israel gegenüber seinen Nachbarn, seien es Verbündete oder Gegner, praktiziert, wird langfristig mit den amerikanischen Interessen im Nahen Osten und in Nordafrika in Konflikt geraten. Diese Unterwerfung bedeutet einerseits, dass Israel die Ressourcen der USA erschöpft, und hat andererseits negative Auswirkungen auf die Handels- und Finanzinteressen der USA, insbesondere in den Golfstaaten. Eine der Folgen könnte ein globaler Wirtschaftsschock sein, den die USA nicht verkraften könnten.

21. August 2025

Hani Adada ist Mitglied der libanesischen Groupe communiste révolutionnaire, die der IV. Internationale angehört.

Aus: *inprecor* vom Oktober 2025

Übersetzung: MiWe



ISRAELS GEWALT-SAME EXPANSION

Der Völkermord in Gaza und die Vertreibungen in der Westbank sind Zeugnis eines nicht endenden Siedlerkolonialismus. **Joseph Massad**

Während arabische Regime dabei sind, ihre Beziehungen zu Israel zu normalisieren, demonstriert die Politik der israelischen Regierung, dass der Expansionsdrang kein Ende findet. Letzte Woche zündeten illegale jüdische Siedler im Norden des Westjordanlands eine palästinensische Moschee in Salfit an und beschmierten ihre Wände mit rassistischen Graffiti. Am selben Tag erschoss die israelische Besatzungsarmee zwei palästinensische Kinder in der Nähe von Hebron im Süden des Westjordanlands. Die Siedler und Soldaten führen damit eine alte zionistische und israelische Tradition fort.

Tatsächlich sind die Ideologie der Rassentrennung und der damit einhergehende Landraub seit Beginn des 20. Jahrhunderts grundlegende Bestandteile des Zionismus. Dennoch zeigen sich die arabischen Regime uneindrückt von den Auswirkungen, die all dies für ihre eigene Zukunft haben könnte. Einige von ihnen sind sogar bestrebt, Israel für seinen Völkermord zu belohnen, indem sie die Beziehungen zu Israel normalisieren oder vorhandene Beziehungen zu vertiefen. Auch Algerien, das seine Beziehungen zu Israel noch nicht normalisiert hat, scheint diesem Beispiel zu folgen, bedenkt man seine Zustimmung (am 17.11.) im UN-Sicherheitsrat zur Rekolonisierung des Gazastreifens.

Unterdessen forcieren die jüdischen Siedler während der diesjährigen Olivenernte ihre Angriffe auf Palästinenser:innen im Westjordanland und zerstören Bäume, zünden Lagerhäuser an und attackieren Beduinenzelte. Seit dem 7. Oktober 2023 haben israelische Soldaten und jüdische Siedler mehr als 1 070 Palästinenser:innen im Westjordanland getötet, 10 700 verletzt und 20 500 entführt („verhaftet“ in der Terminologie der Zionisten). Allein jüdische Siedler haben 7 154 Mal Palästinenser:innen angegriffen – Tendenz steigend.

Der jüngste völkermörderische Krieg hat Israel politisch, wirtschaftlich, diplomatisch und sogar militärisch

geschwächt, wenn man überlegt, dass die Armee es auch nach zwei Jahren Vernichtungskrieg nicht geschafft hat, die Hamas zu zerstören.

Auch die israelischen Behörden beschlagnahmten weiterhin palästinensisches Land und vertreiben dessen Bewohner:innen, um Platz für weitere illegale jüdische Siedlungen zu schaffen.

In den letzten Monaten hat Israel 40 000 Palästinenser:innen vertrieben, Häuser und ganze Stadtviertel zerstört, darunter auch in den Flüchtlingslagern von Dschenin und Tulkarm, ihre Felder verwüstet und ihre Ernten verbrannt. Letzte Woche verschickte die israelische Siedlungsbehörde Räumungsverfügungen an Palästinenser:innen, die nördlich des besetzten Ostjerusalem leben. Sie müssen binnen 20 Tagen ihr Eigentum verlassen, darunter 130 Dunam (ca. 13 ha) nahe des Dorfes Qalandiya, das für eine neue jüdische Siedlung beschlagnahmt werden soll. Schon jetzt sind 40 % der Fläche von Qalandiya vom Rest des Dorfes abgeschnitten und liegen westlich der 2002 von den Israelis errichteten Apartheidmauer und sind damit praktisch für seine Eigentümer verloren.

Während die Palästinenser im Gazastreifen weiterhin durch den israelischen Völkermord dezimiert werden, der bisher mehr als eine Viertelmillion Tote und Verletzte sowie mehr als zwei Millionen Flüchtlinge zur Folge hat, leiden die Palästinenser im Westjordanland unter der anhaltenden Unterdrückung und oft tödlichen Gewalt durch das israelische Militär, Siedler und die Kollaborateure der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA), die allesamt an diesen Verbrechen beteiligt sind.

Land und Arbeit

Trotz der heuchlerischen Verurteilungen der Siedlergewalt durch westliche Mächte und trotz ihrer zaghaften Kritik an Israels Gazakrieg ist all dies nichts Neues in der Geschichte des Zionismus und Israels. Es handelt sich lediglich um die Fortsetzung des Siedlerkolonialismus, den Israel seit jeher betreibt.

Die beiden Grundsätze des Zionismus, „Eroberung des Landes“ und „Eroberung der Arbeit“, haben die Siedlerkolonialbewegung von Beginn an geleitet. Einige Beispiele aus dem letzten Jahrhundert, insbesondere aus den 1920er Jahren, zeigen, wie beharrlich die zionistischen Kolonialisten vorgehen – und warum der Siedlerkolonialismus nie wirklich endet.

Bereits in den frühen 1920er Jahren hatte sich die zionistische Siedlerbewegung in eine systematische Kam-

pagne zur Aneignung palästinensischen Landes und zur Vertreibung seiner Bewohner:innen gewandelt. Für die „Eroberung des Landes“ ging der Jüdische Nationalfonds, der finanzielle Arm der Zionistischen Organisation, auf Einkaufstour, kaufte palästinensisches Land von abwesenden Landbesitzern mit Sitz in Beirut und Kairo und vertrieb Tausende von Bauern, die sich zunehmend den Aufständen und Revolten gegen die Kolonisten und ihre britischen Unterstützer anschlossen.

Der Kampf um Land im Dorf Affulah in der Region Marj Ibn Amir, der 22 von der Vertreibung bedrohte Dörfer umfasste, sowie die geplante Vertreibung palästinensischer Beduinen von ihren landwirtschaftlichen Nutzflächen und Weideflächen (rund 4000 Hektar) im Wadi al-Hawarith wurde im Oktober 1924 zu einem bedeutenden Zündfunken. Die Umsiedlung verzögerte sich aufgrund ihres Widerstands und ihrer Weigerung, das Gebiet zu verlassen, sowie aufgrund ausstehender Entscheidungen der britischen Mandatsgerichte. Schließlich wurden sie 1933 von den Briten vertrieben.

Die zionistische „Eroberung der Arbeit“ firmierte unter dem Begriff „Arbeit für Hebräer“ und zielte darauf ab, die einheimischen Palästinenser:innen ihrer Arbeit zu berauben – zunächst in zionistischen und jüdischen Unternehmen, die in Palästina tätig waren, und dann, unter dem britischen Mandat, im ganzen Land.

Die zionistischen Arbeiter, die die jüdischen Siedler in Palästina anführten, insbesondere durch ihre rassistisch-separatistische „Gewerkschaft“ Histadrut, organisierten eine Streikpostenkampagne, um palästinensische Arbeiter und ihre jüdischen kapitalistischen Unternehmer, die von den Zionisten als „Vertreiber“ und „Entfremder“ bezeichnet wurden, zu schikanierten, um diese Unternehmer zu zwingen, ausschließlich Juden einzustellen.

Jüdische Unternehmer wurden als „Verräter“ diffamiert und von der jüdischen Siedlergemeinschaft boykottiert, bis sie nachgaben und ihre billigeren palästinensischen Arbeiter durch jüdische Siedler ersetzten.

Die Streikpostenkampagne begann 1927 und dauerte bis 1936 an. Bei diesen palästinensischen Arbeitern handelte es sich um genau die Bauern, die von ihrem Land vertrieben worden waren, nachdem dieses durch Zionisten von abwesenden Besitzern gekauft worden war, und die nach ihrer Vertreibung und dem Verlust ihrer Existenzgrundlage nach Arbeit suchten. Doch die sadistischen zionistischen Siedler verfolgten sie unerbittlich.

Ähnlich wie ihre schwarzen südafrikanischen Leidensgenossen, die einige Jahre zuvor Opfer von Angriffen

weißer Arbeiter geworden waren, wurden die palästinensischen Arbeiter auf Zitrusplantagen oder im Bausektor – die für den Bau der jüdischen Siedlung Tel Aviv für ihre jüdischen Kolonisatoren eingestellt worden waren – ständig geschlagen, gejagt und schikaniert, um sie von der Arbeit auf diesen Baustellen abzuhalten.

Zynischerweise wurden diese einheimischen palästinensischen Arbeiter von den zionistischen Siedlern als „ausländische Arbeiter“ bezeichnet. Doch die Frage der palästinensischen Arbeitskräfte verlor nach der Vertreibung der Mehrheit der Palästinenser im Jahr 1948 an Bedeutung.

Kolonialistische Provokationen

Die Politik der kolonialen Rassentrennung ging so weit, dass die Zionisten versuchten, die Buraq-Mauer (im Westen auch „Westmauer“ oder „Klagemauer“ genannt) der Al-Aqsa-Moschee, die aus dem Ende des 7. Jahrhunderts stammt, zu vereinnahmen.

Die religiöse Bedeutung dieses Mauerabschnitts, der als einziges Überbleibsel der ursprünglichen Anlage um den von den Römern zerstörten antiken „zweiten“ jüdischen Tempel gilt, wurde von den ansonsten säkularen Zionisten aufgebläht und mit einer frisch erfundenen nationalen und religiösen Bedeutung überfrachtet. Zionistische Versuche in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre, den Teil der Mauer zu vereinnahmen, der einer palästinensisch-muslimischen Stiftung gehörte und traditionell Teil des Al-Aqsa-Moscheekomplexes war (bekannt als Al-Haram Al-Sharif – einer der heiligsten Stätten des Islam seit dem späten 7. Jahrhundert), mobilisierten die Palästinenser, insbesondere vertriebene Bauern und entlassene Arbeiter, und führten zu einem großen Aufstand.

Die Erklärung, den palästinensischen Aufstand vom August 1929 als zugespitzte Folge der Vertreibungen von Palästinensern aus ihren Gebieten durch jüdische Siedler in den 1920er Jahren und der Entlassung ehemaliger Bauern infolge der zionistischen Streikpostenkampagne zu betrachten, wurde von den Zionisten als wahrheitswidrig zurückgewiesen.

Stattdessen behaupteten sie, dass er antisemitisch motiviert gewesen sei. Die zionistische Instrumentalisierung des „Antisemitismus“ als fadenscheiniger Vorwand, um alle palästinensischen (und jüdischen) antikolonialen Bestrebungen zu diskreditieren, die in den 1880er Jahren begannen, wird von Israel bis heute in seiner Propaganda im Westen wirksam eingesetzt.

Vor diesem Hintergrund kam es im Oktober 1933 zu großen palästinensischen Demonstrationen gegen die britische und jüdische Einwanderung und Kolonisierung. Sie wurden hauptsächlich von der Palästinensischen Patriotischen Partei Istiqlal („Unabhängigkeit“) und anderen Jugendorganisationen organisiert, die vergeblich versuchten, die palästinensische Führungselite, die in der Arabischen Exekutive – dem Gremium, das die Anliegen der Palästinenser gegenüber den britischen Behörden vertrat – vertreten war, dazu zu bewegen, die Zusammenarbeit mit den Behörden zu verweigern.

Die arabische Exekutive gab schließlich nach und rief zu Protesten auf. Tausende Menschen demonstrierten in ganz Palästina, allein in Jaffa waren es 8000, darunter 600 Palästinenser, die einige Monate zuvor, im Juni, aus ihrem Land in Wadi al-Hawarith vertrieben worden waren. Die britische Polizei ging brutal gegen die Demonstranten vor, tötete 26 unbewaffnete palästinensische Teilnehmer in Jaffa und Haifa und verletzte Dutzende weitere.

Anhaltende Aggressivität

Die zionistischen Versuche, die Buraq-Mauer in den 1920er Jahren einzunehmen, waren schließlich 1967 nach der israelischen Eroberung Ostjerusalems erfolgreich. Seitdem hat der Siedlerzionismus – entgegen den jüdischen Lehren und rabbinischen Bestimmungen, die Juden den Zutritt zum Moscheegelände verboten und als Ketzerei bezeichneten – eine neue zionistische Version des Judentums geprägt, maßgeblich vorangetrieben von Rabbinern aus den Siedlungen, die dieses Verbot aufgehoben haben.

Dies ermöglichte es dem Likud-Führer Ariel Sharon und seinen Unterstützern unter den Siedlern, im September 2000 unter dem Schutz von 1000 israelischen Polizisten in den Haram al-Sharif einzudringen. Seitdem kommt es regelmäßig zu Überfällen auf die Moschee.

Erst im vergangenen Monat führte der israelische Sicherheitsminister Itamar Ben-Gvir Dutzende Siedler bei einem Angriff auf das Gelände der Al-Aqsa-Moschee im besetzten Ostjerusalem während der hohen jüdischen Feiertage an – unter dem Schutz der israelischen Polizei. Seit Anfang September dringen Tausende Siedler illegal in das Gelände ein, um dort religiöse Rituale durchzuführen.

Ben Gvir verschärfte auch seine Angriffe auf palästinensische Staatsbürger:innen Israels und verfügte unter dem Vorwand der Verbrechensbekämpfung illegale Hausdurchsuchungen in den israelischen (und ehemals palästinensischen) Städten Ramleh und Lydda. Diese Angriffe fielen zeitlich mit einem neuen Vertreibungsbefehl gegen

palästinensische Bürger des Naqab zusammen und waren Teil von Israels jahrzehntelanger Kampagne zur Zerstörung dieser Dörfer und zur Vertreibung ihrer Bewohner.

Letzte Woche wies der israelische Oberste Gerichtshof die Berufung von Bewohnern des Dorfes Ras Jarabah in der Naqab-Region östlich von Dimona zurück. Das höchste Gericht ordnete die Ausweisung von 500 Personen an und gab ihnen 90 Tage Zeit, der Anordnung Folge zu leisten. Dies sind nur einige wenige Beispiele für das Unrecht, das Palästinenser:innen heute angetan wird – ausgenommen natürlich der Völkermord im Gazastreifen, eine extreme Eskalation israelischer und zionistischer Verbrechen, die seit den 1880er Jahren andauert.

Zum Scheitern verurteilt

Man könnte meinen, dass Israel, die zionistische Bewegung und ihre westlichen Unterstützer eine grundlegende historische Tatsache eingestehen würden, nämlich dass der Siedlerkolonialismus ein Prozess ist, der erst mit der vollständigen Vernichtung der einheimischen Bevölkerung ein Ende hat. Dies zeigt schließlich die Geschichte – und die Gegenwart – der wichtigsten Kolonialprojekte weißer Siedler in der westlichen Welt, seien es die USA, Australien, Kanada oder Neuseeland, ganz zu schweigen von Mittel- und Südamerika.

Trotz Israels völkermörderischer Umtriebe leben noch immer Millionen Palästinenser:innen, und die Hälfte von ihnen lebt weiterhin im Land. Israels jüdische Siedler haben daher noch einen langen Weg vor sich.

Die Tatsache, dass die israelische Kolonialgewalt innerhalb der Grenzen von 1948 und in den seit fast sechs Jahrzehnten besetzten Gebieten andauert, zeugt von der Unfähigkeit des Regimes, seine „Mission zu erfüllen“. Tatsächlich hat der jüngste Völkermordkrieg Israel politisch, wirtschaftlich, diplomatisch, demografisch und sogar militärisch geschwächt, wie die Unfähigkeit der Armee beweist, die Hamas nach zwei Jahren Vernichtungskrieg zu zerschlagen. Dass das Hauptziel, die Palästinenser:innen in Gaza aus Palästina zu vertreiben, gescheitert ist, verschlimmert die Situation noch weiter.

Arabische Regime, die die Beziehungen zu Israel normalisieren, insbesondere Saudi-Arabien, das hofft, eine noch stärkere Annäherung zu erzielen, faktisch als Belohnung für Israels jüngsten Völkermord, sind einfach seltsam naiv. Sie scheinen nicht nur davon überzeugt zu sein, dass Israel als jüdischer Kolonialstaat auf unbestimmte Zeit fortbestehen wird, sondern auch, dass nach der Niederlage und endgültigen Zerschlagung der Hamas die Normalisierung

der Beziehungen zu diesem Völkermörderstaat ungehindert erfolgen kann – als ließe sich der palästinensische Widerstand einfach auslöschen.

Diese Illusion teilt auch der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmud Abbas, der unbeirrt glaubt, er und seine Clique palästinensischer Kollaborateure würden an die Macht im Gazastreifen gelangen und einen souveränen, aber illusorischen palästinensischen Staat regieren, der von Israels westlichen Unterstützern – mit Ausnahme der USA – anerkannt wird.

Wenn es in anderthalb Jahrhunderten jüdischer Siedlerkolonialismus, unterstützt von westlichen Kolonialmächten, nicht gelungen ist, Israels Zukunft als jüdisch-suprematistischer Staat zu sichern, dann sind alle Pläne, die Israel und Trump für Gaza – geschweige denn für das Westjordanland, Jerusalem oder gar Israel selbst – aushecken, zum Scheitern verurteilt, in denen es darum geht, die Kontinuität des israelischen Siedlerkolonialismus zu gewährleisten.

Die Israelis verstehen das vollkommen. Dies zeigt sich in der wachsenden Unruhe unter ihren politischen und wirtschaftlichen Eliten, die den Zusammenbruch des Siedlerkolonialismus befürchten, so auch beim ehemaligen Premierminister Ehud Barak. So manche Menschen der jüdischen Bevölkerung sind schon ausgewandert, viele andere erwägen, dasselbe zu tun.

In Erwartung eines solchen Ereignisses hat die Harvard-Universität an geheimer Stelle ein riesiges Archiv eingerichtet, mit allen möglichen Dokumenten zu Israel, um diese zu sichern „für den Fall, dass Israel aufhört zu existieren“. Die Frage ist, ob die arabischen Eliten und Israels westliche Unterstützer diese Realität jemals erkennen werden.

Joseph Massad ist ein Associate Professor für zeitgenössische arabische Politik am Department of Middle Eastern, South Asian, and African Studies der Columbia University (New York), und Autor zahlreicher Werke über die palästinensische Frage.

Aus: *MiddleEastEye* vom 18.11.2025

Übersetzung: MiWe



DIE ADELUNG DES KOLONIALIS- MUS

Das Votum des UN-Sicherheitsrats vom 17. November für Trumps Gaza-Plan ignoriert das Völkerrecht, bestraft die Palästinenser:innen und belohnt die Verantwortlichen für den Völkermord. **Craig Mokhiber**

Mehr als zwei Jahre nach Beginn des Völkermords in Palästina hat der UN-Sicherheitsrat schließlich gehandelt. Aber statt das Völkerrecht durchzusetzen, die Opfer zu schützen und die Täter zur Rechenschaft zu ziehen, hat er eine Resolution verabschiedet, die wichtige Bestimmungen des Völkerrechts offen missachtet, die Opfer entmachtet und weiter bestraft sowie die Täter belohnt und stärkt.

Am beunruhigendsten ist, dass er die Kontrolle über Gaza und die Überlebenden des Völkermords an die USA, einen Mitverursacher des Völkermords, übergibt und das israelische Regime an den künftigen Entscheidungen beteiligt. Nach diesem Plan wird den Palästinenser:innen hingegen keine Beteiligung an den Entscheidungen über ihre eigenen Rechte, ihr Regierungssystem und ihr Leben eingeräumt.

Mit der Verabschiedung dieser Resolution ist der Rat faktisch zu einem Unterdrückungsinstrument in den Händen der USA, das für die fortgesetzte rechtswidrige Besetzung Palästinas steht, und zu einem Komplizen des Völkermords Israels geworden.

Seit die UNO 1947 Palästina gegen den Willen der einheimischen Bevölkerung aufteilte und damit die Grundlage für 80 Jahre Nakba schuf, hat die UNO nicht mehr so unverhohlen kolonialistisch (und ohne rechtliche Befugnis) gehandelt und die Rechte eines Volkes so rücksichtslos mit Füßen getreten.

Eine Ausgeburt der Hölle

Am 17. November verabschiedete der UN-Sicherheitsrat einen Vorschlag der USA, die Kontrolle über Gaza an ein von den USA geführtes Kolonialgremium namens „Frie-

densrat“ zu übertragen und gleichzeitig eine ebenfalls von den USA geleitete Besatzungsmacht, die so genannte „Internationale Stabilisierungstruppe“ zu stationieren. Beide werden letztlich Donald Trump persönlich unterstehen. Und beide werden in Absprache mit dem israelischen Regime agieren.

An diesem Tag, der als Tag der Schande für die UNO in Erinnerung bleiben wird, enthielten sich zwar sowohl Russland als auch China der Stimme, legten jedoch kein Veto ein, und kein einziges Mitglied des Sicherheitsrats hatte den Mut, die Prinzipientreue oder ausreichend Respekt vor dem Völkerrecht, um gegen etwas zu stimmen, das nur als kolonialistische Ungeheuerlichkeit der USA, als Billigung von Völkermord und als eklatante Missachtung der Grundsätze der UN-Charta angesehen werden kann.

Die Resolution lehnt implizit eine Reihe von Feststellungen des Internationalen Gerichtshofs (IGH) aus jüngster Zeit ab, verweigert den Palästinensern offen das Selbstbestimmungsrecht und stärkt die Straffreiheit des israelischen Regimes, obwohl der Völkermord weitergeht.

Trotz der Feststellung des IGH, dass das palästinensische Volk ein Recht auf Selbstbestimmung auf seinem Land hat, entzieht die Resolution ihm dieses Recht und ermächtigt feindliche ausländische Kräfte, über es zu herrschen. Obwohl der Gerichtshof festgestellt hat, dass Gaza (ebenso wie das Westjordanland und Ostjerusalem) illegal besetzt ist und dass die Besatzung schnell und vollständig beendet werden muss, verlängert die Resolution die israelische Besatzung, billigt die unbefristete Präsenz israelischer Regierungstruppen und verstärkt sie mit einer zweiten, von den USA geführten Besatzung.

Und obwohl das Gericht festgestellt hat, dass die Palästinenser:innen nicht mit ihren Unterdrückern über ihre Rechte verhandeln müssen und dass kein Abkommen und kein politischer Prozess diese Rechte außer Kraft setzen kann, hebt die Resolution diese Rechte auf und überträgt sie dem Belieben der USA und deren israelischen und sonstigen Partnern.

Inmitten eines anhaltenden Völkermords, der von einem Apartheidregime verübt wird, findet sich in der Resolution kein einziger Hinweis auf die Verbrechen des Völkermords, der Apartheid oder der Kolonialisierung, auf die Tausenden von Palästinenser:innen, die immer noch in israelischen Folter- und Todeslagern festgehalten werden, oder auf die Grundsätze der Rechenschaftspflicht für die Täter oder der Entschädigung für die Opfer.

Israel wird auch nicht verpflichtet, seinen rechtlichen Verpflichtungen zur Entschädigung und Wiedergutmachung

nachzukommen, Stattdessen wird diese Verantwortung internationalen Gebern und Finanzinstitutionen übertragen, was einer milliardenschweren Rettungsaktion für das israelische Regime gleichkommt. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Resolution nicht nur der [diplomatischen] Normalisierung des israelischen Regimes dient, sondern auch dessen vollständige Straffreiheit garantiert.

Kolonialismus pur

Die Resolution begrüßt, befürwortet und erweitert sogar den weithin diskreditierten Trump-Plan (in der Fassung vom 29. September) und fordert alle Parteien auf, ihn vollständig umzusetzen, obwohl sie noch nicht einmal alle seine problematischen Bestimmungen anführt.

Sie ermächtigt den von Trump geleiteten Friedensrat, als Übergangsverwaltung für den gesamten Gazastreifen zu fungieren, alle Dienst- und Hilfsleistungen zu kontrollieren, den Personenverkehr in und aus dem Gazastreifen zu überwachen und den Rahmenplan, die Finanzierung und den Wiederaufbau des Gazastreifens zu kontrollieren. Zudem enthält sie eine nahezu unbegrenzte Ermächtigung zu „allen anderen Aufgaben, die erforderlich sein könnten“, und die Vorabbefugnis, nach eigenem Ermessen undefinierte „operative Einheiten“ und „Transaktionsbehörden“ einzurichten.

Die Resolution sieht sogar eine Technokratentruppe palästinensischer Kollaborateure vor, die in ihrem eigenen Land Befehle von Trumps Friedensrat entgegennehmen und diesem Bericht erstatten sollen. In klarer Verletzung des Völkerrechts lehnt sie die palästinensische Kontrolle über ihr eigenes Gebiet im Gazastreifen ab, bis Trump und seine Mitarbeiter entscheiden, dass die Palästinensische Autonomiebehörde die von Trump und dem gleichermaßen widerwärtigen „französisch-saudischen Vorschlag“ festgelegten Reformanforderungen erfüllt hat. Und sie enthält keinerlei Zusicherung hinsichtlich der Unabhängigkeit oder Souveränität Palästinas.

Stattdessen wird in direktem Widerspruch zu den Entscheidungen des IGH das Bestreben der Palästinenser:innen nach Freiheit und Selbstbestimmung mit einer vagen, an viele Auflagen geknüpften und unverbindlichen Formulierung relativiert. Sie besagt: *Nachdem* die von Trump geführten Gremien entschieden haben werden, dass die Palästinenser undefinierte „Reform- und Entwicklungskriterien“ erfüllt haben, „die Bedingungen für einen glaubwürdigen Weg zur palästinensischen Selbstbestimmung und Staatlichkeit endlich gegeben sein können“. (jeweils eigene Hervorh.)

Und jeder Funke Hoffnung auf Fortschritte, der unter diesen Bedingungen noch übriggeblieben sein könnte, wird schließlich durch die Gnadenstoßklausel zunichte gemacht, die besagt, dass jeder derartige Prozess zur Erreichung dieser Ziele von den USA selbst kontrolliert werden soll. Mit anderen Worten: Der UN-Sicherheitsrat hat den USA, der Hauptstütze des israelischen Regimes und Mitbetreiber des Völkermords, ein Veto über die Selbstbestimmung der Palästinenser:innen eingeräumt.

Die Resolution bietet nicht einmal Hoffnung darauf, dass die systematische Blockade des palästinensischen Volkes im Gazastreifen ein Ende findet. Während der IGH erklärt hat, dass die Beschränkungen für Hilfslieferungen aufgehoben werden müssen, „unterstreicht“ die Resolution lediglich „die Bedeutung“ humanitärer Hilfe. Sie fordert nicht deren ungehinderte Lieferung und Verteilung.

Eine stellvertretende Besatzungsmacht

Die Resolution sieht auch eine bewaffnete stellvertretende Besatzungsmacht vor, die als „Internationale Stabilisierungstruppe“ bezeichnet wird und unter dem von Trump geleiteten Friedensrat operieren soll. Diese Truppe soll über ein vom Trump-Rat genehmigtes Kommando verfügen und ausdrücklich in Zusammenarbeit mit Israel, dem Betreiber des Völkermords (sowie mit Ägypten), operieren.

Ihre Mitglieder sollen „in Zusammenarbeit mit“ dem israelischen Regime ausgewählt werden, und sie soll mit dem Regime zusammenarbeiten, um die palästinensischen Überlebenden in Gaza zu kontrollieren.

Sie wird beauftragt werden, die Grenzen zu sichern (d. h. die Palästinenser einzusperren), die Sicherheitslage im Gazastreifen zu stabilisieren (d. h. jeglichen Widerstand gegen Besatzung, Apartheid oder Völkermord zu unterdrücken), Gaza zu entmilitarisieren (aber nicht das israelische Regime), die militärischen Verteidigungskapazitäten Gazas zu zerstören (aber nicht die Israels), die Waffen des palästinensischen Widerstands unbrauchbar zu machen (aber nicht die des israelischen Regimes), die palästinensische Polizei auszubilden (um das palästinensische Volk in Gaza zu kontrollieren) und für die (ruchlosen) Ziele des „Umfassenden (Trump-)Plans“ zu arbeiten.

Die Truppe hat außerdem den Auftrag, „Zivilpersonen [zu] schützen“ und humanitäre Hilfe zu leisten, soweit dies von den USA erlaubt (oder gewünscht) wird. Dass eine solche Truppe, die mit Israel zusammenarbeiten soll, nichts unternehmen würde, um gegen die israelische Aggression und die Angriffe auf Zivilist:innen einzuschreiten, sollte inzwischen auf der Hand liegen.

Und sie soll den „Waffenstillstand überwachen“ – einen von den USA garantierten Waffenstillstand, der seit seiner Verkündung tägliche israelische Angriffe auf Gaza ermöglicht hat (bei denen Hunderte Menschen getötet und zivile Infrastruktur massiv zerstört wurden), aber keine Vergeltungsmaßnahmen seitens des palästinensischen Widerstands duldet. Es ist davon auszugehen, dass sich die Überwachung des Waffenstillstands durch eine solche Truppe hauptsächlich auf die palästinensische Seite konzentrieren wird – und nicht auf das israelische Regime als Besatzungsmacht.

Mit anderen Worten: Die Aufgabe dieser stellvertretenden Besatzungstruppe besteht darin, die vom Völkermord betroffene Bevölkerung zu kontrollieren, zu behindern und zu entwaffnen, nicht das Regime, das ihn begeht, und die Sicherheit nicht für die Opfer des Völkermords, sondern für seine Täter zu gewährleisten.

In einem weiteren eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht ermächtigt die Resolution die Streitkräfte des israelischen Regimes, Gaza weiterhin (rechtswidrig) zu besetzen, bis der von den USA geführte Friedensrat und die Streitkräfte des israelischen Regimes gemeinsam etwas anderes beschließen. Und in jedem Fall sieht die Resolution vor, dass die israelischen Streitkräfte (IDF) in Gaza bleiben können, um einen „Sicherheitsgürtel“ auf unbestimmte Zeit zu besetzen.

Schließlich erhalten sowohl der koloniale Friedensrat als auch seine stellvertretende Besatzungs- „Stabilisierungstruppe“ ein zweijähriges Mandat und die Möglichkeit einer Verlängerung in Absprache mit Israel (und Ägypten), jedoch nicht mit Palästina.

Der Wahnsinn der Kolonialisten

Es versteht sich, dass diese Resolution von der palästinensischen Zivilgesellschaft, fast allen palästinensischen politischen und Widerstandsgruppen sowie Menschenrechtsvertreter:innen und Expert:innen für internationales Recht aus aller Welt abgelehnt wurde.

Nach internationalem Recht ist die Besatzung Palästinas rechtswidrig, hat das palästinensische Volk ein Recht auf Selbstbestimmung und das Recht, sich gegen ausländische Besatzung, koloniale Herrschaft und rassistische Regimes wie Israel zu wehren. Nicht nur ist diese Resolution darauf ausgerichtet, diese Rechte zu verweigern, sondern geht sogar so weit, die illegale israelische Präsenz und ihre Mechanismen der Besatzung und kolonialen Herrschaft zu legitimieren.

Darüber hinaus leitet der Sicherheitsrat alle seine Befugnisse aus der Charta der Vereinten Nationen ab.

Diese Charta ist als Vertrag Teil des Völkerrechts und steht nicht über diesem. Als solches ist der Rat an die Regeln des Völkerrechts gebunden, einschließlich und insbesondere an die höchsten, sogenannten *ius cogens*¹- und *erga omnes*²-Regeln, wie das Selbstbestimmungsrecht und die Unzulässigkeit der gewaltsamen Aneignung von Territorium. Seine eklatante Missachtung der Feststellungen des IGH zu diesen Fragen zeigt das Ausmaß, in dem viele Bestimmungen dieser Resolution tatsächlich rechtswidrig und *ultra vires* (über die Befugnisse des Rates hinausgehend) sind.

Die Auswirkungen dieses skandalösen Vorgehens des UN-Sicherheitsrats werden daher weit über Palästina hinausreichen. Wenn der UN-Sicherheitsrat nicht durch das Völkerrecht eingeschränkt wird, wird er zu einem gefährlichen Instrument der Unterdrückung und Ungerechtigkeit. Genau das haben wir in diesem Fall erlebt, als der UN-Sicherheitsrat das Völkerrecht ignoriert und die Überlebenden von Gaza praktisch den Mittätern des Völkermords ausgeliefert hat.

Und die UN-Beobachter wissen sehr wohl, dass das Veto im UN-Sicherheitsrat wiederholt eingesetzt wurde, um den Palästinenser:innen ihre Rechte zu verweigern. Diesmal, wo es zum Schutz der Rechte der Palästinenser hätte eingesetzt werden können, gab es keinerlei Veto. Binnen einer Minute hat der Sicherheitsrat mit seinem Votum seine gesamte Legitimität verloren.

Die Aufgaben der Solidaritätsbewegung

Der Versuch der USA, dem lange darbenden palästinensischen Volk im Gazastreifen eine Form des Kolonialismus aus dem 19. Jahrhundert aufzuzwingen, ist ebenso wie der französisch-saudische Plan, der ihm vorausging, zum Scheitern verurteilt. Solche Vorhaben beruhen von vornherein auf dem grundlegenden Fehler, dass sie Ergebnisse durchsetzen wollen, die weder legal (nach internationalem Recht) noch legitim sind (weil sie die palästinensische Selbstbestimmung ausschließen) und für die es keine praktische Aussicht auf Erfolg gibt (da sie sowohl in Palästina als auch weltweit fast einhellig abgelehnt werden).

Die USA mögen in der Lage sein, genügend Staaten zu bedrohen und zu bestechen, damit sie sie bei einer UN-Abstimmung unterstützen, aber es ist etwas anderes, genügend Truppen und anderes Personal zu beschaffen, um die Resolution vor Ort gegen den Willen der einheimischen Bevölkerung umzusetzen.

In der Zwischenzeit ist die Aufgabe für diejenigen, die sich für Gerechtigkeit, Menschenrechte und Rechtsstaat-

lichkeit einsetzen, klar: Dieser Plan muss jederzeit und in jeder Hauptstadt abgelehnt werden. Die Regierungen müssen dazu gedrängt werden, ihre Komplizenschaft bei den Vergehen Israels, den Exzessen der USA und diesem abscheulichen Kolonialplan zu beenden. Das israelische Regime muss isoliert werden. Die Kampagnen für Boykott, Desinvestition und Sanktionen müssen verstärkt werden. Es muss ein Embargo für Waffen, Treibstoff und Technologie verhängt werden. Die israelischen Täter müssen vor jedem verfügbaren Gericht strafrechtlich verfolgt werden. Und auf den Straßen muss der gerechte Ruf nach Freiheit für Millionen Palästinenser:innen durch Demonstrationen, Streiks, zivilen Ungehorsam und direkte Aktionen erklingen.

Und wenn dieses koloniale Kartenhaus zusammenbricht, wird eine andere, gerechtere Lösung seinen Platz einnehmen. Wenn die weltweite Mehrheit sich gegen den Kaiser erhebt und ihre kollektive Macht geltend macht, indem sie im Rahmen des „Uniting For Peace“ der UN-Generalversammlung handelt, um das Veto der USA zu umgehen, Maßnahmen zur Rechenschaftspflicht ergreift, um das israelische Regime zu isolieren und zu bestrafen, und Palästina wirklich schützt, dann kann die UNO weiterkämpfen. Wenn nicht, wird sie mit ziemlicher Sicherheit verkümmern und sterben, ein Opfer ihrer selbst zugefügten Wunden, von denen keine tiefer ist als die beschämende Resolution vom 17. November 2025.

Craig Mokhiber ist ehemaliger US-amerikanischer Menschenrechtsbeamter der Vereinten Nationen und Spezialist für internationale Menschenrechtsgesetze, -politik und -methodik.

Aus: *Mondoweiss* vom 19. November 2025

Übersetzung: MiWe

1 Ein Teil der Rechtsordnung, der nicht abbedungen werden darf.

2 Ein Recht, das gegenüber allen gilt.



DIE PORTUGIESISCHE LINKE AM SCHEIDEWEG

Was sind die Gründe für den Aufstieg der extremen Rechten und welche Verantwortung daran trägt die radikale Linke?

■ Toupeira Vermelha

Die Niederlage der Linken zeichnete sich bereits vor den Wahlen ab. Der Verlust an Einfluss und Mandaten der linken Parteien bei den vorangegangenen Wahlen; die mangelnde Mobilisierung und soziale Verankerung antikapitalistischer oder revolutionärer Alternativen; der massive Aufstieg rechter Kräfte, die Verunsicherung, Ressentiments oder Nostalgie für eine idealisierte Vergangenheit für sich nutzen konnten; die Unfähigkeit der antikapitalistischen Linken, geschlossen darauf zu reagieren – all das deutete schon darauf hin, wie notwendig eine kämpferische Haltung gegenüber diesen Entwicklungen ist, was jedoch nicht umgesetzt wurde.

Die Krise der portugiesischen Linken hat sich in den letzten Jahrzehnten in vielfältiger Form manifestiert, insbesondere als programmatische Krise. Seit zehn Jahren lautet die Kritik an der antikapitalistischen Linken in Portugal, dass sie eine langfristige politische und ideologische Strategie zugunsten kurzfristiger und vor allem institutioneller Taktiken aufgegeben hat [...] und dass sie ihre Fähigkeit verloren hat, die wesentlichen Kämpfe mit einer Perspektive zur Überwindung des Kapitalismus zu verbinden. Die Priorisierung taktischer Maßnahmen auf Kosten einer Übergangsstrategie und einer systemüberwindenden Perspektive hat sowohl innerhalb des „Linken Blocks“ (BE) als auch innerhalb der Kommunistischen Partei (PCP) zu gravierenden Widersprüchen geführt.¹

Die Duldung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung, die die PCP und den BE dazu veranlasste, Kompromisse einschließlich indirekter Sparmaßnahmen zu akzeptieren, hat gezeigt, dass diese beiden Parteien

nicht in der Lage sind, strukturelle Veränderungen durchzusetzen. [...]

Der Aufstieg von CHEGA²

Unter der Linken glaubten viele, dass die Skandale der CHEGA [u. a. wegen Pädophilie und Diebstahl] der Partei schaden würden, wobei sie allerdings nicht bedachten, dass eine Partei, die um eine einzige Person herum aufgebaut ist, nur dann von Affären betroffen ist, wenn diese Person selbst darin verwickelt ist. Jeder Skandal, in den Abgeordnete der extremen Rechten verwickelt waren, wurde von André Ventura mit eiserner Hand angegangen. Er konnte erfolgreich vermitteln, dass er „nicht wie die anderen, nämlich wie die PS und die PSD“ sei und dass „bei ihm wirklich aufgeräumt wird“.

Aber „Aufräumen“ bedeutet in seiner Terminologie in Wirklichkeit, dass die Migrant:innen, die hier leben, abgeschoben werden sollen. Dem internationalen Trend folgend, Flüchtlinge als Sündenböcke für soziale Probleme zu benutzen, hat die extreme Rechte die Arbeiter:innen gegeneinander aufgehetzt, Angst gesät und dabei Hass und Ausgrenzung an die Stelle von Empathie und Solidarität gesetzt.

Parallel zum Aufstieg dieser populistischen, nationalistischen und zutiefst neoliberalen Rechten ist auch der – wenn auch noch marginale – Vormarsch der ultranationalistischen rechtsextremen Parteien zu erwähnen. Diese Parteien sind zwar noch sehr minoritär und haben nur einen begrenzten Zuspruch bei den Wahlen, zeigen jedoch, dass es eine wachsende Empfänglichkeit für eine rechtsextreme Politik gibt,

die noch rechts von CHEGA steht. Wie verschiedene antifaschistische Kollektive aufgezeigt haben, sind darunter offen neonazistische und faschistische und mitunter vorbestrafte Aktivist:innen, die bewaffnete Milizen aufbauen wollen und sich in physischen Angriffen auf Migranten, LGBTQI+-Personen und alles, was sie als politisch oder kulturell „links“ empfinden, ergehen. Diese Gruppen unterhalten auch enge Verbindungen zu Teilen der Polizei und des Militärs. Diese Beziehungen verschaffen ihnen Zulauf und Zugang zu Waffen und militärischer Ausbildung und tragen so zur Stärkung der bewaffneten Milizen bei, die sie aufbauen wollen.

Der Sieg der rechten „Demokratischen Allianz“ (AD), wenn auch ohne Erreichen der absoluten Mehrheit, und der Aufstieg der CHEGA zur zweitstärksten politischen Kraft spiegeln nicht nur die Fragmentierung des politischen Systems wider, sondern haben auch ganz konkrete materielle Ursachen. Die sozialdemokratische PS regierte mit Duldung des BE und der PCP zwischen 2015 und 2020 und setzte eine Sparpolitik um, die die neoliberalen Regeln der Euro-Zone hinsichtlich der Staatsverschuldung befolgte. Auch nach dem Ende dieser Minderheitsregierung von António Costa unter Duldung der Linken blieben die Folgen der damaligen Regierungspolitik für das Leben der Bevölkerung am Image von BE und PCP haften. Dies ist weitgehend auch heute noch der Fall.

Die multiple Krise der antikapitalistischen Linken

Eine der großen Herausforderungen für die antikapitalistische Linke ist ihr Verhältnis zum parlamentarischen System des bürgerlichen Staates. Als internationalistische Revolutionäre lehnen wir die Beteiligung der antikapitalistischen Linken an diesen Institutionen nicht grundsätzlich ab, sondern gehen mit einem dezidiert kritischen marxistischen Verständnis an diese Frage heran. Dieses Verständnis bewahrt uns davor, revolutionäre Politik mit einer bloßen Verwaltung des Machbaren im Rahmen des Kapitalismus zu verwechseln und politische Spielräume aufzugeben, in denen die Widersprüche des Systems offengelegt und die außerparlamentarischen Kämpfe zugespitzt werden, die in der Konsequenz zum Bruch mit der kapitalistischen Ordnung führen können. Die Teilnahme an Wahlen und Parlamentsdebatten hat daher einen rein taktischen Wert, der Teil einer umfassenderen Strategie des Systemwechsels ist, und darf niemals als Selbstzweck betrachtet werden oder in irgendeiner Weise die direkte Mobilisierung der Massen außerhalb des Parlaments beeinträchtigen.

Im gewerkschaftlichen Bereich äußern sich Krisen auf vielfältige Weise. Auf der einen Seite spiegeln sie direkt die

strukturellen Veränderungen des neoliberalen Kapitalismus wider, der die Lohnabhängigen fragmentiert und prekariisiert und die traditionellen Grundlagen der Organisation geschwächt hat. Auf der anderen Seite sind sie auch das Ergebnis der institutionellen Integration der Gewerkschaften in den Staatsapparat, wodurch ihre Fähigkeit zur Mobilisierung und zu einer ernsthaften Konfrontation mit dem System erheblich geschwächt wird.

Seit den 1980er Jahren hat sich die portugiesische Wirtschaft durch die EU-Integration verändert, was zu Deindustrialisierung, Auslagerung der Produktion und Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse geführt hat. Der „Uberisierungsprozess“ der Wirtschaft, die Ausbreitung prekärer Arbeitsverhältnisse, die rassistische Diskriminierung am Arbeitsplatz und der Rückgang der traditionell gut organisierten Produktionssektoren haben die klassische Gewerkschaftsorganisation und insbesondere die Förderung der Selbstorganisation der Arbeiter:innen erschwert und den Weg für neue Modelle der gewerkschaftlichen Organisation geebnet, die von der Linken nicht angemessen wahrgenommen wurden.³

Zudem ist die Krise der traditionellen, antikapitalistisch orientierten Gewerkschaftsbewegung, die von der PCP dominiert wird, nicht nur auf diese neuen Entwicklungen zurückzuführen, sondern auch auf die anhaltende Trägheit, Bürokratisierung, mangelnde Demokratie und Dynamik, in denen das Gewerkschaftsmodell und die Gewerkschaftspolitik dieser Partei gefangen sind. Hinzu kommt, dass der BE darauf verzichtet hat, diese quasi monolithische Hegemonie [der PCP] im Gewerkschaftssektor mit einem antikapitalistischen Programm anzufechten, in dem Arbeitskämpfe mit anderen sozialen Spannungsfeldern wie der Krise im Wohnungs-, Gesundheits- und Bildungswesen verknüpft werden.

Bemerkenswert ist, dass CHEGA unter der Jugend den mithin stärksten Stimmenzuwachs unter den Parteien genießt, weil sie an Emotionen appelliert und scheinbare Lösungen für die drängenden sozialen Probleme und die fehlenden Zukunftsperspektiven der Jugendlichen anbietet. In einem Staat, in dem der Gemeinsinn krankt, bietet CHEGA einfache Antworten an, die kein kritisches Nachdenken über die Folgen erfordern, schlägt klare Hierarchien vor mit Gehorsam gegenüber dem Führer und benennt gemeinsame Feinde, die angeblich die Moral der Jugend untergraben. Es geht also nicht nur darum, sich auf die neuen Kommunikationsformen der Jugendlichen einzulassen, sondern zu verstehen, dass sich die Jugend heute politisch allein gelassen fühlt, was die Faszination für Macht als

Ersatz für Freiheit fördert und wo eine neue kollektive Identität mit einer Moral entsteht, welche die Unterschiede und das Andere ausschließt.

Die Schuld liegt nicht beim „Wokismus“. Viele Linke wollen die Niederlagen der Linken einfach erklären, indem sie den Diskurs der extremen Rechten zum „Wokismus“ übernehmen. Der Begriff „woke“, der seinen Ursprung im Bewusstsein für soziale Ungerechtigkeit und Ungleichheit hat und soziale Errungenschaften und grundlegende Menschenrechte der letzten Jahrzehnte betont, wurde von der extremen Rechten lächerlich gemacht und abgewertet.

Es ist die Instrumentalisierung und Verzerrung der Identitätspolitik sowie die Nutzung ihrer Widersprüche durch die extreme Rechte, auf die die Linke keine Antwort gefunden hat, vor allem weil die Mehrheit der antikapitalistischen Linken an der Trennung zwischen Identitätskämpfen und Arbeitskämpfen festhält, obwohl sie in Wirklichkeit untrennbar miteinander verbunden sind und alle Formen von Verletzlichkeit, Ausbeutung und Prekarität betreffen, die sich auf unterschiedliche Weise manifestieren.

Die Linke hat es also nicht geschafft, das Klassenbewusstsein und ihr Klassenkonzept über die traditionelle Arbeiterbewegung hinaus zu erweitern, was zur Folge hatte, dass diese in Widerspruch zu sozialen Bewegungen (etwa die feministische Bewegung und die LGBTQI+-Bewegung) geriet, die auf den Verlust einer politischen Vision reagierten. Während soziale Bewegungen für viele Menschen den Einstieg in die Politik darstellen, hat die Unfähigkeit der Linken, sie in ein umfassenderes Klassenverständnis einzubeziehen, dazu geführt, dass sie für rechtsliberale und oft konservative Gedanken empfänglich geworden sind. Derzeit werden soziale Bewegungen zunehmend von konservativen und abschottenden Ideen infiltriert, die einem Rückschritt bei den erworbenen Rechten entsprechen. Reden von der Unveränderlichkeit der Menschen, die mit einer moralistischen und elitären Logik einhergehen, haben das emanzipatorische Potenzial sozialer Bewegungen geschwächt. Auch wenn dies nicht systematisch für alle Bereiche der Linken gilt, so ist doch unbestreitbar, dass sie sich in den sozialen Bewegungen inzwischen mit rechten und neoliberalen Ideen auseinandersetzen muss.

Es fehlt also eine gründliche Auseinandersetzung und Überarbeitung der Konzeption des Klassenkampfs, die aufzeigt, dass der Kampf für soziale Rechte nicht im Widerspruch zum grundlegenden Kampf gegen den

Kapitalismus steht und ihm nicht schadet, sondern dass im Gegenteil das eine sich nicht ohne das andere durchsetzen kann.

Trotz der fortgesetzten und beispiellosen Mobilisierung und Organisierung antirassistischer Bewegungen hat sich die portugiesische Linke als völlig unfähig im Umgang mit diesen Bewegungen erwiesen. Wenn der antirassistische Kampf ein zentraler Programmpunkt der Linken sein soll, dann darf man weder herablassend sein noch sich auf die Seite der „öffentlichen Ordnung“ stellen. Es liegt in der Verantwortung der antirassistischen Linken, die Dinge beim Namen zu nennen und nicht den gängigen Diskurs nachzuplappern, dass die strukturelle rassistische und politische Gewalt, die wir heute erleben, nur aus Einzelfällen besteht.

Die rassistisch diskriminierten Menschen müssen als Betroffene im Vordergrund stehen und die bedingungslose Unterstützung der Linken erhalten. Der hartnäckige Irrglaube der Linken, dass der Kampf gegen den Rassismus vorwiegend die jeweilige Unzufriedenheit widerspiegeln oder ausschließlich identitätsbezogen sei, zeugt von einem Unverständnis von Rassismus als strukturellem Element unserer Gesellschaft. Im Gegenteil, die antirassistische Bewegung hat gezeigt, dass sie zur Überwindung der Widersprüche und Spannungen zwischen sozialen Bewegungen und Gewerkschaftsbewegung beitragen kann.

Ohne eine antirassistische Bewegung kann die migrationsfeindliche Rhetorik nicht bekämpft werden, die von den rechtsextremen Parteien ausgeht. Wieder einmal hat die Linke dies zu spät erkannt und nicht die erforderliche Solidarität entwickelt. Das zeigt sich darin, dass sie bisher nicht in der Lage war, gemeinsam und nachdrücklich gegen die fortlaufenden juristischen Schikanen gegen diese Bewegung und ihre Protagonisten zu kämpfen.

Desinformation und der Aufstieg der extremen Rechten sind nicht nur ein Kommunikationsproblem. Desinformation ist inzwischen ein Instrument des Klassenkampfs und soll in einer Zeit tiefer materieller Krisen die Hegemonie der Bourgeoisie auf einer reaktionären Grundlage sichern. Damit sollen nicht nur Wähler:innen für die extreme Rechte gewonnen werden, sondern das Feld für den Autoritarismus bereitet werden, aufbauend auf den realen Problemen der Arbeiterklasse und dem Bedeutungsverlust der Politik als Instrument zur Emanzipation. Desinformation darf nicht mit denselben Mechanismen bekämpft werden, die auch die hegemoniale Rechte nutzt, indem sie Aufmerksamkeit um jeden Preis erheischt und die Verhältnisse nicht in ihrem Zusammenhang erklärt

Für eine revolutionäre Neubesinnung

Die antikapitalistische Linke muss die politischen Themen und Übergangsforderungen benennen, die es ermöglichen, mit dem bürgerlichen Staat zu brechen und den Internationalismus unseres Kampfes zu fördern, um ein wirksames Programm aufstellen zu können, das den Menschen wieder Perspektiven vor Augen führt. Sie muss wieder als Kollektiv handeln, eine ehrliche und angemessene Beziehung zu den sozialen Bewegungen aufbauen, die Kampfbereitschaft in den Büros und Betrieben stärken und sich das aktive Engagement auch in den Bewegungen wieder zu eigen machen. Ein solches Programm darf die wesentlichen Unterschiede in der praktischen Vorgehensweise und den jeweiligen Kontext nicht ignorieren, muss aber andererseits die gemeinsame Grundlage schaffen, um dem Aufschwung der Rechten und Rechtsextremen entgegenzutreten und eine Alternative zum Neoliberalismus der PS aufzubauen.

Die Linke muss dringend zu ihren Wurzeln zurückfinden, zur Arbeit von Tür zu Tür, zur Basisarbeit in Fabriken und Schulen, und zwar nicht nur in Wahlkampfzeiten, sondern weil dies der wirksamste Weg ist, um Desinformation entgegenzuwirken und soziale Verankerung zu erreichen und so die Verhältnisse ändern zu können. Gegen den Faschismus leisten wir Widerstand, indem wir die revolutionäre antifaschistische Praxis wiederaufbauen.

Toupeira Vermelha (Roter Maulwurf) ist ein Kollektiv, in dem Genoss:innen der IV. Internationale organisiert sind, die nicht dem Linksblock (BE) angehören.

Aus *inprecor* Nr. 736 vom September 2025

Übersetzung: MiWe

1 Die Kommunistische Partei kandidierte im Rahmen des von ihr geschaffenen Wahlbündnisses Coligação Democrática Unitária (CDU; Demokratische Einheitskoalition); die anderen Parteien sind die Grünen (PEV) und die politische Bewegung Intervenção Democrática (ID).

2 CHEGA (dt. Es reicht!) ist eine rechtsextreme Partei, die 2019 von André Ventura gegründet wurde und innerhalb von 6 Jahren ihren Stimmanteil bei den Parlamentswahlen von 1,3% auf 22,8% verbessern konnte.

3 Mit Uberisierung wird die Vermittlung von Arbeit (von Aufträgen) über mobile Apps oder Plattformen bezeichnet. Damit werden traditionelle Beschäftigungsverhältnisse durch ständig fluktuierende „Auftragsnehmer:innen“ ersetzt.



Wer wir sind und was wir wollen

Die Vierte Internationale tritt für die Selbstorganisation der Ausgebeuteten und Unterdrückten zur Abschaffung des Kapitalismus und zum Aufbau eines ökosozialistischen Systems ein. Ihre Mitgliedsorganisationen eint die Überzeugung, dass dies ohne eine tiefgreifende und revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft nicht möglich ist.

Unsere Gründungsprinzipien stehen in der klassischen marxistischen Tradition: Demokratie, „die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein“; und Internationalismus, „der Sozialismus wird international sein oder er wird nicht sein“. In unserer Resolution von 1985 haben wir diese Prinzipien den neuen Herausforderungen angepasst.

Die Vierte Internationale ist auf allen fünf Kontinenten mit Organisationen in über 40 Ländern vertreten. Ihre Genoss*innen beteiligen sich am Klassenkampf und bauen soziale Bewegungen und Parteien auf, um die Schaffung einer revolutionären und emanzipatorischen Organisation für das 21. Jahrhundert voranzutreiben.

Als demokratische politische Strömung kommt sie alle sieben bis acht Jahre zu einem Weltkongress zusammen, auf dem ihre regelmäßig rechenschaftspflichtigen Führungsgremien gewählt werden: das Internationale Komitee als politische Führung und das Exekutivbüro.

Die Vierte Internationale unterhält ein internationales Forschungs- und Schulungsinstitut in Amsterdam (IIRE), das auch Kongresse in Asien unterstützt und politische Schulungen mit jährlichen Intensivkursen für Aktivist*innen aller Altersgruppen anbietet. Das IIRE organisiert auch Seminare zu Ökologie, Frauenbewegung, Wirtschaft, Rassismusbekämpfung, LGTBQ und anderen Themen, in denen Aktivist*innen aus der ganzen Welt aus ihrer Praxis berichten, um unsere Analyse dieser Themen zu vertiefen und unsere kollektive Praxis zu stärken.

Die Vierte Internationale führt jedes Jahr ein internationales Jugendlager durch, das von den Jugendorganisationen ihrer europäischen Sektionen selbstorganisiert wird und jedes Jahr in einem anderen europäischen Land stattfindet.

<https://fourth.international/>

HÄNDE WEG VON VENEZUELA!

Mit dem Angriff auf Venezuela gibt sich die US-Regierung noch nicht mal den Anschein der Verteidigung von Menschenrechten.

■ Jakob Schäfer

Der Überfall ist Ausdruck der im November vorgestellten neuen „Nationalen Sicherheitsstrategie“¹ der USA und war seit Monaten mit der Versenkung von Fischerbooten, dem Kapern von Öltankern und der Einrichtung einer Flugverbotszone vorbereitet worden. Der CIA konnte sich auf die Zusammenarbeit mit US-freundlichen Kräften im Machtapparat Venezuelas stützen, nutzte aber auch Mittel der kognitiven Kriegsführung, in dem Fall das Verbreiten von Fake News. Die daraufhin erfolgten Reaktionen in den Social Media wurden ausgewertet, um abschätzen zu können, wie die Bevölkerung auf diese oder jene Aktion reagieren würde. Der US-Regierung kam gelegen, dass die venezolanische Bevölkerung wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage und der dramatisch verschärften Repression extrem unzufrieden ist. Zu mehr Details verweisen wir auf das nachfolgende Interview.

Die Beweggründe für die US-Intervention

Unmittelbar nach dem Angriff vom 3. Januar lässt sich noch nicht absehen, wie zügig ein Regimewechsel durchgesetzt werden kann. Doch die Gründe für den Überfall sind klar:

Erstens wird mit dem Militärschlag allen Ländern vor Augen geführt, dass die US-Regierung keine Politik duldet, die den Interessen der herrschenden Klasse in den USA zuwiderläuft. Für Lateinamerika ist es die direkte Umsetzung der „Donroe-Doktrin“, also des Anspruchs der US-Regierung, Lateinamerika als eigenen Hinterhof zu beanspruchen, in dem nichts gegen den Willen Washingtons geschehen darf. Dies soll nicht nur mit einem Regimewechsel, sondern auch um mit der Einrichtung von US-Militärbasen in Venezuela untermauert werden. Das nächste Ziel könnte dann die Besetzung des in unmittelbarer Nachbarschaft liegenden Panamakanals sein.

Zweitens verschafft sich die herrschende Klasse der USA einen privilegierten Zugang zu venezolanischem Öl

sowie eine Exportkontrolle, die am stärksten Kuba treffen wird, das vor allem für seine Stromerzeugung auf venezolanisches Öl angewiesen ist. Auf diese Weise Kuba wirtschaftlich sturmreif zu schießen, ist seit langem ein großes Interesse des US-Imperialismus, der die kubanische Revolution (1959) und das Scheitern der Invasion in der Schweinebucht (1961) bis heute politisch nicht verwunden hat. Letztlich zielt die US-Politik mit dem Schlag gegen Venezuela auf einen Dominoeffekt.

Drittens und ganz besonders soll die Kontrolle über Venezuela den großen Konkurrenten China treffen, das in Lateinamerika gute Geschäfte macht und bis zum 3. Januar günstig Öl aus Venezuela bezog. Wenn nun ExxonMobil, Chevron und ConocoPhillips dort wieder die Ölquellen ausbeuten und den Ölexport kontrollieren, dann trifft dies China vor allem unmittelbar wirtschaftlich.

Viertens geht es der US-Regierung auch um einen ungehinderten Zugriff auf die anderen Bodenschätze vor allem im Süden des Landes, und zwar im Orinoco-Bergbaugürtel. Nicht zuletzt die Seltenen Erden, die für moderne Technologien von entscheidender Bedeutung sind im Blick, vor allem Coltan und Thorium, auch als „blaues Gold“ bekannt. Sie spielen eine Schlüsselrolle für die Big Tech-Konzerne, aber auch in der Rüstungsindustrie sowie bei den Technologien für erneuerbare Energien.

Fünftens: Innenpolitisch läuft es für die US-Regierung zurzeit nicht besonders gut (der Anstieg der Lebenshaltungskosten beschleunigt sich, Jobverluste nehmen zu), sodass eine Orientierung der Aufmerksamkeit auf außenpolitische „Erfolge“ nur helfen kann. Dies gelingt der US-Regierung dann gut, wenn sie dort Bündnispartner findet und keine toten amerikanischen Soldaten nach Hause bringen muss, aber auch wenn es keine internationale Protestwelle gibt. Deswegen sollten wir auf die Straße gehen, vor allem vor offiziellen US-amerikanischen Einrichtungen (Botschaft, Konsulate usw.) um dort zu fordern:

Hands off Venezuela! Kein Blut für Öl!

¹ <https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2025/12/2025-National-Security-Strategy.pdf>

VENEZUELAS AUTORITÄRER KURS UND DIE VERFOLGUNG DER LINKEN

Im folgenden Interview spricht **Anderson Bean** mit **Edgardo Lander** über die Verschärfung der Repression in Venezuela, die Kriminalisierung von Oppositionellen und die Gefahren für die akademische Freiheit, die Demokratie und die internationale Solidarität.

Anderson Bean: Seit den umstrittenen Wahlen von 2024 haben sich die Repressalien gegen kritische Stimmen verschärft – mit mehr als 2000 Verhaftungen und einer Welle gezielter Verfolgungen. Wie würden Sie das allgemeine Klima der Repression in Venezuela seit den Wahlen beschreiben?

Edgardo Lander: Diese Wahlen waren in vielerlei Hinsicht ein Wendepunkt im bolivarianischen Prozess in Venezuela. In den letzten Jahren wurden immer wieder Grenzen überschritten, die zuvor als tabu galten – rote Linien, die man nicht überschreiten durfte.

Aber zumindest das Wahlsystem war bis zu den Präsidentschaftswahlen im letzten Jahr im Allgemeinen zuverlässig. Es gab zwar vereinzelte Fälle von offensichtlichem Wahlbetrug, wie bei den Gouverneurswahlen in Bolívar und Barinas, aber diese hatten keinen Einfluss auf die Ergebnisse auf nationaler Ebene. Durch das automatisierte elektronische Wahlsystem mit seinen zahlreichen Sicherheitsvorkehrungen war ein Wahlbetrug größeren Ausmaßes schwer möglich.

Der Vorgang war einfach: Man gab seine Stimme ab, der Computer zeigte die gewählte Partei bzw. den gewählten

Kandidaten auf dem Bildschirm an und druckte dann einen Beleg auf Papier aus. Der Wähler überprüfte, ob dieser mit seiner Stimme übereinstimmte, und warf den Beleg in eine Urne. Am Ende des Tages wurde ein elektronischer Bericht erstellt. Dann wurden die Wahlurnen in Anwesenheit von Zeugen geöffnet und mit den elektronischen Protokollen verglichen. Die Protokolle wurden von den Wahlzeugen unterzeichnet, um zu bestätigen, dass die elektronischen und die Papierauszählungen übereinstimmten. Aus diesem Grund waren die Wahlen in Venezuela bis zur letzten Wahl grundsätzlich zuverlässig.

Diesmal war es jedoch anders. Als die Regierung die ersten Ergebnisse erhielt, war klar, dass sie nicht nur verlieren, sondern eine vernichtende Niederlage einfahren würde. Vielleicht hatte man gehofft, dass man sich eine knappe Niederlage leisten und die Ergebnisse in einigen Bundesstaaten manipulieren könnte, um doch noch als Wahlsieger hervorzugehen. Aber das Ausmaß der Niederlage war so überwältigend, dass das unmöglich war. Also warf man einfach die Spielregeln über Bord.

Es wurde behauptet, das System sei aus Nordmazedonien gehackt worden. Dann erschien der Vorsitzende des Nationalen Wahlrats – buchstäblich mit einer Serviette in der Hand – und las erfundene Zahlen vor, die mit den

tatsächlichen Wahlergebnissen nichts zu tun hatten. Wenige Stunden später wurde Maduro zum Wahlsieger erklärt.

Damit wurde eine entscheidende rote Linie überschritten. Die Regierung hatte zwar öffentliche Gelder manipuliert, Staatsbedienstete bedroht, die Opposition eingeschüchtert und unterdrückt, oppositionelle Parteien an der Ausübung ihrer Aktivitäten gehindert und so weiter, aber zumindest am Wahltag wurden die Stimmen der Wähler elektronisch korrekt erfasst. Nun wurden diese Spielregeln zum ersten Mal unverhohlen gebrochen und der Begriff „Wahlen“ buchstäblich aus dem politischen bzw. demokratischen Vokabular gestrichen. Das war ein Schritt in Richtung eines offen autoritären Regimes, das sich weder um die Verfassung noch um die Wahlordnung kümmert.

Diese Vorgänge lösten klarerweise massive Proteste aus, worauf die Regierung mit völlig willkürlichen Massenverhaftungen reagierte. Junge Menschen, die sich zufällig auf der Straße aufhielten oder unterwegs waren, um Brot zu kaufen, wurden des Terrorismus beschuldigt und abgeführt. Die Regierung hat im Grunde eingestanden, dass sie keine Mehrheit hinter sich hat und sich nur durch Repressionen und Einschüchterung der Bevölkerung an der Macht halten kann.

Nach dem Wahltag fanden zwei Tage lang große Demonstrationen in verschiedenen Städten des Landes statt. Im Zuge dieser beispiellosen Repression wurden mindestens 25 Menschen getötet und fast 2000 willkürlich festgenommen. Durch die Verbreitung von Terror schaffte es die Regierung, die Menschen in ihre Häuser zurückzudrängen.

Seitdem hat sich die systematische Repression auf allen Ebenen fortgesetzt. Es kam zu Verhaftungen von Journalisten und Ökonomen, die Zahlen veröffentlicht hatten, die der Regierung nicht genehm waren, sowie zur Festnahme von Gewerkschaftern, Universitätsprofessoren und Wahlaktivisten aus allen Lagern der Opposition. Nach den Massenverhaftungen in den Tagen unmittelbar nach der Wahl wurde punktgenauer, jedoch mit unverminderter Härte gegen Oppositionelle vorgegangen.

In den letzten Monaten hat die Regierung weitere Medien verboten und eine Reihe von Gesetzen – darunter das „Gesetz gegen Hass“ und das „Antiterrorismusgesetz“ – erlassen, die darauf abzielen, jede noch so friedliche oppositionelle Aktivität als terroristischen Akt zu kriminalisieren.

Der Regierung geht es vor allem darum, abweichende Meinungsäußerungen im Keim zu ersticken und den Aktionsradius von Oppositionellen drastisch einzuschränken. Nur so lassen sich die Angriffe auf Universitäten und Journalisten sowie die systematische Kampagne gegen

NGOs erklären. Da für die Regierung alles auf einen Kampf zwischen der „revolutionären Regierung“ und der „imperialistischen Aggression“ hinausläuft, wird den NGOs unterstellt, vom Ausland finanziert und vom CIA gesteuert zu sein, um die Regierung zu destabilisieren. In jüngster Zeit gehörten dazu auch die Vorwürfe gegen die Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Versuch, die Kritik am Arco Minero del Orinoco als Angriff auf den Staat darzustellen.

Ein aktueller und nicht unwesentlicher Meilenstein in der autoritären Entwicklung war das brutale Vorgehen gegen die Mütter politischer Gefangener, die eine Mahnwache abhielten. Diese Mütter, deren Kinder im Gefängnis oder spurlos verschwunden waren, waren zunächst von einer staatlichen Behörde zur nächsten gegangen, bis ihnen gesagt wurde, dass ihnen nur der Präsident des Obersten Gerichtshofs (TSJ) Auskunft erteilen und über ihre Fälle entscheiden könne. Also begaben sie sich zum TSJ, beantragten eine Anhörung, die ihnen verweigert wurde, und beschlossen daraufhin, eine Mahnwache auf dem Platz vor dem Gerichtshof im Zentrum von Caracas abzuhalten. Dort bauten sie gemeinsam mit Menschenrechtsaktivisten ein Zelt auf. Einige hatten sogar ihre Kinder mitgenommen.

Gegen 22 Uhr wurde der ständige Wachdienst vor dem Sitz des Obersten Gerichtshofs abgezogen und die Beleuchtung in der Umgebung ausgeschaltet. Kurz darauf trafen etwa 80 Mitglieder regierungsnaher Gruppierungen ein, die teilweise ver mummt und bewaffnet waren. Die Mütter und ihre Unterstützer aus der Zivilgesellschaft wurden beschimpft und verprügelt; man nahm ihnen ihre Mobiltelefone und Ausweise weg, und letztendlich wurden sie mitten in der Nacht vom Platz vertrieben. Viele der Mütter, Ehefrauen und Töchter waren aus verschiedenen Regionen des Landes angereist. Nun saßen sie in Caracas fest und konnten nicht einmal Kontakt mit ihren Angehörigen aufnehmen.

Das war ein regelrechter Skandal, eine weitere Zuspitzung der autoritären Logik. Als die Mütter Beschwerde bei der Staatsanwaltschaft und bei der Ombudsstelle einlegen wollten, wurde ihnen gesagt, dass man nichts tun könne, da es sich um keinen polizeilichen Einsatz, sondern um „Privatpersonen“ gehandelt habe – eine absurde Behauptung.

Auch die Offensive gegen Intellektuelle, etwa gegen die Universidad Central de Venezuela, die sich zu einem Zentrum der intellektuellen Opposition entwickelt hat, ist Teil einer breit angelegten Strategie: Jede Institution, die im Verdacht steht, von der Regierung abweichende Meinungen zu tolerieren, wird als Feind und Agent des Imperialismus betrachtet und muss daher verfolgt werden. Das sind die neuen Spielregeln.

Im letzten Jahr wurde sogar gegen Personen mit chavistischem Hintergrund vorgegangen. Marta Lía Grajales wurde festgenommen und gezwungen, in einen Kleinbus ohne Kennzeichen zu steigen, nachdem sie die brutale Prügelattacke auf Mütter verurteilt hatte, die für die Freilassung ihrer Kinder demonstriert hatten. Der Anwältin María Alejandra Díaz, einem ehemaligen Mitglied der Verfassungsgebenden Versammlung, wurde die Anwaltslizenz entzogen, nachdem sie Transparenz bei den Wahlen 2024 gefordert hatte. Was sagen diese Vorfälle über die Regierung Maduro aus, die nicht einmal davor zurückschreckt, ehemalige Verbündete und ihre eigene Basis ins Visier zu nehmen? Könnten Sie etwas mehr über diese Fälle erzählen und erklären, warum sie von allgemeinem Interesse sind?

Marta Grajales war tatsächlich etwa zweieinhalb Tage lang verschwunden. Ihr Ehemann und Menschenrechtsorganisationen suchten alle üblichen Haftanstalten auf, in die Menschen unter solchen Umständen gebracht werden, und in jeder einzelnen wurde ihnen mitgeteilt, dass sie nicht dort sei. Die Reaktionen auf diesen Vorfall – Mobilisierungen in der lateinamerikanischen Öffentlichkeit, in akademischen Kreisen, in den Netzwerken sozialer Bewegungen und sogar in Teilen der chavistischen Basis – waren so heftig, dass die Regierung vom Ausmaß der Proteste offenbar überrascht war und beschloss, Marta umgehend freizulassen. (Das kann ich zwar nicht mit Sicherheit behaupten, aber es ist die wahrscheinlichste Erklärung.)

Das heißt allerdings nicht, dass Marta wirklich frei ist. Die Anklagen, die gegen sie erhoben werden, sind gravierend und könnten im Fall ihrer Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von bis zu zehn Jahren führen. Aber eines ist klar: Hier geht es nicht um Repressalien gegen die rechte Opposition. Marta ist keine Rechte: Sie ist eine Genossin, eine langjährige chavistische Aktivistin. Aber inzwischen spielt es keine Rolle mehr, ob jemand Parteimitglied, Aktivist der ersten Stunde oder langjähriger Anhänger der Regierung ist. Heute kann man nicht einmal mehr als Chavist sicher sein.

Ich möchte daher auf eine weitere Besonderheit der aktuellen politischen Lage hinweisen, die in einem Hashtag zum Ausdruck kommt, der anlässlich der jüngsten Regierungsverlautbarungen wiederholt aufgetaucht ist: „Zweifel ist Verrat.“ Zweifel ist ein Zeichen von Schwäche und Unsicherheit, denn auch innerhalb der Streitkräfte, der Polizei und sogar unter der chavistischen Basis gibt es Menschen,

die mit dem, was sich gerade abspielt, nicht einverstanden sind. Vor diesem Hintergrund ist es nicht nur verboten, Missstände anzuprangern. Es ist sogar verboten zu zweifeln. Wer Zweifel hat, muss sie für sich behalten, denn Zweifel zu äußern gilt als Verrat.

Dieses neue autoritäre Modell richtet sich nicht nur gegen unabhängige Organisationen; es wurden sogar Gewerkschaften für überholt erklärt. Maduro hat bereits die Einrichtung neuer Strukturen angekündigt, die an die Stelle der Gewerkschaften treten sollen. Weiters kündigte er die Einrichtung von Arbeitsmilizen an – angeblich, um dem Imperialismus und einer allfälligen Invasion der US-Marines am jeweiligen Arbeitsplatz Widerstand zu leisten. Dabei soll es sich landesweit um 450 000 bewaffnete Personen handeln. Die geplanten Maßnahmen verengen jeden noch so kleinen demokratischen Spielraum und beschneiden jede Möglichkeit der freien Meinungsäußerung. Es geht darum, Angst zu erzeugen – Angst, auf die Straße zu gehen, Angst, sich öffentlich zu äußern, Angst unter Journalisten, die Selbstzensur üben. Was bleibt, ist ein von der Außenwelt abgeschottetes Regime, das nicht einmal die geringsten Handlungsmöglichkeiten zulässt.

Maduros Verhältnis zur Linken des Kontinents hat sich erheblich verschlechtert. Die einzigen Regierungen, mit denen er nach wie vor Kontakte pflegt, sind Kuba, Nicaragua und bis zu einem gewissen Grad Bolivien, zumindest bis zu den jüngsten Wahlen. Mit Ausnahme dieser Länder ist Venezuela ziemlich isoliert. Ein Teil der Linken hält jedoch nach wie vor an der Idee fest, dass „der einzige Feind der Imperialismus ist.“ „Nur wer gegen den Imperialismus ist, ist mein Verbündeter, alle anderen sind mein Feind.“ So gab das Forum von São Paulo – der Dachverband einer größeren Anzahl „offizieller“ linker Parteien in Lateinamerika – selbst vor dem Hintergrund schwerwiegender Vorwürfe eine Erklärung ab, in der Fragen zu den Menschenrechten, den Verfolgungen und Verhaftungen [in Venezuela] mit keinem Wort erwähnt wurden. Man sprach lediglich von den Bedrohungen der venezolanischen Souveränität durch die USA – aber das ist schließlich ein anderes Thema.

Das ist äußerst beunruhigend. Ich werde nicht müde zu betonen, dass das Schlimmste, was man der Linken, was man jeder antikapitalistischen oder fortschrittlichen Strömung in der heutigen Welt antun kann, darin besteht, die venezolanische Regierung als „sozialistisch“ oder „links“ zu bezeichnen. Denn das ruft einen solchen Widerstand hervor, dass die Menschen zu Recht sagen: „Wenn das links ist, wenn das Sozialismus ist, dann wähle ich rechts.“ Deshalb halte ich die Position des Forums von São Paulo für absurd:

Sie perpetuiert den Mythos, dass die Regierungen von Kuba, Nicaragua und Venezuela revolutionär, fortschrittlich und demokratisch sind. Dabei kann doch jeder in der Zeitung nachlesen, was tatsächlich vor sich geht.

Im Fall von Venezuela ist das aufgrund der enormen Zahl von Migranten, die das Land verlassen haben, noch offensichtlicher. Ihre Berichte aus erster Hand über das, was sie durchgemacht haben, kann man weder abstreiten noch als irrelevant abtun. Es gibt einfach zu viele gleichlautende Aussagen. Fragt man die Migranten, warum sie gehen mussten, führen sie eine Reihe von Gründen an. Die Zeugenaussagen sind überwältigend.

In diesem Zusammenhang wurde Ihnen und anderen renommierten Intellektuellen in den offiziellen Medien vorgeworfen, Teil eines angeblichen „Netzwerks politischer Einmischung zu sein, das vorgibt, wissenschaftlich zu ökologischen Fragen zu arbeiten.“ Könnten Sie zunächst einmal erläutern, worin diese Vorwürfe konkret bestehen und woher sie stammen? Und wie interpretieren Sie diese Angriffe in Hinblick auf die akademische Freiheit und den kritischen Diskurs in Venezuela? Warum finden diese Angriffe Ihrer Meinung nach gerade jetzt statt und was sagen sie über die aktuellen Prioritäten und Ängste der Regierung aus?

Meines Erachtens sind diese Anschuldigungen lediglich ein weiteres Beispiel für das, was ich bereits beschrieben habe: Die Regierung will Proteste gegen ihre Politik unter allen Umständen unterbinden. Sie geht nicht nur gegen Beschäftigte vor, die für höhere Löhne demonstrieren, oder gegen die Mütter, die die Freilassung ihrer inhaftierten Kinder fordern. Vielmehr ist die simple Tatsache, dass die intellektuelle Community die staatliche Politik kritisch beobachtet, bereits ein Grund, ihr Straftaten zu unterstellen.

Man muss sich lediglich die wissenschaftlichen Untersuchungen über die Vorkommnisse im Arco Minero del Orinoco vor Augen halten. Allein durch bloßes Nachforschen macht man sich schon verdächtig, etwa durch die Frage nach den Folgen für die indigene Bevölkerung. So ist durch Studien belegt, dass indigene Kinder einen hohen Quecksilbergehalt im Blut haben. Wissenschaft zeichnet sich doch gerade dadurch aus, dass sie beschreibt, was tatsächlich vor sich geht. Aber das betrachtet die Regierung als Angriff auf sich selbst und ihr Recht, eine ihrer Meinung nach angemessene Politik zu verfolgen.

Wenn ich also persönlich herausgegriffen werde, dann nicht, weil ich etwas Außergewöhnliches getan habe – abgesehen davon, dass ich meine Meinung äußere, an Debatten teilnehme und meine Ideen in ganz Lateinamerika zur Diskussion stelle. Aber die Regierung fühlt sich dadurch bedroht. Und deshalb muss ich (und müssen andere) zum Schweigen gebracht werden. Die Regierung setzt alles daran, Intellektuelle, selbst solche, die nur moderat kritische Meinungen äußern, zur Selbstzensur zu bewegen – oder sie von Nachforschungen abzuhalten, die die Regierung in ein schlechtes Licht rücken oder unangenehme Tatsachen publik machen könnten.

Das ist eine dramatische Verengung des Spielraums, eine Schleife, die sich immer weiter zuzieht, bis zuletzt fast kein Platz zum Atmen mehr bleibt.

Neben Einzelpersonen wie Ihnen wurden auch renommierte Institutionen wie die Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der UCV, das CENDES (Centro de Estudios para el Desarrollo / Studienzentrum für Entwicklung) und das Observatorio de Ecología Política (Beobachtungsstelle für politische Ökologie) ins Visier genommen. Unter ihnen sticht der Fall der Rosa-Luxemburg-Stiftung hervor, insbesondere aufgrund ihrer öffentlichen Verbindung zur deutschen Partei Die Linke. Könnten Sie allen, die vielleicht nicht damit vertraut sind, erklären, was diese Stiftung ist, womit sie sich in Venezuela beschäftigt und warum sie gerade jetzt Ziel von Angriffen sein könnte?

Während der Zeit der fortschrittlichen Regierungen [„progressismo“ in Lateinamerika] arbeitete die Rosa-Luxemburg-Stiftung – insbesondere ihr Andenbüro in Quito – an einem Thema, das seit der Jahrtausendwende ein zentrales Anliegen der Linken und der sozialen Bewegungen in Lateinamerika ist: dem Extraktivismus. Dabei geht es um die Frage, was es heißt, wenn Bergbauggebiete immer weiter in neue Territorien vorstoßen und welche verheerenden Folgen das für den Lebensraum der indigenen Völker auf dem gesamten Kontinent hat.

Einerseits begrüßten, förderten und unterstützten die fortschrittlichen Regierungen die Aktivitäten von Basisbewegungen – von den städtischen Unterschichten bis hin zu den indigenen Hirten- und Bauernvölkern. Aber im Fall der extraktivistischen Politik reagiert der Staat mit Repressionen, sobald sich die indigene Bevölkerung gegen die Eroberung ihrer Gebiete zur Wehr setzt.

Somit ist die Frage des Extraktivismus bzw. des gesamten Entwicklungsmodells, das die fortschrittlichen Regierungen verfolgen, mit der aktuellen Krise der Zivilisation verbunden. Es geht um die Grenzen des Planeten, die Rechte indigener Völker und um die Bedrohung der Umwelt. Das sind in jeder Hinsicht politische Themen mit direkten Auswirkungen auf das Leben der Menschen. Hier handelt es sich nicht um wertneutrale, rein akademische Fragen.

Aus diesem Grund werden heute sogar Forschungsprojekte zum Extraktivismus oder öffentliche Kritik daran – wie etwa an der Politik der Regierung im Arco Minero del Orinoco – einem direkten Angriff auf den Staat gleichgesetzt. Zuletzt wurde die Rosa-Luxemburg-Stiftung als Hauptfeind herausgegriffen, weil sie Debatten, Studien und Bewegungen unterstützt, die die sozialen und ökologischen Kosten des Bergbaus und des Extraktivismus kritisch hinterfragen. So wird die Arbeit von Wissenschaftlern und Umweltbewegungen von der Regierung als politische Subversion umgedeutet.

Zum Beispiel Wasser: Es ist heute schwer vorstellbar, dass es irgendwo auf der Welt eine Bewegung zum Schutz des Wassers gäbe, die nicht politisch wäre. Wenn sich Menschen für das Wasser einsetzen, dann deshalb, weil es verseucht wird oder Flüsse ausgetrocknet werden. Das führt zwangsläufig zu Kontroversen und fordert zu politischen Stellungnahmen heraus.

Das heißt nicht, dass die Rosa-Luxemburg-Stiftung unpolitisch ist. Die Themen, mit denen sie sich befasst – Extraktivismus, die Rechte indigener Völker, Gefahren für die Umwelt – haben unweigerlich eine politische Dimension. Aber die Stiftung unterstützt oder finanziert keine Maßnahmen, die sich gegen die venezolanische Regierung richten.

Wenn wissenschaftliche Teams den Arco Minero del Orinoco beforschen und in ihren Berichten die extrem negativen Folgen des illegalen Bergbaus in dieser Region aufzeigen, empfindet das die Regierung als Angriff auf sich selbst. Und dann bleibt nur noch eine einzige Alternative: Man muss den Mund halten – niemand darf darüber reden.

Die Behauptung, die Rosa-Luxemburg-Stiftung werde von der deutschen Regierung finanziert und sei somit Teil der imperialistischen Bestrebungen der USA, Venezuela zu destabilisieren, ist nicht nur paranoid, sondern letztendlich der Versuch, alles über einen Kamm zu scheren und die NGOs insgesamt anzugreifen.

Es gibt zahlreiche kleine Organisationen, die sich mit unterschiedlichen Themen wie Wahlen, Umwelt, Men-

schenrechten, Frauenrechten und so weiter befassen. In ganz Lateinamerika erhalten viele dieser Gruppen externe Finanzmittel – manchmal von Kirchen, manchmal von der EU, manchmal aus anderen Quellen. Aber für die venezolanische Regierung ist die Finanzierung dieser Organisationen Teil einer groß angelegten imperialistischen Strategie zur Destabilisierung der Regierung.

Diese Behauptungen sind zwar wenig stichhaltig, aber politisch gesehen ist es durchaus opportun, die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass Venezuela angegriffen wird. So wird jeder, der die Politik der Regierung zu zentralen Themen kritisiert, zum Feind erklärt, auch wenn er im Grunde politisch indifferent ist oder sogar mit dem Chavismus sympathisiert. Und dem Feind muss man entgegenreten.

Das bringt die Rosa-Luxemburg-Stiftung klarerweise in große Schwierigkeiten und erschwert die Fortführung ihrer Arbeit außerordentlich. Und die Netzwerke, mit denen sie bisher zusammengearbeitet hat – Kleinbauern, Landarbeiter und andere – verlieren letztendlich die Unterstützung, die sie bisher hatten.

Auf jeden Fall muss betont werden, dass es sich bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung um eine kleine Stiftung handelt. Sie sitzt nicht auf Millionen und Abermillionen von Dollars. Ihre Projekte sind bescheiden.

Warum finden diese Angriffe Ihrer Meinung nach gerade jetzt statt und was sagen sie über die aktuellen Prioritäten und Ängste der Regierung aus?

Was derzeit geschieht, hängt meines Erachtens mit dem zusammen, was ich bereits erwähnt habe: Die Regierung fühlt sich international zunehmend isoliert und innerhalb der globalen Linken – trotz bestehender Unstimmigkeiten und Widersprüche – weitgehend diskreditiert. Und natürlich entgeht ihr auch nicht die Unzufriedenheit ihrer eigenen Basis.

Das liegt vor allem daran, dass sich die Lebensbedingungen der einfachen Bevölkerung nicht verbessern. Der Mindestlohn in Venezuela beträgt derzeit weniger als einen US-Dollar pro Monat. Er wird teilweise durch verschiedene Zulagen ausgeglichen, die willkürlich an beliebige Personen zu beliebigen Zeitpunkten vergeben und zur politischen Kontrolle der Bevölkerung eingesetzt werden.

Unsere Regierung hat jedes politische Projekt längst aufgegeben. Die ganze Rhetorik von der Weiterentwicklung der Demokratie und vom Sozialismus hat sich einfach in Luft aufgelöst. Mittlerweile ist der eigene Machterhalt praktisch das einzige Ziel der Regierung.

Um an der Macht zu bleiben, setzte Maduro früher auf eine gewisse Unterstützung der Bevölkerung. Da diese jedoch immer mehr dahinschwindet, bleibt ihm nur noch die Repression. Daher appelliert er in seinen Reden verstärkt an Patriotismus, Nationalismus, Antiimperialismus und beschwört externe Bedrohungen. Dabei wird alles in einen Topf geworfen, auch die NGOs. Jegliche Kritik an der Regierung muss als Bedrohung für Venezuela umgedeutet werden.

Viele Persönlichkeiten, die der Regierung nicht genehm sind, darunter auch Sie, arbeiten seit Jahren mit Bewegungen und Kollegen im Ausland zusammen. Welche Art der internationalen Solidarität ist aktuell am ehesten hilfreich?

Zunächst möchte ich, nicht nur in Bezug auf die aktuelle Situation, sondern auch allgemeiner, auf einen Punkt zurückkommen, den ich bereits zuvor angesprochen habe. Für Teile der venezolanischen Linken, die die Ereignisse der letzten Jahre in diesem Land miterlebt und erlitten haben, ist es sehr schmerzhaft, dass linke Intellektuelle, Organisationen und Journalisten die venezolanische Regierung weiterhin als links, sozialistisch oder revolutionär bezeichnen. Das ist herzerreißend, zutiefst schmerzhaft. Es läuft darauf hinaus, alles, was in diesem Land nachweislich vor sich geht, zu ignorieren, die Augen vor der Realität zu verschließen – und das alles im Namen des Kampfes gegen den Imperialismus.

Aber in der Auseinandersetzung mit dem Imperialismus muss man ein besseres Leben anbieten als der Imperialismus selbst – kein schlechteres. Deshalb halte ich Ihre Arbeit und Ihr Buch für so wertvoll: Sie schaffen Raum für eine ernsthafte, reflektierte und fundierte Diskussion darüber, was wirklich geschieht, anstatt in eine vereinfachende Schwarz-Weiß-Malerei von „den Guten und den Bösen“ oder „den Antiimperialisten gegen die Proimperialisten“ zu verfallen.

Es geht um Solidarität – aber nicht um Solidarität mit einer Regierung, sondern um Solidarität mit den Menschen. Das ist nicht nur in Bezug auf Venezuela wichtig, sondern auch auf internationaler Ebene. Das Wort „Sozialismus“ wird in bestimmten Regionen der Welt zunehmend populär; tatsächlich fühlen sich viele Menschen davon angesprochen. Aber wenn man Venezuela mit „Sozialismus“ gleichsetzt, geht diese Anziehungskraft verloren. Deshalb ist es unerlässlich, zwischen der venezolanischen Politik und dem Traum von einer möglichen anderen Welt zu unterscheiden.

Was die aktuelle Situation betrifft, so dürften die internationalen Reaktionen auf die Verhaftung von Marta Lía Grajales und auf die Vorwürfe gegen die Universidad

Central de Venezuela, das CENDES und die Rosa-Luxemburg-Stiftung die Regierung überrascht haben. Mit einem solchen Ausmaß der Empörung hatte sie vermutlich nicht gerechnet. Und ein zentrales Element der Linken war schon immer der Internationalismus.

Wenn wir uns über die Krise der Zivilisation, über Alternativen zur Entwicklung, über den Widerstand gegen den Extraktivismus Gedanken machen, dann können wir das nicht innerhalb der Grenzen einer einzigen Nation tun. Diese Themen müssen über grenzüberschreitende Netzwerke angegangen werden. So gab es vor zwanzig Jahren während des Kampfes gegen die amerikanische Freihandelszone (ALCA) beeindruckende Bewegungen auf dem gesamten Kontinent: Gewerkschaften, Studierende, Beschäftigte im öffentlichen Dienst, Bauern, indigene Organisationen, feministische Bewegungen aus ganz Lateinamerika sowie aus Kanada und den USA. Diese Bewegungen bildeten Netzwerke, die über persönliche Kontakte ihr Wissen und ihre Informationen austauschten.

Diese Netzwerke und dieses Wissen sind in Lateinamerika nach wie vor lebendig. Sie haben zwar nicht mehr die Kraft wie seinerzeit im Kampf gegen ALCA, aber es gibt sie immer noch. Wenn in einem Land der Region etwas passiert, kommt es oft zu Reaktionen auf dem gesamten Kontinent, weil die Kommunikationskanäle nach wie vor intakt sind.

Anderson Bean ist ein in North Carolina ansässiger Aktivist. Er ist Autor des Buches „Communes and the Venezuelan State: The Struggle for Participatory Democracy in a Time of Crisis“ (Gemeinden und der venezolanische Staat: Der Kampf um partizipative Demokratie in Zeiten der Krise), erschienen bei Lexington Books, sowie Herausgeber des in Kürze erscheinenden Bandes „Venezuela in Crisis. Socialist Perspectives“ (Venezuela in der Krise. Sozialistische Perspektiven) bei Haymarket Books.

Edgardo Lander ist venezolanischer Soziologe, emeritierter Professor der Universidad Central de Venezuela und eine führende Stimme im lateinamerikanischen Diskurs über Demokratie, Extraktivismus und die Zukunft der Linken.

Aus der US-Zeitschrift *Tempest* vom 11. September 2025

Übersetzung aus dem Spanischen: E. F.



COP 30: KEIN WITZ

Üblicherweise wird nach jeder UN-Klimakonferenz (COP) kolportiert, dass damit ein Ausstieg (Cop-out) aus der Klimapolitik vollzogen wurde.

■ **Michael Roberts**

Jedes Mal erneut scheitert die Konferenz damit, einen Ausstieg aus der Produktion fossiler Brennstoffe als Energiequelle zu beschließen, obwohl inzwischen allgemein anerkannt ist, dass Kohlenstoff- und andere Treibhausgasemissionen vor allem der Nutzung fossiler Brennstoffe geschuldet sind. Jedes Mal erneut verfehlt man das Ziel, sich auf eine bedeutende geplante und dann auch umzusetzende Reduzierung der Emissionen aus allen Quellen – Produktion, Transport, Kriege usw. – zu einigen. Jedes Mal misslingt es erneut, sich auf eine bedeutende Umkehr bei der unaufhörlichen Entwaldung, der Verschmutzung der Meere und des beschleunigten Artensterbens und des Verlusts an Artenvielfalt zu einigen.

Das Wortspiel, dass es sich bei der COP um einen Cop-out (einen „Ausstieg“) handelt, ist mittlerweile völlig abgenutzt. Die COP30 war kein Witz, auch wenn die erzielte „Einigung“ wie ein Witz anmutet. Die Zeit ist abgelaufen. Die Welt heizt sich so stark auf, dass sie mittlerweile an den Punkt gelangt, an dem der Menschheit, anderen Arten und dem Planeten irreversible Schaden zugefügt werden.

Harjeet Singh von der Satat Sampada Climate Foundation führte auf der Konferenz aus: „Die COP30 wird als die tödlichste Talkshow aller Zeiten in die Geschichte eingehen.“ Die Verhandlungsführer in Belém, Brasilien, „haben Tage damit zugebracht, darüber zu diskutieren, was sie diskutieren sollten, und neue Dialoge zu erfinden, nur um die Maßnahmen zu vermeiden, die überhaupt von Bedeutung sind, nämlich sich zu einer gerechten Abkehr von

fossilen Brennstoffen zu verpflichten und dafür Geld zur Verfügung zu stellen.“ Das Kernproblem einer „Abkehr von fossilen Brennstoffen“ wurde fallen gelassen, da die fossile Brennstoffe produzierenden Länder und die meisten westlichen Mächte dies blockierten. Selbst die schwache, verwässerte Idee einer „Roadmap“ (eines Fahrplans) für einen Übergang wurde abgelehnt.¹

Zur Debatte stand auch die Frage, wie die Länder auf die Tatsache reagieren sollten, dass die aktuellen nationalen Klimapläne (also die „national festgelegten Beiträge“, NDCs) zu einem Anstieg der globalen Temperatur um etwa 2,5 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau führen, was beträchtlich über dem im Pariser COP-Abkommen von 2015 festgelegten Ziel von 1,5 °C liegt. Die „Vereinbarung“ der COP30 bestand darin „weiterhin über die große Kluft zu sprechen“, die sich aus den von den Ländern vorgesehenen Zielen und den zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels erforderlichen Reduktion der ergibt.²

Die Klimawissenschaftler:innen der COP30 haben erneut klargemacht: Die Emissionen müssen im nächsten Jahr zu sinken beginnen und dann in den kommenden Jahrzehnten beständig weiter zurückgehen: „Wir müssen jetzt damit beginnen, die CO₂-Emissionen aus fossilen Brennstoffen jährlich um mindestens 5 % zu reduzieren. Dies ist erforderlich, um eine Chance zu haben, unkontrollierbare und extrem kostspielige Klimaauswirkungen zu vermeiden, die alle Menschen auf der Welt betreffen.“ Die Emissionsreduktionen müssen beschleunigt werden:

„Wir müssen bis 2040, spätestens aber bis 2045, so nah wie möglich an den absoluten Nullpunkt an Emissionen aus fossilen Brennstoffen kommen. Das bedeutet: Weltweit keine neuen Investitionen in fossile Brennstoffe, Streichung aller Subventionen für fossile Brennstoffe und ein globaler Plan, wie erneuerbare und kohlenstoffarme Energiequellen auf gerechte Weise eingeführt und fossile Brennstoffe schnell auslaufen können.“

Die Wissenschaftler fügten hinzu, dass für die Glaubwürdigkeit des Pariser Abkommens von 2015 (das darauf abzielt, den globalen Temperaturanstieg auf maximal 1,5 °C zu begrenzen) die Finanzierung – durch die Industrieländer für die Entwicklungsländer – von entscheidender Bedeutung ist. Sie führten aus: „Die Finanzierung muss vorhersehbar, auf Zuschüssen basierend und mit einem gerechten Übergang und mit Gerechtigkeit vereinbar sein“. „Ohne eine Aufstockung und Reform der Klimafinanzierung können Entwicklungsländer nicht planen, nicht investieren und nicht die für ein gemeinsames Überleben notwendigen Übergänge realisieren.“ Auf der COP30 wurde eine Vereinbarung zur Verfügungstellung von Finanzmitteln der reichen Länder für die armen Länder getroffen – aber der aufgestockte Betrag soll erst im Verlauf der nächsten zehn Jahre zur Verfügung gestellt werden, nicht wie in der bisherigen Vereinbarung in fünf Jahren!

Statt der Herausforderung gerecht zu werden, wird die weltweite Nachfrage nach Öl und Gas in den nächsten 25 Jahren weiter steigen. Dies tritt ein, wenn die Welt ihren Kurs nicht ändert, so die Internationale Energieagentur in ihrem jüngsten Bericht.³ Die Treibhausgasemissionen

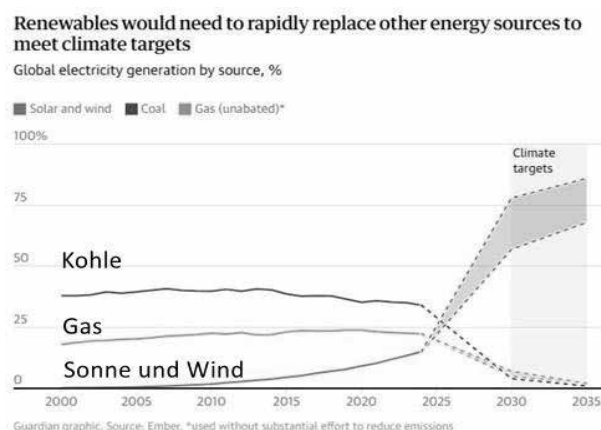
steigen trotz des „exponentiellen“ Wachstums der erneuerbaren Energien weiter an. Auf Weltebene erreichte der Kohleverbrauch im vergangenen Jahr einen Rekordwert, trotz der Bemühungen um eine Umstellung auf saubere Energie.

Die globalen CO₂-Emissionen werden also steigen und nicht fallen. Die jährlichen CO₂-Emissionen aus Energiequellen werden gegenüber heute leicht ansteigen und Anfang der 2030er Jahre fast 40 Gigatonnen CO₂ pro Jahr erreichen, wobei sie bis 2050 in etwa auf diesem Niveau bleiben werden. In den Industrieländern könnten die Emissionen sinken, am ehesten in Europa, und auch in China werden sie schätzungsweise ab 2030 zurückgehen, aber anderswo werden sie steigen.

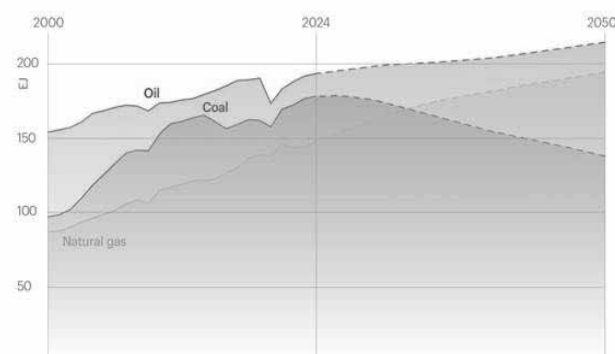
Und es geht nicht nur um CO₂-Emissionen. Methan ist ein Treibhausgas, das 80-mal stärker ist als Kohlendioxid und für etwa ein Drittel der in letzter Zeit gemessenen Erwärmung verantwortlich ist. Bei früheren „Ausstiegsvereinbarungen“ wurde eine Senkung der Methanemissionen um 30 % bis 2030 abgesprochen. Und trotzdem sind die Methanemissionen weiter gestiegen. Insgesamt liegen die Emissionen von sechs der größten Unterzeichnerstaaten – USA, Australien, Kuwait, Turkmenistan, Usbekistan und Irak – heute um 8,5 % über dem Niveau von 2020.

Die Welt wird also immer heißer. Dieses Jahr und die letzten beiden Jahre waren die drei heißesten Jahre seit Beginn der Aufzeichnungen vor 176 Jahren. Und die letzten elf Jahre seit 2015 werden die elf wärmsten Jahre seit Beginn der Aufzeichnungen sein. Es werden (irreversible) Kipppunkte erreicht: Gletscher schmelzen, Wälder verschwinden, Waldbrände, Überschwemmungen und

GRAFIK 1: ERNEUERBARE ENERGIEN MÜSSEN SCHNELL ANDERE ENERGIEQUELLEN ABLÖSEN, UM DIE KLIMAZIELE ZU ERREICHEN



GRAFIK 2: BISHERIGER UND GESCHÄTZTER VERBRAUCH FOSSILER ENERGIEN (LAUT IEA)

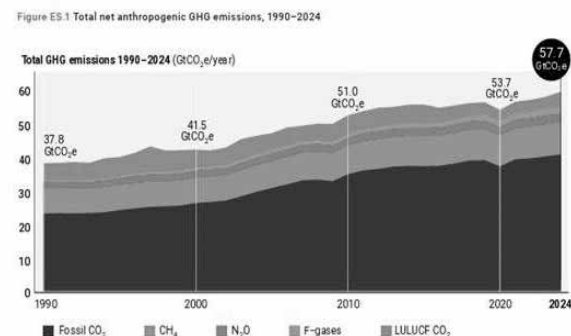


Dürren nehmen zu. Die Welt steuert auf eine Erwärmung um 2,8 °C zu, weil – so der jüngste UN-Bericht – die Klimaschutzversprechen „so gut wie nichts bewirken“.⁴

Der „Emissions Gap Report 2025: Off Target“ des UN Environment Programme (UNEP) kommt zu dem Schluss, dass die vorhandenen Klimaschutzzusagen im Rahmen des Pariser Abkommens das Tempo des globalen Temperaturanstiegs im Laufe des 21. Jahrhunderts nur geringfügig verlangsamt haben, sodass die Welt auf eine ernsthafte Verschärfung der Klimarisiken und -schäden zusteuert. Weniger als ein Drittel der Länder weltweit (62 von 197) hat Klimaschutzpläne vorgelegt, also die „national festgelegten Beiträge („NDCs“) aus dem Pariser Abkommen. Die USA, das Land mit den höchsten Pro-Kopf-Emissionen, haben sich aus dem Prozess verabschiedet und sind erst gar nicht zur COP30 erschienen. Auch Europa hat versagt. Keiner der 45 analysierten globalen Klimaindikatoren ist in Übereinstimmung mit dem für 2030 festgelegten Ziel.⁵

Laut Daten der Vereinten Nationen stieg die Kohlendioxidkonzentration in der Atmosphäre 2024 um einen Rekordwert und erreichte einen neuen Höchststand. Die globale durchschnittliche Konzentration des Gases stieg im Jahr 2024 um 3,5 ppm auf 424 ppm, was laut dem Bericht der Weltorganisation für Meteorologie den größten Anstieg seit Beginn der modernen Messungen im Jahr 1957 darstellt.⁶

GRAFIK 3: ANSTIEG DER TREIBHAUSGAS-EMISSIONEN 1990–2024



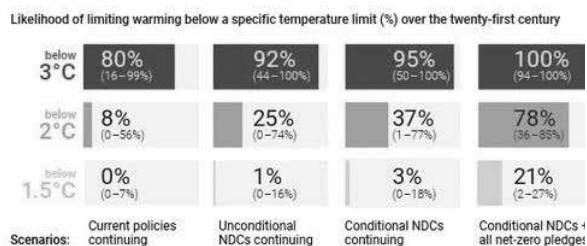
Angegeben in Gigatonnen Kohlendioxidequivalenten (CO₂e). CH₄ = Methan, N₂O = Stickoxide; LULUCF = Treibhausgasemissionen durch Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft

Mehrere Faktoren trugen zu diesem Anstieg der CO₂-Konzentration bei, darunter ein weiteres Jahr uneingeschränkter Verbrennung fossiler Brennstoffe. Ein weiterer Faktor war die Zunahme von Waldbränden aufgrund der durch die globale Erwärmung heißeren und trockeneren Verhältnisse. Die Emissionen durch Waldbrände in Amerika erreichten 2024, dem bisher heißesten Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen, ein Niveau historischen Ausmaßes. Klimaforscher sind auch wegen eines dritten Faktors besorgt: die Möglichkeit, dass die Kohlenstoffsenken des Planeten zu versagen beginnen. Etwa die Hälfte aller jährlichen CO₂-Emissionen wird aus der Atmosphäre zurückgewonnen, indem sie im Ozean gelöst oder von wachsenden Bäumen und Pflanzen aufgenommen wird. Aber die Ozeane werden wärmer und können daher weniger CO₂ aufnehmen, gleichzeitig bewirken die heißeren und trockeneren Bedingungen an Land mehr Waldbrände und weniger Pflanzenwachstum.

Um die Ziele des Pariser Abkommens von 2 °C bzw. 1,5 °C zu erreichen, müssen die jährlichen Emissionen bis 2035 um 35 % bzw. 55 % gegenüber dem Level von 2019 gesenkt werden. Angesichts des Ausmaßes der erforderlichen Reduzierungen, der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit und des problematischen politischen Klimas ist mit einer dauerhaft höheren CO₂-Konzentration vor dem Ende dieses Jahrzehnts zu rechnen. Das Ziel des Pariser Klimaabkommens ist so tot wie Menschen und andere Lebewesen aufgrund dieser Bedingungen sterben.

Tatsächlich stirbt aufgrund der weltweit steigenden Temperaturen mittlerweile jede Minute ein Mensch, wie ein bedeutender Bericht über die gesundheitlichen Auswirkungen der Klimakrise zeigt.⁷ Laut diesem Bericht

GRAFIK 4: VERSCHIEDENE SZENARIEN DER ERD-ERWÄRMUNG



Wahrscheinlichkeit (in Prozent) der Einhaltung bestimmter Erwärmungen, wenn die Politik so weitergeführt wird wie bisher (erste Spalte), wenn die Nationalen festgelegten Maßnahmen (NDC) in unverbindlicher Form fortgeführt werden (zweite Spalte), wenn die NDC verbindlich umgesetzt werden (dritte Spalte) und wenn die NDC verbindlich umgesetzt werden und alle Null-Emissions-Versprechungen eingehalten werden (vierte Spalte).

ist die Zahl der hitzebedingten Todesfälle seit den 1990er Jahren um 23 % gestiegen, selbst unter Berücksichtigung des Bevölkerungswachstums, und liegt zwischen 2012 und 2021 bei durchschnittlich 546 000 im Jahr. In den letzten vier Jahren war der Durchschnittsbürger 19 Tage im Jahr lebensbedrohlicher Hitze ausgesetzt, wobei es ohne die vom Menschen verursachte globale Erwärmung nur 3 gewesen wären, heißt es in dem Bericht. Insgesamt führten 2024 die hohen Temperaturen zu einem Rekordverlust von 639 Milliarden Arbeitsstunden, was in den am wenigsten entwickelten Ländern zu Einbußen von 6 % des nationalen BIP führte.

Die fortgesetzte Verbrennung fossiler Brennstoffe heizt nicht nur den Planeten auf, sondern verursacht auch Luftverschmutzung, die jährlich Millionen von Todesfällen verursacht. Waldbrände, die durch immer heißere und trockenere Bedingungen angefacht werden, tragen zusätzlich zu den durch Rauch verursachten Todesfällen bei. Im Jahr 2024 wurden laut dem Bericht 154 000 Todesfälle verzeichnet, ein absoluter Rekord. Dürren und Hitzewellen schädigen Ernten und Viehbestände. Im Jahr 2023 litten 123 Millionen Menschen mehr unter Ernährungsunsicherheit als im Jahresdurchschnitt zwischen 1981 und 2010.

Warum werden die Ziele zur Emissionsreduzierung nicht erreicht und jetzt noch nicht mal vereinbart? Die Antwort lautet: Geld. Trotz der Schäden gewährten die Regierungen weltweit 2023 direkte Subventionen für fossile Brennstoffe in Höhe von 956 Milliarden US-Dollar. Damit wurden die 300 Milliarden US-Dollar pro Jahr, die auf dem UN-Klimagipfel Cop29 im Jahr 2024 zur Unterstützung der am stärksten vom Klimawandel betrof-

fenen Länder zugesagt wurden, bei weitem übertroffen. Das Vereinigte Königreich subventionierte 2023 fossile Brennstoffe mit 28 Milliarden US-Dollar, Australien mit 11 Milliarden US-Dollar. Fünfzehn Länder, darunter Saudi-Arabien, Ägypten, Venezuela und Algerien, gaben mehr an Subventionen für fossile Brennstoffe aus als für ihre nationale Gesundheitsversorgung.

Die 100 größten fossilen Energieunternehmen der Welt erhöhten ihre Produktionsprognosen für das Geschäftsjahr bis März 2025, was zu Kohlendioxidemissionen führen musste, die dreimal so hoch sind wie es die im Pariser Klimaabkommen festgelegten Ziele erlauben, um die Erderwärmung auf 1,5 °C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen, heißt es in dem Bericht. Geschäftsbanken unterstützen diese Expansion: Die 40 größten Kreditgeber für den fossilen Brennstoffsektor investieren 2024 zusammen 611 Milliarden Dollar, so viel wie seit fünf Jahren nicht mehr. Ihre Kredite für den „grünen Sektor“ lagen mit 532 Milliarden Dollar deutlich darunter.

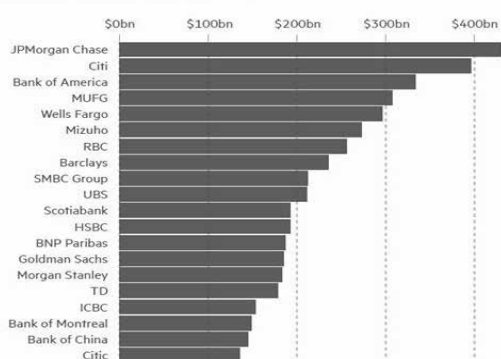
Der Grund für die Ausweitung der Produktion fossiler Brennstoffe liegt darin, dass sie einfach viel mehr Rendite abwirft als die Umstellung auf erneuerbare Energien. Das Problem liegt darin, dass die Regierungen darauf beharren, dass private Investitionen den Umstieg auf erneuerbare Energien vorantreiben sollen. Private Investitionen finden aber nur statt, wenn sie rentabel sind.

Die Rentabilität ist in zweierlei Hinsicht das Problem. Erstens ist die durchschnittliche Rentabilität weltweit auf einem niedrigen Niveau, sodass sich das Investitionswachstum in allen Sektoren in ähnlicher Weise verlangsamt hat. In den letzten Jahren sind die Preise für erneuerbare Energien stark gefallen. Ironischerweise ziehen niedrigere Preise für erneuerbare Energien die Rentabilität solcher Investitionen nach unten. Die Solarpanel-Herstellung leidet ebenso wie die Betreiber von Solarparks unter einem starken Gewinnrückgang. Dies offenbart den grundlegenden Widerspruch kapitalistischer Investitionen zwischen Kostensenkung durch höhere Produktivität und Investitionsrückgang aufgrund sinkender Rentabilität.

Brett Christophers argumentiert in seinem Buch „The Price is Wrong – why capitalism won’t save the planet“⁸ (Der Preis ist falsch – warum der Kapitalismus den Planeten nicht retten wird), dass nicht der Preis von erneuerbaren Energien im Vergleich zu fossilen Brennstoffen der Stolperstein für die Erreichung der Investitionsziele zur Begrenzung der globalen Erwärmung ist. Es ist vielmehr die Rentabilität erneuerbarer Energien im Vergleich zur Produktion fossiler Brennstoffe. Christophers weist darauf

GRAFIK 5: KUMULIERTE KREDITE DER GESCHÄFTSBANKEN FÜR DIE FOSSILE ENERGIEUNTERNEHMEN IN MILLIARDEN US-DOLLAR

Cumulative fossil fuel financing, 2016-23



hin, dass in einem Land wie Schweden Windenergie sehr kostengünstig erzeugt werden kann. Aber gerade diese Kostensenkung drückt auch das Ertragspotenzial. Dieser Widerspruch hat die Argumentation der fossilen Brennstoffunternehmen gestärkt, dass die Öl- und Gasförderung nicht schnell auslaufen kann. Peter Martin, Chefökonom bei Wood Mackenzie, erklärte es anders: „Die höheren Kapitalkosten [gemeint sind die gestiegenen Kreditzinsen] haben weitreichende Auswirkungen für die Energie- und Rohstoffindustrie“, und höhere Zinsen „wirken sich aufgrund der hohen Kapitalintensität und der geringen Renditen unverhältnismäßig stark auf erneuerbare Energien und auf die Kernkraft aus“.

Wie Christophers hervorhebt, war die Rentabilität von Öl und Gas im Allgemeinen weitaus höher als die von erneuerbaren Energien, was erklärt, warum die großen Öl- und Gasunternehmen in den 1980er und 1990er Jahren ihre ersten Unternehmungen im Bereich der erneuerbaren Energien schon kurz nach dem Start ohne Umschweife wieder eingestellt haben. „Die Vergleichsrechnung erklärt auch, warum dieselben Unternehmen heute nur im Schnecken-tempo auf saubere Energie umsteigen.“

Christophers zitiert Shell-CEO Wael Sawan, der auf die Frage, ob er die geringeren Renditen aus erneuerbaren Energien für sein Unternehmen als akzeptabel erachte, antwortete: „Was den Bereich Low Carbon [wenig CO₂-Ausstoß] angeht, möchte ich ganz klar sagen: Wir werden in jedem Geschäftsfeld, in das wir einsteigen, hohe Renditen anstreben. Geringe Renditen können wir nicht rechtfertigen. Unsere Aktionäre verdienen es, dass wir hohe Renditen erzielen. Wenn wir in einem Geschäftsfeld keine zweistelligen Renditen erzielen können, müssen wir uns ernsthaft fragen, ob wir dieses Geschäftsfeld weiterführen sollten. Natürlich streben wir weiterhin eine immer stärkere Reduzierung der CO₂-Emissionen an, aber es muss rentabel sein.“

Aus diesen Gründen kommen die Analysten der JP Morgan Bank zu dem Schluss, dass „die Welt eine Realitätsprüfung in Sachen Übergang von fossilen Brennstoffen zu erneuerbaren Energien braucht“, da es „Generationen“ dauern könnte, bis die Netto-Null-Ziele erreicht sind. JPMorgan ist der Ansicht, dass die Umstellung des weltweiten Energiesystems „ein Prozess ist, der in Jahrzehnten oder Generationen zu bewerkstelligen ist, nicht in Jahren“. Das liegt daran, dass Investitionen in erneuerbare Energien „derzeit unterdurchschnittliche Renditen bieten“.

Die einzige Möglichkeit für die Menschheit, eine Klimakatastrophe zu vermeiden, besteht in der Verfol-

gung eines globalen Plans, der auf gemeinschaftlichem Besitz von Ressourcen und Technologien basiert und der die Marktwirtschaft ersetzt. Solange dies nicht umgesetzt wird, setzt sich der Ausstieg aus der Klimapolitik fort.

23. November 2025

Michael Roberts ist Wirtschaftswissenschaftler und arbeitete 40 Jahre lang als städtischer Angestellter in London. Er veröffentlichte eine Reihe von Büchern und grundlegenden Artikeln zur Krise des Kapitalismus. Sein Blog <https://thenextrecession.wordpress.com/> wird international von vielen Menschen, nicht zuletzt von Gen. der IV. Internationale, verfolgt.

Übersetzung: J. S.

1 <https://www.theguardian.com/environment/2025/nov/16/can-cop30-begin-the-process-of-phasing-out-fossil-fuels>

2 <https://www.theguardian.com/environment/2025/oct/28/worlds-climate-plans-fall-drastically-short-of-action-needed-analysis-shows>

3 <https://www.iea.org/>

4 <https://www.unep.org/resources/emissions-gap-report-2025>

5 <https://systemschanlab.org/state-climate-action-2025>

6 <https://wmo.int/>

7 [https://www.thelancet.com/.../PIIS0140-6736\(25.../abstract](https://www.thelancet.com/.../PIIS0140-6736(25.../abstract)

8 <https://www.versobooks.com/products/3069-the-price-is-wrong>

BLACKOUT – DAS WAR BESTIMMT NICHT DAS LETZTE MAL!

Wie muss ein Modell zur Energieversorgung aussehen, damit die ökologische Wende gelingen kann?

■ Daniel Albarracín

Einleitung

Der Blackout vom 28. April legte die Iberische Halbinsel und Südfrankreich stundenlang lahm – die gesamte Gesellschaft war davon in irgendeiner Weise betroffen. Ja, der Vorfall wurde überall breit diskutiert. Aber angesichts des im System angelegten Risikos, dass so etwas wieder passiert und damit es nicht bei rein anekdotischen Erzählungen darüber bleibt, müssen wir diesen kompletten Stromausfall genau analysieren und Schlüsse für die Zukunft daraus ziehen.

Unser Energiesystem befindet sich an einem historischen Wendepunkt. Klimakrise, geopolitische Instabilität und Ressourcenknappheit zwingen uns, die Energieerzeugung, ihre Verteilung und den Energieverbrauch grundlegend zu überdenken. Da erscheint der Ausbau der Energiekapazitäten auf Basis erneuerbarer Energien als die entscheidende Lösung.

Aber so einfach ist es nicht. Es führt nicht zu einer wirklichen ökologischen Wende, wenn nur die fossilen Brennstoffe durch erneuerbare Energien ersetzt werden, die Logiken des Systems jedoch gleichbleiben. Das aktuell praktizierte Energiewendemodell wird von einigen wenigen großen Privatunternehmen dominiert. Deren Hauptziel ist ihre Profitabilität. Alle Energiequellen und -technologien, einschließlich der Erneuerbaren, gehören

ganz oder teilweise ihnen. Der Staat und ein künstliches Preissystem schützen diesen lukrativsten Sektor der spanischen Wirtschaft und garantieren ihm seine Gewinne. Eine wirkliche Lösung für die drängenden ökologischen und gesellschaftlichen Probleme bringt das nicht. Deshalb müssen wir eine Energiewende einfordern, die gerecht, demokratisch, vernünftig geplant und ökosozial ist – eine Energiewende, bei der nicht die Unternehmensgewinne, sondern das Leben und das Gemeinwohl im Mittelpunkt stehen.

Wie funktioniert die Stromversorgung?

Das Stromnetz ist für uns nur eine von mehreren Energiequellen, das lediglich 24 % des Gesamtbedarfs deckt. Der Rest stammt aus fossilen Brennstoffen für Verkehr/Transport und Heizung. Aber es bedarf einer komplexen Infrastruktur, damit der erzeugte Strom unmittelbar, kontinuierlich und sicher zu den Verbraucher:innen kommen kann. Um die Herausforderungen, die mit der Energiewende verbundenen sind, verstehen zu können, ist es wichtig, die Schlüsselemente der Stromversorgung und deren komplexes Zusammenspiel zu kennen.

Das elektrische System besteht aus vier Hauptelementen:

1. Die Stromerzeugung in Kraftwerken (Wärme-, Kern-, Wasser-, Windkraft, Photovoltaik, usw.).
2. Der Transport des Stroms über große Entfernun-

- gen über ein Netz von Hochspannungsleitungen.
3. Die Verteilung des Stroms mit Mittel- und Niederspannung an Haushalte, Unternehmen und Dienstleistungsbetriebe.
 4. Der Verbrauch der elektrischen Energie durch private, industrielle oder öffentliche Nutzer:innen.

Damit die zentrale Stromversorgung funktioniert, muss das Hochspannungsnetz ständig und in jeder Sekunde im Gleichgewicht zwischen Erzeugung/Einspeisung und Verbrauch gehalten werden. Es erfordert ein komplexes Zusammenspiel der verschiedenen Elemente und Technologien, um sofort auf Schwankungen bei Einspeisung und Verbrauch reagieren und das Netz im Gleichgewicht halten zu können. Aber die verschiedenen Technologien zur Stromerzeugung weisen unterschiedliche Eigenschaften auf und sind unterschiedlich zu handhaben, was das Ganze sehr anspruchsvoll macht. Die erneuerbaren Energieanlagen sind schwieriger zu handhaben als die fossilen Kraftwerke und die Komplexität im Netz nimmt zu, wenn ihr Anteil an der Stromerzeugung steigt.

Technologien zur Stromerzeugung und ihre Eigenschaften:

Zusammenfassend lassen sich die Eigenschaften der wichtigsten aktuellen Technologien zur Stromerzeugung wie folgt darstellen:

Gas-, Kohle-, Ölkraftwerke

Diese Kraftwerke existieren bereits und tragen zuverlässig zur Systemführung bei. Sie können je nach Bedarf ein- oder ausgeschaltet werden. Sie sind grundlastfähig, verfügen über die richtige sog. Trägheit und liefern konstanten und zuverlässigen Strom. Damit verleihen sie dem System Stabilität.

Allerdings sind sie stark umweltbelastend und emittieren große Mengen an CO₂ und anderen Gasen, von weiteren gravierenden Umwelt- und Gesundheitsrisiken gar nicht zu sprechen. Hinzu kommt die Abhängigkeit von Importen aus anderen Ländern mit großen Preisschwankungen, die nicht zuletzt durch geopolitische Faktoren bedingt sind.

Kernkraftwerke

Diese Technologie produziert kontinuierlich, zuverlässig und konstant Strom und trägt so zur Netzstabilität bei. Diese Kontinuität ist jedoch kein Vorteil, sondern ein Zeichen von Unflexibilität. Denn obwohl Kernkraftwerke bei Bedarf abgeschaltet werden können, ist ihr Wiederaufbau

sehr langsam und kostspielig. Kernkraftwerke müssen daher ununterbrochen produzieren, was im krassen Gegensatz zu den Anforderungen des Stromnetzes steht. Die Atomlobby bewirbt ihre Technologie mit eben dieser ihrer Stabilität, doch bedeutet dies, dass sich das ganze System und auch die anderen Energiequellen ihr unterordnen müssen.

Es stimmt zwar, dass Kernkraftwerke kein CO₂ direkt emittieren, aber für die ökologische Energiewende sind sie mittel- und langfristig völlig ungeeignet: Ihre hohen Investitionskosten machen sie – obwohl ihre Betriebskosten niedrig sind – unrentabel; ihre Lebensdauer ist auf wenige Jahrzehnte begrenzt und die Kosten für Demontage und Reinvestition sind hoch; die Entsorgung radioaktiver Abfälle ist – in erdgeschichtlichen Zeiträumen gedacht – nach wie vor ungeklärt: Es gibt keine Fässer, die der Korrosion länger als ein Jahrhundert standhalten. Die Risiken sind – trotz verbesserter Sicherheitsvorkehrungen – letztendlich unkalkulierbar, da – wie Ulrich Beck sagen würde – auch das Unwahrscheinlichste langfristig zur Gefahr werden kann. Ganz zu schweigen vom hohen Wasserverbrauch für die erforderliche Kühlung.

Erneuerbare Energien

Erneuerbare Energien sind die Alternative, allerdings haben auch sie Nachteile.

Windkraft ist sauber. Solare Photovoltaik ist ebenfalls sauber, modular und einfach zu installieren. Sie beide zeichnen sich durch niedrige Betriebskosten aus. Allerdings weisen sie natürlicherweise Unterbrechungen bei der Gewinnung auf (Wolken, Nacht, Windstille) und sind daher schwieriger zu handhaben, vor allem, da das vorhandene, zentrale Stromnetzsystem schlecht für erneuerbare Energien geeignet ist. Ihre Anlagen benötigen große Flächen und erzeugen für das aktuelle Technologiemodell nicht genügend Strom. Um ihre Kompatibilität mit dem bestehenden Netzsystem in einem stabilen Umfeld zu verbessern, benötigen sie Energiespeicher oder Backup-Lösungen, die bisher jedoch unzureichend sind. In Ländern mit hohem Wasservorkommen, wie den skandinavischen Ländern, funktionieren Wasserkraftwerke gut, in Ländern mit wiederkehrenden Dürren, wie dem unseren, wären nur Batterien die Alternative. Diese sind jedoch teuer in der Anschaffung und umweltschädlich in der Herstellung. Wasserstoff als Speichermedium ist ineffizient und seine Anwendungsmöglichkeiten sind begrenzt.

Die Steuerung des Stromnetzes wird komplexer und problemanfälliger, je mehr Energie aus den erneuerbaren

Quellen mit ihren Produktionsschwankungen eingespeist wird. Daher ist es keine Lösung, einfach mehr erneuerbare Energie zu erzeugen. Vielmehr müsste ein dezentrales System entwickelt und gefördert werden, welches dem Eigenverbrauch in lokalen Energiegemeinschaften den Vorrang gibt. Dies würde den Druck auf das zentrale Netz reduzieren. Zudem müsste die Nachfrage gezielt so gesteuert werden, dass der Verbrauch während der Spitzenzeiten der Stromerzeugung steigt, zum Beispiel durch eine entsprechende Preisgestaltung. Erste Schritte könnten hierfür sofort getan werden – aber im Gegenteil: Derzeit ist der Strom im Frühling und Sommer, wenn es die meisten Sonnenstunden gibt, sogar am teuersten! Ziel sollte es eigentlich sein, den Verbrauch während der sonnigsten Zeiten zu verbilligen, damit das Gleichgewicht zwischen Erzeugung und Verbrauch zu verbessern und somit das Netz zu stabilisieren.

Was läuft schief beim aktuellen Ausbau von erneuerbarer Energie?

Weit davon entfernt, eine wirkliche Alternative zum fossilen Brennstoffsystem zu sein, wird der gegenwärtige Ausbau der erneuerbaren Energien von den Bedürfnissen des Marktes und nicht von sozialen oder ökologischen Bedürfnissen bestimmt. Private Unternehmen investieren wild drauf los. Sie bevorzugen Gegenden, in denen der Anschluss an das Stromnetz einfach und rentabel ist oder in denen ein hoher Verbrauch zu erwarten ist. Dabei nehmen sie keine Rücksicht darauf, was das für die jeweiligen Gebiete und die ländlichen Gemeinden, die in der Nähe dieser Anlagen liegen, bedeutet.

Wenn die erneuerbaren Energien unter den gegenwärtigen Logiken des Marktes genutzt werden, dann reduziert das nicht zwangsläufig den Verbrauch der nicht erneuerbaren Energieträger: In vielen Fällen erhöht sich der Verbrauch sogar und fossile Brennstoff- und Atomkraftwerke bleiben so lange in Betrieb, wie sie Gewinne abwerfen. Darüber hinaus gerät dieses System der Stromversorgung – mit riesigen Solar- und Windparks und einem zentralen Stromnetz, das für seine Stabilität einen hohen Anteil umweltschädlicher Energiequellen benötigt – häufig in Konflikt mit der ländlichen Bevölkerung, mit der traditionellen Landwirtschaft und mit der Biodiversität.

Statt auf eine Reduzierung des Konsums und eine Neuorganisation des Energieversorgungsmodells hinzuwirken, wird ein produktivistisches Modell reproduziert, das frontal mit den ökologischen Grenzen des Planeten kollidiert.

Hin zu einem fairen und nachhaltigen Modell zur Energieversorgung.

Energie ist ein unverzichtbares Gemeingut und muss daher durch öffentliche Planung und demokratische Bürger:innenbeteiligung verwaltet werden. Sie ist nicht zum Geschäftemachen da. Die öffentliche Hand muss die Initiative bei der Neugestaltung des Energiesystems übernehmen und ein Modell anstreben, das die folgenden Punkte beinhaltet:

- Die erneuerbaren Energien müssen die Hauptenergiequelle sein; die fossilen und nuklearen Energieträger müssen schrittweise reduziert und ersetzt werden.
- Die Verteilung muss gemeinschaftlich und dezentral erfolgen; auf der Grundlage von Eigenverbrauchssystemen, lokalen Netzen und Energiespeichern, die zu den Gegebenheiten des jeweiligen Standorts passen.
- Zusammenarbeit mit ländlichen und städtischen Communities. Berücksichtigung von sozialen, ökologischen und landschaftlichen Bedingungen bei der Wahl von Standorten und Managementmodellen.
- Demokratische Teilhabe an Entscheidungen, die die Energieerzeugung und -versorgung betreffen; Energie muss als Grundrecht und nicht als Ware anerkannt sein.

Ein solches Energiemodell erfordert nachhaltig öffentliche Investitionen – nicht nur in die Produktionsinfrastruktur, sondern auch in intelligente Verteilungsnetze, Energiespeicher, Energieeffizienz sowie ganz allgemein in technische und demokratische Bildung. Die öffentlichen Investitionen dürfen nicht nur in private Unternehmen fließen, die aus der Infrastruktur ihren Gewinn ziehen; sie müssen der gesamten Gesellschaft zugutekommen. Beispielsweise kann das großflächige Leasing von Batterien und Speichersystemen zwar zur Stabilisierung des Stromnetzes beitragen, aber es erspart privaten Unternehmen auch Kosten, da sie andernfalls die Kosten für die Speichersysteme vollständig selbst tragen müssten. Wenn der öffentliche Sektor Geld dafür ausgeben kann bzw. muss, Batterien in großem Umfang zu leasen, dann wäre es sinnvoller, das gesamte Netzsystem gleich in öffentliches Eigentum zu überführen und diesen strategischen Sektor zu vergesellschaften. Die Kosten wären zwar zweifellos erstmal hoch, aber sie lägen immer noch 5 % unter den prognostizierten Verteidigungsausgaben bis 2030. Dies wäre mit Sicherheit eine deutlich bessere Art, das Geld auszugeben.

Jedoch – für eine faire und nachhaltige Energiewende muss mehr passieren als nur das Stromnetz zu vergesellschaften. Sie muss einhergehen mit Anlagen und Technologien, die auf völlig anderen Grundlagen geplant werden.

Ein faires und nachhaltiges Versorgungsmodell basiert auf erneuerbaren Energien und nutzt Gas nur für Notfälle. Es ist dezentral, lokal und nutzt Energiequellen, die zu den Gegebenheiten vor Ort passen. Die Standorte von Anlagen der Stromerzeugung müssen demokratisch mit der jeweiligen lokalen Community abgestimmt werden. Für eine solche Neuausrichtung des gesamten Stromsystems braucht es einen planvollen Übergangsprozess. Mit Hilfe von Forschung, Entwicklung und Innovation muss sichergestellt werden, dass zunehmend Low-Tech-Technologien (einfach, langlebig, leicht handhabbar und ressourcenschonend) entwickelt und eingesetzt werden. Ein nachhaltiges und faires Energiemodell muss unabhängig von fossilen Brennstoffen sein und seinen Material- und Energieverbrauch minimieren. Die dennoch benötigten Materialien müssen, im Sinne der Kreislaufwirtschaft, so weit wie möglich in den natürlichen Kreislauf wiedereingegliedert werden (wohl wissend, wie hartnäckig die Gesetze der Thermodynamik in diesem Zusammenhang sind, wie José Manuel Naredo immer wieder betont). Selbstverständlich muss ein solches Energiemodell eine ausreichende Versorgung der gesamten Bevölkerung jederzeit gewährleisten.

Energiesouveränität und Territorium.

In einer Welt, in der die Kontrolle über Ressourcen zunehmend an Bedeutung gewinnt, wird Energieselbstversorgung zu einem Schlüsselement der Souveränität. Die Iberische Halbinsel, insbesondere der Süden, birgt ein enormes Potenzial, einen bedeutenden Teil ihres Energiebedarfs mit erneuerbarer Energie selbst zu decken. Dies erfordert jedoch einen Systemwechsel: Es genügt nicht, lediglich die Energiequellen zu wechseln, solange nicht auch die Machtverhältnisse, die das System prägen, grundlegend verändert werden.

Wahre Energiesouveränität bedeutet, gemeinsam zu entscheiden, welche Energie wie, wo, für wen und mit welchen Auswirkungen produziert wird. Sie erfordert die Erkenntnis, dass Energie nicht neutral ist, dass ungleicher Zugang zu ihr alle Lebensbereiche beeinflusst und dass jede Energiewende mit territorialer und sozialer Gerechtigkeit einhergehen muss. Dies beginnt mit der Beseitigung der Energiearmut, der Sicherstellung der Grundversorgung der gesamten Bevölkerung und der Achtung der Grenzen unseres Planeten.

Wie bereits erwähnt, setzt ein faires und nachhaltiges Energiemodell voraus, dass in demokratischen Prozessen über den Standort von Anlagen verhandelt und entschieden wird. Die Kapazitäten und Bedürfnisse der landwirt-

schaftlichen Produktion und der ländlichen Gemeinden dürfen hierbei nicht beeinträchtigt werden. Zugleich muss für die notwendigen Anlagen eine bestmögliche technische Anpassung an die Erfordernisse der Umgebung erfolgen. Beispiele hierfür sind die Entwicklung von blattlosen Windkraftanlagen, die Energie durch wirbelinduzierte Vibrationen übertragen (zum Schutz der Vögel) oder die Errichtung von Solarparks auf Parkplätzen, Gebäudedächern, in Industriegebieten und in ausgewählten Gebieten, wo die Auswirkungen auf Bevölkerung, Landwirtschaft und Biodiversität nicht so massiv sind.

Biophysikalische Grenzen: Die vergessene Seite der Energiewende.

Ein Ausbau der erneuerbaren Energien ist nicht grenzenlos möglich! Doch es scheint wohl schon notwendig zu sein, die Kapazitäten der Erneuerbaren noch zu verdoppeln. Dies muss jedoch verantwortungsvoll geschehen – nicht willkürlich und nach Marktkriterien, sondern im Einklang mit sozialen, ökologischen und technischen Erfordernissen und Gegebenheiten. Aber so sinnvoll uns der Ausbau der erneuerbaren Energien erscheint: Wir müssen uns im Klaren sein, dass er auch Nachteile und Risiken mit sich bringt: Zum einen erfordert die Erzeugung erneuerbarer Energien enorme Mengen an Materialien wie Kupfer, Lithium und Seltenen Erden. Deren Verfügbarkeit ist begrenzt und ihre Gewinnung bringt erhebliche ökologische Herausforderungen mit sich. Des Weiteren sind auch die erneuerbaren Energien indirekt von fossilen Brennstoffen abhängig, nämlich bei ihrer Gewinnung, Herstellung, Instandhaltung und beim Transport. Die Lebensdauer der Anlagen ist begrenzt, sie beträgt maximal 30 Jahre. Dann müssen die Anlagen erneuert werden und erzeugen zudem Abfall. Grundsätzlich bedarf es nach wie vor viel wissenschaftlicher Forschung, um diesen Problemen begegnen und ökologische Alternativen entwickeln zu können.

Daher noch einmal: Es reicht nicht aus, einfach nur die Energiequellen zu wechseln mit der Hoffnung, so den aktuellen Energieverbrauch weiter bedienen zu können. Das aktuelle Wirtschaftsmodell muss transformiert werden, hin zu einer vernünftigeren und gerechteren Wirtschaftsform, die Bedarfe priorisiert und übermäßigen und unnötigen Verbrauch vermeidet.

Dies bedeutet:

■ Die Förderung eines Lebens und eines Konsumverhaltens, das gemeinschaftlich und sinnvoll gestaltet ist und ohne unnötige Dinge auskommt. Damit ist nicht der

Verzicht auf die Befriedigung von Grundbedürfnissen und von Bedürfnissen, die mit dem Wohlbefinden und einer würdevollen Lebensweise zusammenhängen, gemeint.

■ Die Förderung einer öffentlichen, kollektiven und elektrifizierten Mobilität, wobei der Schienen- und Straßenbahnverkehr, aber auch Bus oder U-Bahn, Vorrang haben; Elektroautos werden in städtischen Gebieten nur für wichtige Dienstleistungen (Taxi, Krankenwagen, Feuerwehr) eingesetzt; kommunale Sammeltransportsysteme erreichen ländliche Gebiete.

■ Die vorhandene Energie dient vorrangig der Deckung von Grundbedürfnissen und von Aktivitäten mit hohem gesellschaftlichem Wert.

Welche Wirtschaftspolitik für welches Energiemodell?

Eine nachhaltige Energiewende erfordert eine Wirtschaftspolitik, die dem Gemeinwohl dient. Es geht nicht nur um eine Veränderung des Energiemixes, sondern um die Entwicklung eines ganz anderen Versorgungsmodells. Ein Versorgungsmodell, das nicht unbegrenztes Wachstum anstrebt, sondern das ein Gleichgewicht mit natürlichen Grenzen und sozialer Gerechtigkeit herstellt.

Dies erfordert:

■ Eine langfristige öffentliche Planung unter Berücksichtigung technischer, sozialer und ökologischer Bedingungen.

■ Verhandlungen mit und demokratische Teilhabe von den entsprechenden Communities an strategischen Entscheidungen.

■ Eine Transformation von Berufsfeldern hin zu Beschäftigung und Berufsausbildung in nachhaltigen Bereichen.

Eine Dezentralisierung der Erzeugungs- und Verteilungssysteme, aber mit der Möglichkeit, dass sich die einzelnen Systeme dennoch bei Bedarf ergänzen und unterstützen. Diversifizierung muss als Chance betrachtet werden, die Synergien ermöglicht.

Aber die globalen Wirtschafts- und Politikeliten scheinen einen gänzlich anderen Kurs eingeschlagen zu haben. Der Kurs führt hin zu einer autoritären und antisozialen Energiewende, die auf der Kontrolle strategischer Ressourcen, Rohstoffausbeutung, zunehmender Gewaltanwendung, Ungleichheit und Ausgrenzung beruht. Es ist ein Modell, in dem fossile Brennstoffe, Kernenergie und großflächig zentralisierte erneuerbare Energien in einem zunehmend instabilen, ressourcenintensiven und militarisierten System koexistieren.

Dieser Kurs ist nicht nur sozial ungerecht, sondern auch ökologisch nicht tragfähig und politisch nicht tragbar. Er steht im Widerspruch zu den Interessen der Mehrheit der Gesellschaft, insbesondere der Arbeiter:innenklasse und der Bevölkerung des Globalen Südens, und blockiert jede Möglichkeit eines echten Übergangs in eine lebenswerte Zukunft.

Welches Energieversorgungsmodell wir haben, ist nicht bloß eine technische Angelegenheit, sondern zutiefst politisch. Es bestimmt, welches Leben für wen möglich ist. Daher ist der Kampf für ein neues Energiesystem auch ein Kampf für Demokratie, Gerechtigkeit und ein Leben in Würde. Das Stromnetz wiederum ist nicht nur ein technischer Rahmen, sondern auch ein Feld politischer, sozialer und ökologischer Entscheidungen. Jede Technologie hat ihre Voraussetzungen, ihre Vorteile und ihre Beschränkungen, und keine – nicht einmal die erneuerbare – ist frei von negativen Folgen. Aus diesem Grund erfordert eine gerechte Energiewende nicht nur ein Mehr an erneuerbarer Energie, sondern auch eine bewusste, demokratische Planung auf öffentlicher und kommunaler Ebene. Die Nutzung von Energie für gesellschaftlich Notwendiges und für die Erfüllung von Grundbedürfnissen muss hier den Vorrang haben vor der Erfüllung privater Wünsche. Schädliche Auswirkungen müssen so weit wie möglich minimiert werden. Die Verteilung muss unter demokratischen Gesichtspunkten geregelt werden.

Um künftige Stromausfälle zu vermeiden, reicht es nicht aus, mehr Solaranlagen oder Windkraftanlagen zu bauen. Wir müssen grundlegend überdenken, wie wir leben und produzieren wollen. Wir brauchen ein öffentliches, demokratisches, ausreichendes, nachhaltiges und faires Energieversorgungsmodell. Und wir müssen es jetzt entwickeln, da das gegenwärtige System zunehmend unsicher und gefährlich wird.

6. Juni 2025

Daniel Albarracín ist Wirtschaftswissenschaftler und Soziologe. Professor am Lehrstuhl für Angewandte Volkswirtschaftslehre II der Universität Sevilla. Er ist Mitglied des Beirats von Viento Sur.

Aus: <https://vientosur.info/porque-no-sera-el-ultimo-apagon-que-modelo-energetico-y-sistema-de-distribucion-para-la-transicion-ecologica/>

Übersetzung aus dem Spanischen: Laura Roth

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ: EINE KRITISCHE BEWERTUNG

Heute ist der Begriff „Künstliche Intelligenz“ in aller Munde, aber die Grundlagen dieser Technologie wurden bereits Ende der 50er Jahre entwickelt.

■ Klaus Meier

Die Idee dazu hatte erstaunlicherweise ein Psychologe am Cornell Aeronautical Laboratory in den USA, Frank Rosenblatt. Er ließ sich von den Strukturen des menschlichen Gehirns inspirieren und baute ein erstes künstliches neuronales Netz, das trainiert werden musste. Obwohl die Idee erst abseitig erschien und abgelehnt wurde, führte sie Jahrzehnte später zur heutigen KI-Technologie. Den Durchbruch schafften 2012 Wissenschaftler um Geoffrey Hinton, von der Universität Toronto. Sie entwickelten ein künstliches neuronales Netz namens AlexNet. Darin sind mehrere Neuronenschichten durch ein Netz gewichteter Verbindungen miteinander gekoppelt. Jede Schicht leitet ihre Ergebnisse an die nächste Schicht weiter. AlexNet war ein wirklicher GameChanger und seitdem wurden Milliarden in die Künstliche Intelligenz gesteckt. Der Internet-Riese Google warb Hinton und seine Kollegen LeCun und Yoshua Bengio für viel Geld ab und gelangte damit in den Besitz der Technologie. 2018 erhielten die drei Wissenschaftler für ihre Arbeit den Turing Prize, eine Art Nobelpreis für Computerwissenschaft.

ChatGPT und die Large Language Modelle

Die großen KI-Modelle, wie ChatGPT, Gemini oder Claude, die heute die Diskussion prägen, sind eine Weiterentwicklung der Arbeiten von Hinton und seinen Kollegen. Man spricht auch von Large Language Modellen (LLMs). Die LLMs sind eigentlich Textvervollständiger. Während des Trainings lernt die KI fehlende Wörter zur vervollständigen. In einem Text heißt es beispielsweise: „In der Mittagszeit gehen die Mitarbeiter der Abteilung

gemeinsam ...“ Die wahrscheinlichste Lösung für die fehlenden Wörter wären „in die Kantine“. Und nicht „zur Toilette“. Die Lösung ergibt sich aus dem Kontext der menschlichen Sprache. Wenn die KI-Programme nur mit wenigen Text trainiert werden, machen sie noch viele Fehler. Aber ab einem Training mit mehreren hundert Milliarden Textparametern entsteht plötzlich ein Sprung und die KI beherrscht die menschliche Sprache. Die dafür erforderlichen Trainingsdaten wurden im Internet gefunden.

Neben den Large Language Modellen wird heute in der Wissenschaft viel über eine Physikalische KI geredet. Damit sollen zukünftig Roboter gesteuert werden. Sie sollen räumliche Zusammenhänge und Grenzen kennen lernen, Sensorinformationen interpretieren und aktiv mit ihrer Umgebung agieren können. Dazu werden Roboter, Hindernisse und Greifobjekte in einer Simulationsumgebung nachgebaut. Das wird als digitaler Zwilling bezeichnet. Der Roboter kann nun in dem simulierten Szenario lernen, ohne dass es zu Kollisionen und Schäden an der Anlage kommt. Das wird als Reinforcement Learning bezeichnet. Sobald der digitale Zwillingroboter genug gelernt hat, werden die KI-Erkenntnisse auf den realen Roboter übertragen. Das Verfahren kann beispielsweise in Logistikzentren für das Verpacken von Gegenständen durch Roboter eingesetzt werden. Auch im Automobilbereich könnten so Fahrerassistenzsysteme entwickelt werden. Die Methode ist aber äußerst komplex und es wird noch dauern, bis mögliche Ergebnisse in der Industrie ankommen. Heute dreht sich noch immer alles um Large Language Modelle, wie ChatGPT.

Welche Folgen hat die KI für Arbeitsplätze?

Laut dem Future of Jobs Report des Weltwirtschaftsforums (WEF) werden die KI-Fortschritte den Arbeitsmarkt deutlich verändern. Als Zahlen wurden 133 Millionen neu geschaffene Arbeitsplätze gegenüber einem Job-Verlust von 75 Millionen genannt. Eine Analyse der Unternehmensberatung PwC kommt zu einer anderen Schlussfolgerung. Sie prognostiziert, dass bis Mitte der 2030er Jahre in einigen Ländern bis zu 30 % der Arbeitsplätze mit Hilfe der KI automatisiert werden könnten. Eine Studie von Goldman Sachs Research sieht es dagegen als unwahrscheinlich an, dass KI-Technologien zu einem großen Jobverlust führen. So hätte technologischen Wandel bisher immer auch neue Produkte geschaffen, die die Nachfrage nach Arbeitskräften angekurbelt hätten. Die Frage ist allerdings, ob man die vergangenen Entwicklungen, die mit einer massiven Zunahme des Rohstoff- und Energieverbrauchs verbunden waren, einfach in die Zukunft projizieren darf. Unser Planet ist begrenzt und kann definitiv keine massive Ausdehnung der Produktion und des Konsums ertragen.

Sicher ist, dass die heutige KI eine Sprunginnovation ist, die für die Zukunft ein enormes Rationalisierungspotenzial beinhaltet. So können KI-Systeme, wie ChatGPT, bereits Zeitungsartikel schreiben oder Geschäftsbriefe entwerfen, auch wenn vieles noch von Menschen nachgearbeitet werden muss. Bereits heute können KI-Systeme in Zusammenarbeit mit Kamerasystemen Qualitätskontrollen durchführen. In Büros kann ein KI-gestütztes Planungstool Besprechungen organisieren oder Berichte analysieren. Selbst im Kundenservice können KI-Chatbots rund um die Uhr Anfragen beantworten und einfache Probleme lösen, oft bevor ein Mensch eingreifen muss.

Eine Studie von McKinsey schätzt, dass im Bürobereich etwa 60 % der Routineaufgaben wie Dateneingabe, Lohnabrechnung und Terminplanung durch KI automatisiert werden können, verglichen mit nur 12 % der technischen Aufgaben. Das bedeutet, dass Berufe wie Büroangestellte, Buchhalter und Verwaltungsassistenten fast fünfmal häufiger durch KI ersetzt werden können als Ingenieure oder Entwickler¹. Berufe, die mit einer Dateneingabe verbunden sind, dürften recht schnell Gefahr laufen, automatisiert zu werden. Auch die Kassen in Einkaufszentren dürften betroffen sein, über die heutigen Selbstverbuchungssysteme hinaus. Eine KI mit Bilderkennungskompetenz könnte auf einem Förderband die Objekte erkennen und automatisch eine Abrechnung erstellen. Große Teile des Kassenspersonals in den Kaufhäusern aber auch in Kantinen könnten betroffen sein.

Zu den Opfern der KI gehören sicher auch Beschäftigte in Call-Centern und in der Kundenberatung. Der Grund ist die hohe Sprach- und Verständniskompetenz der KI. KI-gesteuerte Chatbots können Gespräche führen, Auskünfte geben und einfache Entscheidungen treffen. Allerdings gibt es auch Grenzen. So hatte die schwedische Klarna-Bank in Zusammenarbeit mit Open AI zunächst hunderte von Beschäftigten durch KI ersetzt². Doch bald musste das Unternehmen wieder den Rückwärtsgang antreten. Es zeigten sich nämlich erhebliche Schwächen der KI bei der Kontextverarbeitung und der Dialogführung über mehrere Gesprächsphasen. Die KI-Bots wirkten unnatürlich oder sie konnten die Probleme der Kunden nicht lösen. Ein gravierendes Problem in Banken, die schließlich das Vertrauen ihrer Kunden brauchen. Klarna will den KI-Chatbot zwar nicht wieder komplett abschaffen, aber bei Bedarf müsse immer ein Mensch vorhanden sein, der die Gespräche führen kann.

Der Rationalisierungseffekt der Künstlichen Intelligenz dürfte in einigen Bereichen erheblich sein. So bei der Software-Entwicklung. Bisher war das Schreiben von Computercodes mit einer hohen Qualifikation verbunden. Aber mit Hilfe von KI-Programmen kann prinzipiell jeder Codes schreiben, entweder für technische Programmierungen oder auch für Webseiten. Noch ist es aber in den meisten Fällen erforderlich, dass erfahrene Programmierer den mit KI erstellten Code im Nachhinein überprüfen. Unter dem Strich bedeutet das, dass KI die Arbeitsabläufe effizienter macht statt sie vollkommen zu ersetzen. Der Chef der Deutschen Bank, Sewing, erklärte in einem Interview mit dem Handelsblatt, dass sein Unternehmen „mit KI die Kosten für Programmierungen um 20 Prozent senken“ könne. Seine Perspektiven reichen aber weiter: „Andere Institute versprechen sich davon 30 bis 40 Prozent Ersparnis“. Sewing sieht aber kein Stellenabbauprogramm bei der Deutschen Bank, denn in den nächsten Jahren käme es zur Pensionierung vieler Beschäftigter. Der Bank-Chef dazu: „Künstliche Intelligenz wird uns dabei helfen, diese Fachkräfte zu ersetzen. KI soll für also nicht zuletzt das demografische Problem lösen.“³

Bei allen Betrachtungen muss man berücksichtigen, dass der Einsatz von KI-Verfahren für die Rationalisierung von Arbeitsplätzen zunächst ein mühseliger und arbeitsaufwändiger Prozess ist. Maßgebliche Effekte dürften daher erst in den 30er Jahren zu erwarten sein. Das gilt erst recht für die weiterreichenden Verfahren der Physikalischen KI.

Trotzdem sind bereits jetzt erste Folgen der KI-Rationalisierung sichtbar. Während in der Vergangenheit An-

fänger die einfachen Arbeiten übernommen haben, ist dies heute vielfach nicht mehr erforderlich. Das bedeutet aber, dass weniger Anfängerjobs ausgeschrieben werden. So liegen heute die ausgeschriebenen Juniorstellen im IT-Sektor um 54 Prozent unter dem Wert von 2020⁴. Ähnliche Berichte liegen auch vom US-amerikanischen Arbeitsmarkt vor. Selbst hoch qualifizierte Studienabsolventen berichten von Schwierigkeiten, einen Job zu finden, da viele Unternehmen erst einmal schauen wollen, wie Künstliche Intelligenz ihr Geschäft verändert. Von einem Great Freeze ist die Rede, einem großen Abwarten. Eine kritische Entwicklung, denn später werden diese Kräfte fehlen.

Verstärkt KI die Reichtums- und Machtkonzentration?

Die empirischen Untersuchungen zahlreicher Wissenschaftler haben gezeigt, dass der Kapitalismus in den letzten vier Jahrzehnten eine gewaltige Konzentration von Macht und Reichtum erlebt hat. Die Entwicklung des Internets und die monopolistische Kontrolle weniger großer Konzerne über diese Software-Infrastruktur hat diese Tendenz noch einmal verschärft. Überdeutlich wird das in den USA, wo die „Magnificent Seven“ (Nvidia, Microsoft, Apple, Amazon, Alphabet, Meta und die Firmen von Elon Musk um Tesla und SpaceX) ein unfassbar reiches kapitalistisches Imperium aufgebaut haben. Gemeinsam erreichen sie mittlerweile einen Marktwert von 18 Billionen Dollar. Das ist genauso groß wie das gesamte BIP der EU mit immerhin 450 Millionen Einwohnern.

Die US-Tech-Konzerne nutzen ihre Milliarden und ihre Macht systematisch dazu, sich auch die neue KI-Technologie anzueignen und für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Dies geschieht auf zwei Ebenen: Erstens indem sie das Know-How mit ihren Geldern aufkaufen. Zweitens, indem sie das Wissen der Welt in kolonialistischer Manier weitestgehend kostenlos in ihre Software einspeisen. Zusätzlich zum Internet bauen sie so an einem weiteren Monopol im Bereich der KI-Infrastruktur. Das wird ihren Reichtum und ihre Dominanz noch weiter vergrößern.

Ein Beispiel liefert der Microsoft-Konzern, der das Know-how des KI-Unternehmens Inflection AI regelrecht aufgesogen hat. Der Software-Riese aus Redmond hat 2024 für 650 Millionen Dollar den größten Teil der Belegschaft von Inflection übernommen, einschließlich zweier wichtiger Chefwissenschaftler und Mitbegründer des Unternehmens. Ab diesem Zeitpunkt waren sie bei Microsoft beschäftigt und entwickelten dort den „Copilot“⁵. Die Methoden von Google sind ähnlich.

Für das Training ihrer KI-Systeme haben Google, OpenAI oder Meta die Literatur der Welt, ganze Zeitungsarchive, die Musik, die Bilder und riesige wissenschaftliche Datenbestände rücksichtslos genutzt, egal ob sie urheberrechtlich geschützt sind oder nicht. Das ist mittlerweile etwas schwieriger geworden, weil gierige KI-Crawler⁶ mit Sicherheitsmaßnahmen von vielen Homepages ferngehalten werden. Auch gibt es Gerichtsurteile, die die unautorisierte Datennutzung unter Strafe stellen. Erst jüngst hat die deutsche Musikverwertungsgesellschaft Gema gegen OpenAI geklagt, weil der Konzern unautorisiert Songtexte für die Trainingsdaten seines Chatbot ChatGPT genutzt hatte. Es handelte sich dabei u.a. um Helene Fischers „Atemlos durch die Nacht“, Herbert Grönemeyers „Bochum“ und Reinhard Meys „Über den Wolken“. Das Landgericht München entschied eindeutig: Die Verwendung der Songtexte in den Trainingsdaten sei geistiger Diebstahl. Im Wiederholungsfalle drohen 250 000 Euro Strafe.⁷ Für den 500 Milliarden Dollar schweren US-Konzern OpenAI sind das aber eher Peanuts, der dann auch gleich in Berufung gegen das Urteil ging.

Die Aneignung der KI durch wenige Multimilliardäre dürfte die bürgerliche Demokratie weiter aushöhlen, über das bisher schon gewohnte Maß hinaus. Der Philosoph und Experte für Bewusstsein, Thomas Metzinger, sagte dazu: „Alle diese Leute wie Zuckerberg, Altman, Pichai, nicht nur Musk und Thiel, sind nicht vertrauenswürdig – das wird nicht die Trustworthy AI, die die EU seit 2019 im Auge hat. Die sind alle in Mar-a-Lago niedergekniet und haben den Ring geküsst.“⁸ Arthur Mensch, der Begründer der französischen KI-Software Mistral, war unter den Zuhörern, als J.D. Vance seine Vision für die Welt entwarf. Er beschrieb den Vortrag wie folgt: „Es ging um die Überlegenheit der US-KI, als das eine System, das jeder US-Alliierte nutzen soll. Die Haltung von Vance bei KI ist sehr aggressiv, Technologie ist für ihn und Trump ein Machtvektor. Die Präsidentendekrete zu KI haben ein Ziel: Die USA wollen alle ihre Partner in KI-Kolonien verwandeln.“⁹

KI als gewaltiger Ressourcenfresser

Die großen KI-Systeme der Large Language Modelle sind auf sogenannten GPUs implementiert. Das sind Grafikprozessoren, die parallele Rechnerstrukturen besitzen und besser für das KI-Training geeignet sind als die üblichen Computer-CPU's. In der Praxis ist das Training der Large Language Modelle wie GPT-5 ein gewaltiges technisches, logistisches und finanzielles Unterfangen. Branchenbe-

obachter schätzen, dass das Vortraining von GPT-4 viele Monate gedauert hat und dass dafür zehntausende von A100-GPUs von Nvidia eingesetzt wurden. Ein einzelner derartiger Prozessor kostet je nach Größe zwischen 12 000 € bis 28 000 €. Die großen Internet-Konzerne (Meta, Microsoft, Google oder Amazon) liefern sich heute ein gigantisches Wettrennen, um immer intelligentere LLMs zu entwickeln und den Markt mit ihren Modellen zu durchdringen. Dafür werden unfassbar hohe Finanzmittel in den Aufbau ihrer Rechenzentren gesteckt. Im April 2025 veröffentlichte McKinsey eine Studie, die die weltweiten Investitionen in Rechenzentren allein bis 2030 auf 7 Billionen US-Dollar schätzt¹⁰. Allein für das nächste Jahr sollen in den USA 737 Milliarden US-Dollar für neue Rechenzentren ausgegeben werden¹¹. Mit Superlativen wird dabei nicht gespart. So kündigte Meta-Chef Zuckerberg Anfang 2025 ein Rechenzentrum an, dessen Grundfläche halb so groß wie Manhattan ausfallen soll. Auch der Online-Riese Amazon will in allein 2025 rund 100 Milliarden Dollar in die KI-Infrastruktur investieren, hauptsächlich in Rechenzentren. Die EU möchte sich diesem Hype anschließen und will 20 Milliarden Euro in fünf sogenannte AI-Gigafactories investieren. Mit dabei ist die Deutsche Telekom, Ionos und die Schwarz-Gruppe (Lidl-Eigentümer). Aber auch das Land Bayern hat sich um einen von fünf Standorten in Europa für ein Mega-Rechenzentrum beworben. Ministerpräsident Söder erklärte, in Schweinfurt eine Gigafactory für Künstliche Intelligenz auf einem früheren Kasernengelände der US-Army in Schweinfurt ansiedeln zu wollen. Die Anlage mit dem Namen „Blue Swan“ könnte bis zu fünf Milliarden Euro kosten. Zwei Drittel der Summe sollen Investoren bereitstellen und ein Drittel soll aus öffentlichen Geldern kommen. In München soll ein weiteres Großrechenzentrum für eine Milliarde Euro entstehen und mit bis zu 10 000 Spezialprozessoren von Nvidia ausgestattet werden. Beteiligt sind die Deutsche Telekom und der US-Chipentwickler Nvidia.

Die Gigantomanie beim Ausbau der Rechenzentren hat aber ökologische und soziale Folgen. Die Rechenzentren sind gigantische Stromfresser, die rund um die Uhr laufen und dabei ununterbrochen mit Energie versorgt werden müssen. Ein einzelnes auf KI getrimmtes Rechenzentrum kann gemäß einer Prognose der Internationalen Energieagentur (IEA) im Schnitt so viel Strom verbrauchen wie 100 000 Haushalte. Um beispielsweise ein KI-Modell wie ChatGPT zu trainieren, wird so viel Strom benötigt wie für eine Großstadt¹². In der Folge kommt es

bereits jetzt in manchen Regionen zu einer starken Belastung des Stromnetzes. So liegt die Stromverbrauchsquote für Rechenzentren im US-Bundesstaat Virginia bei 26 Prozent. Doch einige europäische Städte übertreffen dies sogar. So liegt der Stromverbrauch der Rechenzentren in Frankfurt bei 40 Prozent und in Dublin sogar bei 80 Prozent. In Nordamerika drohen durch den ungebremsen Ausbau von Rechenzentren bereits Stromengpässe und in der Folge steigende Strompreise. Es wird zwar immer noch behauptet, dass KI dabei helfen würde, Energie zu sparen. Die zahlreichen Rechenzentren, die in den USA bisher 800 Milliarden US-Dollar gekostet haben und bei denen die Investoren mit den Energieversorgern extrem günstige Strompreise vereinbart haben, gehen aber zulasten der privaten Haushalte. Die Verbraucher:innen müssen mit ihren steigenden Strompreisen faktisch die profitablen Tech-Unternehmen der USA quersubventionieren. Der Nachrichtensender ntv berichtete, dass sich in US-Bundesstaaten mit vielen Rechenzentren die Strompreise im vergangenen Jahr fast bis zu 40 Prozent erhöht haben¹³. Das dürfte aber erst der Anfang sein.

Damit die Tech-Konzerne für ihre KI-Programmierung genug Rechenpower zur Verfügung haben setzen sie zunehmend auf Atomkraftwerke. So gab der Meta-Konzern in 2025 bekannt, dass er eine Vereinbarung mit einem AKW-Betreiber in Illinois zur gesicherten Abnahme der gesamten Strommenge des Reaktors über einen Zeitraum von 20 Jahren getroffen habe. Ähnliche Vereinbarungen hat Google getroffen, das seine Rechenzentren in Kalifornien mit Strom aus einem halben Dutzend neuer kleiner Nuklearreaktoren beliefern lassen will. An der US-Ostküste hat Microsoft einen Vertrag mit einem Stromversorger geschlossen, der die Wiederinbetriebnahme des Atomkraftwerks Three Mile Island in Harrisburg vorsieht. Es ist der Ort des bisher schwersten Atomunfalls in der Geschichte der USA. Amazon setzt für seine Rechenzentren auf die Entwicklung neuer kleiner modularer Nuklearreaktoren, sogenannte SMRs (Small Modular Reactors).

Ein weiteres ökologisches Problem ist der hohe Wasserverbrauch der KI. Der extreme Stromverbrauch der künstlichen Intelligenz führt zur Überhitzung der KI-Server in den Rechenzentren. Damit sie arbeitsfähig bleiben, müssen sie gekühlt werden. Zur Abführung der großen Wärmemengen lässt man Wasser verdunsten. So wird der Luft Wärme entzogen. Berechnungen kommen zu der Schlussfolgerung, dass die globale KI-Nachfrage im Jahr 2027 4,2 bis 6,6 Milliarden Kubikmeter Wasserentnahme erfordert¹⁴. Das ist deutlich mehr als der gesamte jährliche

direkte Wasserverbrauch Deutschlands, der bei 3,8 Milliarden Kubikmeter liegt¹⁵.

Auf dem Weg zu einer Superintelligenz?

Die aktuellen KI-Modelle bieten zwar enorme technische Möglichkeiten, an die früher nicht zu denken war. Trotzdem liegen ihre Fähigkeiten in weiten Bereichen deutlich unter der menschlichen Intelligenz. Silicon-Valley-Bosse, wie Altman und Zuckerberg, sind aber der festen Überzeugung, dass sich mit immer mehr Chips und immer größeren Modellen eine Superintelligenz schaffen lasse. So erklärte Zuckerberg in diesem Jahr: „KI verbessert sich langsam, aber unweigerlich. Die Entwicklung einer Superintelligenz kommt jetzt in Sicht.“ Allerdings zeigte sich bereits beim Übergang der KI-Modelle von GPT-4 auf GPT-5, dass keine wesentliche Intelligenzzunahme zu verzeichnen war. Und dies trotz der viel größeren Ressourcen, die in GPT 5 gesteckt wurden. Sam Altman hatte noch wenige Wochen vor der Veröffentlichung von GPT-5 großspurig behauptet, dass seine neue Software Intelligenz auf Doktorsniveau besitzen würde. Der renommierte KI-Wissenschaftler LeCun bezweifelt schlicht diese Vorstellung. Er sagt: „Wir werden niemals menschliche Intelligenz erreichen, indem wir nur mit Text trainieren.“¹⁶ Und weiter: „LLMs in ihrer derzeitigen Form werden uns nicht zu einer KI auf menschlichem Niveau führen.“¹⁷ Auf der Entwicklerkonferenz von Nvidia im März 2025 führt er vier Bereiche auf, in denen sich Sprachmodelle, wie ChatGPT, weiterhin sehr schwer tun: Sich selbständig in der physischen Welt bewegen, Erinnerungen langfristig behalten, über Probleme nachgrübeln und langfristige Pläne machen. Die Large Language Modelle sind für viele Bereiche einsetzbar, aber an die menschliche Entscheidungsintelligenz werden sie laut LeCun und anderen Wissenschaftlern nicht herankommen. Sam Altman oder Zuckerberg sind dagegen überzeugt, dass Sprachmodelle nur über genügend große Rechenkapazitäten verfügen müssen, um so intelligent zu sein wie Menschen. Und so werden immer größere Milliardensummen in die Infrastruktur neuer Rechenzentren gesteckt. Um den ganzen Wahnsinn der Entwicklung zu erfassen, sollte man den Energiebedarf des menschlichen Gehirns mit der geplanten elektrischen Leistung der US-Rechenzentren vergleichen. Das menschliche Gehirn braucht nur 20 Watt, aber der Stromkonsum für KI soll weltweit bis 2027 auf 320 Gigawatt steigen¹⁸. Eine gewaltige Ressourcenverschwendung: Nach Schätzungen des US-Energieministeriums reicht 1 Gigawatt aus, um 700 000 Haushalte oder 1,8 Millionen Menschen ein Jahr lang mit Strom zu versorgen.

Wann platzt die KI-Blase?

Ende 2022 präsentierte OpenAI seinen Chatbot ChatGPT erstmals einer breiten Öffentlichkeit. Danach entstand ein gewaltiger KI-Hype, was einen signifikanten Anstieg der US-Tech-Aktien auslöste. So bei Meta (Facebook): 396 %, Alphabet (Google): 208 %, Amazon: 174 %, Microsoft: 109 %, Apple: 109 %. Hervorzuheben ist die Nvidia-Aktie, die seit Oktober 2022 einen Anstieg von rund 1350 % verzeichnet hat. Zusammengerechnet liegt der gesamte Börsenwert der US-Aktien Anfang November 2025 bei etwa dem zweieinhalbfachen des amerikanischen Bruttoinlandsprodukts. Das klingt nach extremer Überbewertung.

Es wundert nicht, dass es mittlerweile an den Börsen Sorgen über einen Aktien-Crash gibt. Beunruhigend ist, dass die US-Tech-Unternehmen hunderte Milliarden für den Aufbau von Rechenzentren samt teuren Nvidia-Chips ausgeben und alles mit Schulden und waghalsigen Geschäftsmodellen finanzieren. Die Gewinne und die Umsätze der M7 stehen dazu in keinem Verhältnis mehr. So greift OpenAI für die Entwicklung seines populären KI-Dienstes ChatGPT auf gewaltige Rechnerkapazitäten zurück. Dafür hat sich das Unternehmen zur Zahlung von riesigen Summen verpflichtet. Das Gesamtvolumen dieser Finanzverpflichtungen liegt mittlerweile bei 1,5 Billionen Dollar. Ein Beispiel für diese Geschäfte ist die vertraglich festgelegte Nutzung der Rechenzentren von Amazons Cloud-Sparte (AWS). Dafür allein muss OpenAI über die nächsten sieben Jahre 38 Milliarden Dollar an AWS zahlen. Das ist aber eher noch bescheiden. OpenAI hat parallel dazu auch ein Abkommen mit Oracle über die Bereitstellung von Rechnerkapazitäten abgeschlossen. Dafür sind ab 2027 300 Milliarden Dollar fällig. Um diesen Verpflichtungen nachkommen zu können, lassen AWS, Oracle und andere jetzt überall neue Rechenzentren für hunderte Milliarden Dollar aufbauen. Wenn man den Realismus dieser Geschäfte bewerten will, muss man einen Blick auf die aktuellen Geschäfte von OpenAI werfen. Das Unternehmen verdient bisher primär mit Abonnements seiner KI-Dienste, mit Lizenzverträgen für Unternehmen und mit der Cloud-Integration von Microsofts Dienst Azure. Es gibt zwar 800 Millionen wöchentliche ChatGPT-Nutzer, aber der größte Teil bezahlt dafür nichts. Sam Altman, der Chef von OpenAI, weigert sich, Zahlen über die Bilanzen seines Unternehmens zu nennen. Einem Bericht des Wall Street Journal zufolge ist aufgefallen, dass Microsoft in den aktuellen Geschäftszahlen des dritten Quartals einen Verlust von 4,1 Milliarden Dollar ausweist.

Wenn man das auf den aktuellen Anteil von 32,5 Prozent am ChatGPT-Hersteller hochrechnet, kommt man auf einen Verlust im dritten Quartal 2025 von rund 12 Milliarden US-Dollar. Dazu passt, dass Analysten den aktuellen Jahresumsatz von ChatGPT gerade mal auf 13 Milliarden US-Dollar schätzen. In einem anderen aktuellen Interview an der Stanford-Universität ist Sam Altman recht deutlich geworden. Es sei ihm vollkommen egal, ob man pro Jahr 500 Millionen, fünf Milliarden oder 50 Milliarden Dollar verbrenne. Wichtig sei ihm nur das Ziel, nämlich die Schaffung einer Allgemeinen Künstlichen Intelligenz (AGI). Die würde dann "letztlich viel mehr Wert für die Gesellschaft schaffen".

Der ganze kostspielige Aufbau von Rechenzentren setzt letztlich darauf, dass das Geschäft mit der KI in den nächsten Jahren regelrecht explodieren muss, damit die Finanzierung gesichert ist. Was die Situation verschärft, ist dabei der schnelle Wertverlust der teuren Nvidia-Chips in den Rechenzentren. Ihr Problem besteht darin, dass sie technologisch sehr schnell veralten. So gilt im Bereich der generativen KI eine GPU bereits als veraltet, wenn ein neuer Chip-Standard auf dem Markt ist. Das ist bereits nach nur 2 bis 3 Jahren der Fall. In dieser Zeit müssen die Chips durch die KI-Gewinne eigentlich abgeschrieben sein. Das ist angesichts der aktuell nicht vorhandenen Gewinne schlicht nicht möglich.

Fazit

Die heute verfügbaren KI-Systeme bieten in vielen Bereichen sinnvolle Möglichkeiten für die Menschheit. Das gilt beispielsweise für den Bereich der Medizin, für Wettervorhersagen oder eine angepasste Werkstoffentwicklung. Dagegen steht aber bereits heute ein massiver Missbrauch der KI: So bei der Überwachung der Gesellschaft, der Entwicklung monströser Waffensysteme und durch massenhafte Jobverluste. Dazu kommt, dass die großen Konzerne und die bürgerlichen Politiker:innen für ihre KI-Phantasien wahnwitzige Finanzsummen in den Aufbau von Rechenzentren umlenken, Gelder die für den ökologischen Umbau und für das Sozialsystem fehlen werden. Und sie sind bereit, das Finanzsystem komplett gegen die Wand zu fahren – mit fürchterlichen Folgen für Millionen Lohnabhängige und die Armen dieser Welt. Fortschrittliche Kräfte sollten sich daher gegen den krankhaften Ausbau der Rechenzentren stellen. Jobs müssen durch massive Arbeitszeitverkürzungen gesichert werden. Damit die KI-Technologie der Menschheit nützlich sein kann, muss sie den großen Kapitaleignern entzogen werden. Stattdessen

brauchen wir eine vergesellschaftete und demokratisch kontrollierte KI-Infrastruktur, die einer sozial und ökologisch umgebauten Gesellschaft zur Verfügung steht.

03.11.2025

Klaus Meier, Ingenieur und Hochschuldozent, ist aktives Mitglied des Ökosozialistischen Netzwerks.

1 „Is AI Taking Over Jobs? 20 Surprising AI Job Replacement Statistics“, eLearning Industry, 07/2024

2 „Mensch ersetzt Roboter – Klarna denkt um, Handelsblatt, 20.05.2025

3 „Übernahmen rangieren an letzter Stelle“, Handelsblatt 20.11.2025

4 „KI verdrängt Berufseinsteiger“, Handelsblatt 12.08.2025

5 Jakob Steinschaden: „Der nächste Coup: Microsoft schnappt sich die Inflection AI-Gründer“, 19.03.2024

6 Ein KI-Crawler ist ein automatisierter Bot, der das Internet durchsucht, um Inhalte für das Training von KI-Modellen zu sammeln.

7 „Chat-GPT“ verletzt das Urheberrecht“, Süddeutsche Zeitung 12.11.2025

8 Zitat nach: Roman Leipold: „Die Risiken der Künstlichen Intelligenz“, Chip Magazin, 10/2025

9 „Der Fluch der generativen KI ist, dass sie wie Magie aussieht“, Süddeutsche Zeitung, 05.11.2025

10 „The cost of compute: A \$7 trillion race to scale data centers“, 28.04.2025, <https://www.mckinsey.com/industries/technology-media-and-telecommunications/our-insights/the-cost-of-compute-a-7-trillion-dollar-race-to-scale-data-centers>

11 „Den USA fehlt Strom für neue Rechenzentren, in China ist er kostenlos“, www.n-tv.de 21.11.2025

12 „Wie Rechenzentren unseren Energiebedarf antreiben“, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, 15.07.2025

13 „Privathaushalte zahlen die amerikanische KI-Zeche“ www.n-tv.de, 19.10.2025

14 Shaolei Ren: „How much water does AI consume?“ OECD.AI, 30.11.2023

15 Berechnung nach: „Öffentliche Wasserversorgung“, Umweltbundesamt 10.09.2024

16 Roman Leipold: „Die Risiken der Künstlichen Intelligenz“, Chip Magazin 10/2025

17 KI-Vordenker plant offenbar eigenes Start-up“, Handelsblatt 12.11.2025

18 Angaben laut dem Forschungsinstitut Rand Corporation: „Stromfresser KI: Google, Meta & Co. gehen radikalen Schritt“, Hamburger Abendblatt, 01.11.2025

19 Andreas Proschofsky: „OpenAI dürfte aktuell zwölf Milliarden Dollar Verlust im Quartal machen“, Der Standard,

ANDREAS KLOKE 1953–2025

Nach langer Krankheit, die ihn in den letzten Jahren stark mitgenommen hat, ist Genosse Andreas Klope am 7. Oktober im Alter von 72 Jahren in Athen verstorben.

■ Daniel Berger

Andreas trat 1975 Köln der Gruppe Internationale Marxisten (GIM), der damaligen Sektion der IV. Internationale in Deutschland, bei. Er studierte und wurde Lehrer, doch schon kurze Zeit später ging er im Rahmen der von der Internationale beschlossenen Wende zur Industrie in den Betrieb. Dort und im Zusammenhang mit der sonstigen politischen Arbeit der GIM kam er in engen Kontakt mit migrantischen, vor allem türkischen und griechischen Kolleg:innen.

Als sich die deutsche Sektion 1986 mit der (ehemals maoistischen) KPD zur VSP zusammenschloss, gehörte er zu den wenigen Genoss:innen, die diese Fusion ablehnten. Sie sahen im Selbstverständnis der neuen Partei eine Abkehr von wesentlichen Positionen des revolutionären Marxismus.

Kurz darauf begab sich Andreas auf Reisen durch einige Länder und ließ sich 1988 dauerhaft in Griechenland nieder, wo er sich der OKDE-Spartakos anschloss, der griechischen Sektion der IV. Internationale. In der OKDE wurde er bald zu einem führenden Genossen und später zum wichtigsten Mitglied der Redaktion ihrer Zeitschrift *Spartakos*.

Intensiv verfolgte er die Debatten der Internationale und kritisierte die Mehrheitslinie. Dabei knüpfte er an Kritikpunkten an, die er schon in der deutschen Sektion vertreten hatte. Als sich die Internationale ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre auf den Eintritt in „breite Parteien“ orientierte – in denen revolutionäre und reformistische Strömungen sich zu einer gemeinsamen Partei zusammenschlossen – verschärfte er seine Kritik. Für ihn war das keine taktische Differenz, sondern nahm mit dem weitgehenden Aufgeben organisatorischer Eigenständigkeit strategische Züge an. Zusammen mit anderen Genoss:innen der internationalen Minderheit warf er der Mehrheitsströmung

vor, mit der Ausrichtung auf „breite Parteien“ sich schleichend reformistischen Positionen (mindestens in der Organisationsfrage) anzupassen. Immer wieder betonte er auch die Notwendigkeit einer handlungsfähigen Internationale.

Ein Beispiel für den seiner Ansicht nach opportunistischen Kurs sah er in der viel zu lange von der Internationale hingenommenen Beteiligung von Mitgliedern der brasilianischen Sektion an der ersten Lula-Regierung (ab 2003) und später beim Aufbau der PSOL, die sich keineswegs nur aus revolutionären Strömungen zusammensetzt. Andreas war eines der Gründungsmitglieder der „Antikapitalistischen linken Kooperation zum Umsturz“ in Griechenland, ANTARSYA, sowie der Poli Anapoda („Die Stadt auf den Kopf gestellt“).

Andreas half der griechischen Sektion durch seine konsequente Kritik an SYRIZA, sich eine demoralisierende Erfahrung zu ersparen und einen unabhängigen Standpunkt zu bewahren. Diese Position brachten die griechischen Genoss:innen in die internationale Debatte ein. Sie fühlten sich spätestens nach der katastrophalen Niederlage, in die SYRIZA die griechische Arbeiterklasse führte, bestätigt. Der Höhepunkt dieser Entwicklung war bekanntlich die zynische Missachtung des Neins der griechischen Bevölkerung zum Diktat des Triumvirats 2015 durch die SYRIZA-Regierung.

Inhaltlich arbeitete er viel zur Weltlage, zum Nationalismus (im Besonderen zur nationalen Frage auf dem Balkan), aber auch zur Wirtschaftskrise und zur Entwicklung der kommunistischen Bewegung. Er war auch verlegerisch unterwegs, übersetzte Bücher ins Griechische und schrieb das Buch „Politische Revolution, Nationalismus, Sozialismus“ (nur auf Griechisch). Sein Tod ist ein harter Verlust für die kommunistische Bewegung, vor allem für die griechische Sektion der IV. Internationale.*

* Auf unserer Website (<https://www.inprekorr.de>) befinden sich zwei weitere Nachrufe aus der griechischen Sektion, der Andreas bis zuletzt angehört hat.

REGISTER 2025

REGISTER NACH LÄNDERN

Titel	Autor*in	Heft	Seite
Belgien			
Die PTB zwischen Bruch und Beteiligung	Freddy Mathieu, Daniel Tanuro	4/2025	49
China			
Chinas Aufstieg: der Anfang vom Ende?	Au Loong-yu (Intv.)	2/2025	43
Demokratische Republik Kongo			
Demokratische Republik Kongo als Objekt vieler Begierden	Paul Martial	3/2025	57
Kritische Mineralien und Genozid im Kongo	Phil Hearse	6/2025	58
Griechenland			
Die Massenbewegung ist zurück	Manos Skoufoglou	3/2025	55
Großbritannien			
Solidarität mit Gaza ist nicht antisemitisch – Tod der Heuchelei	Dave Kellaway	5/2025	54
Iran			
Die gebrechliche islamische Republik Iran	Babak Kia	6/2025	48
Israel			
„Ewiger Krieg oder Ende der Besatzung und Frieden“	Uri Weltmann (Intv.)	2/2025	34
Waffenruhe vor dem nächsten Sturm	Tariq Kenney-Shawa	2/2025	37
Kaschmir			
Geschichte und internationalistische Perspektive	Pierre Rousset	4/2025	58
Kenia			
Wenn die Jugend die Macht herausfordert	Paul Martial	5/2024	60
Naher Osten			
DOSSIER: Deutschland unterstützt den Krieg gegen Gaza		1/2025	27
Die globale Rolle Israels am Beispiel Lateinamerikas	Neiden Levy	1/2025	27
Vom Sündenbock zum Liebling der Rechten	Em Hilton	1/2025	34
Trumps offene Agenda	Lara Friedman (Intv.)	1/2025	37
Israelis zweiter Klasse	Orly Noy	1/2025	40
Apartheid in Israel – Tabu in Deutschland?	Friedrich Voßkuhler	1/2025	41
Offener Brief an die deutsche Bundesregierung		1/2025	45
Die Revolution im Nahen Osten und die „Achse des Widerstands“	Joseph Daher	3/2025	25
Israel als imperialistischer Stoßtrupp im Nahen Osten	Editorial	4/2025	3
Israel jetzt stoppen!	Büro der Vierten Internationale	4/2025	6
Erklärung aus der iranischen Opposition		4/2025	7
Die Rechte der Frauen sind teilbar	Samah Salaime	4/2025	9
Der Massenmord in Gaza	Qassam Muaddi	4/2025	12
Abschiebung wegen Palästinasolidarität	Jodie Jones	4/2025	14
Der Anfang vom Ende?	Hermann Dierkes	4/2025	17
Bankrott der „westlichen Wertegemeinschaft“	Jakob Schäfer	4/2025	21
Auszüge aus Reden vor dem Internationalen Gerichtshof		4/2025	24
Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus		4/2025	27
Solidarität in Marokko	Al-Mounadil-a	4/2025	28
Geschichte als Feigenblatt	Gideon Levy	4/2025	30
Iran nach dem „Waffenstillstand“	Houshang Sepehr	5/2025	46
Die Hügeljugend in Israels Militärstrategie in der Westbank	Meron Rapoport	5/2025	51
Solidarität mit Gaza ist nicht antisemitisch – Tod der Heuchelei	Dave Kellaway	5/2025	54
Siedlerkolonialismus, ethnische Säuberung und Völkermord	Jakob Schäfer	5/2025	58
Israel hat einen Plan zur ethnischen Säuberung des Gazastreifens	Gideon Levy	5/2025	62
Nikaragua			
Die pompöse Beerdigung der Sandinistischen Revolution	Matthias Schindler	6/2025	52
Palästina			
Annexion des Westjordanlands	Michael Arria	2/2025	28
Morgenluft für die Völkermörder	Meron Rapoport	2/2025	31
„Ewiger Krieg oder Ende der Besatzung und Frieden“	Uri Weltmann (Intv.)	2/2025	34
Waffenruhe vor dem nächsten Sturm	Tariq Kenney-Shawa	2/2025	37
DOSSIER: Palästina		3/2025	34
Die ethnische Säuberung des Westjordanlands	Qassam Muaddi	3/2025	35
Das letzte Kapitel des Völkermordes	Chris Hedges	3/2025	38
Für einen säkularen, demokratischen und revolutionären Staat im historischen Palästina	Groupe communiste révolutionnaire (GCR-Libanon)	3/2025	40
Israels „Hüterin der Demokratie“	Orly Noy, Amos Brison	3/2025	42
Ein imperialistischer Angriff auf den gesamten Nahen Osten	18. Weltkongress der Vierten Internationale	3/2025	45
DOSSIER: Kein Ende der zweiten Nakba in Sicht		6/2025	14
Unsere Aufgaben für die Befreiung Palästinas	Büro der Vierten Internationale	6/2025	15
Eine schmerzhaft Bilanz: zwei Jahre fortgesetzter Katastrophe	Gilbert Achcar	6/2025	18
Die „ungesetzliche“ Zivilbevölkerung	Yuval Abraham	6/2025	20
Krieg gegen die Zivilbevölkerung	Yuval Abraham	6/2025	25
Streiks für Palästina	Marina Forti	6/2025	29
Die geplante Katastrophe: Gilbert Achcar zur Dialektik von Gaza	Simon Pearson	6/2025	32
Widerstand in Palästina	Salah Hamouri (Intv.)	6/2025	38
Eine neue israelische Landkarte	Qassam Muaddi	6/2025	41
Zwanzig Jahre BDS	Omar Barghouti	6/2025	44
BRICS – antiimperialistische und reale Komplizenschaft	Rhetorik Eric Toussaint	6/2025	46
Spanischer Staat			
Nicht vom Himmel gefallen	Manuel Garí	1/2025	10
Syrien			
Die Rebellion in Syrien verstehen	Joseph Daher (Intv.)	1/2025	54
Nein zu den Massakern an den Alawit:innen in Syrien!	Büro der Vierten Internationale	3/2025	49
Keine Aggression gegen Syrien	18. Weltkongress der Vierten Internationale	3/2025	50
Voraussetzungen für den Wiederaufbau	Joseph Daher	5/2025	17
Normalisierung heißt Unterwerfung	Joseph Daher	6/2025	55
Türkei			
Die Türkei und die kurdische Frage	Uraz Aydın	2/2025	22
Wohin führen die Proteste in der Türkei?	Serdar Kazak	3/2025	61
Die Türkei nach der Selbstauflösung der PKK	Uraz Aydın (Intv.)	5/2025	24
USA			
Trump und das Dilemma der Linken	Ashley Smith	1/2025	22
Tag der Befreiung	Michael Roberts	3/2025	13

REGISTER NACH THEMEN (AUSWAHL)

Titel	Autor*in	Heft	Seite
Antimilitarismus			
Krieg und Frieden – Nation und Klassenfrage	Jakob Schäfer, Thies Gleiss	3/2025	3
Militärausgaben und Sozialabbau	Jürgen Wagner	3/2025	7
Keinen Euro für die Kriegstüchtigkeit!	Galia Trépère	3/2025	18
Krise und Empire	Jakob Schäfer	4/2025	38
Gegen Aufrüstung, Krieg und Imperialismus!	Gippò Mukendi Ngandu	4/2025	44
Arbeitsrecht			
Das faschistische Arbeitsunrecht lebt weiter	Heinrich Neuhaus	2/2025	61
„Nie wieder ist jetzt!“. Fortwirken des faschistischen Arbeitsunrechts beenden!	Offener Brief	2/2025	64
„Arbeitsunrecht stoppen!“	Heinrich Neuhaus	4/2025	56
Autoindustrie			
Gewerkschaftsbürokratie bettelt um Sozialpartnerschaft	Jakob Schäfer	1/2025	3
Buchbesprechung			
Konkurrenz – Grundprinzip einer vernünftigen Gesellschaftsordnung?	Johann-Friedrich Anders	2/2025	59
Siedlerkolonialismus, ethnische Säuberung und Völkermord	Jakob Schäfer	5/2025	58
Debatte			
Über das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung	Angela Klein	1/2025	48
Ernest Mandel			
Ernest Mandel – Marxist und Visionär	Winfried Wolf	5/2025	29
Faschismus			
„Faschisierung“?	Johann-Friedrich Anders	4/2025	32
Die AfD verbieten?	Thies Gleiss	4/2025	35
Frauenbewegung			
„Woman is the Nigger of the World“	Wolfgang Cürten	2/2025	40
ISO			
Politische Herausforderungen, vor denen wir stehen	Resolution der Bundeskonferenz der ISO	1/2025	7
Jugend			
Komm mit uns zum Sommercamp der Jugend der IV. Internationale		3/2025	64
Sommer, Sonne, Internationalismus! – Auf zum antikapitalistischen Sommercamp		4/2025	62
Klassenorganisation			
Demokratischer Zentralismus in einer revolutionären Partei	Édouard Soulier	2/2025	3
Warum wir eine Partei brauchen	Fabienne Dolet, Édouard Soulier	2/2025	7
Klima			
COP 29 – mehr schlecht als recht	Michael Roberts	1/2025	16
Vier Schlüsselemente für einen gerechten Übergang	Aaron Niederman	5/2025	37
Klimaneutrale Energiewende ist ohne Gaskraftwerke möglich	Klaus Meier	6/2025	10
Sturm in der Kaffeetasse – Auswirkungen der globalen Erwärmung	Phil Hearse	6/2025	62
Kulturgeschichte			
Der Surrealismus – nach hundert Jahren	Helmut Dahmer	2/2025	52
Nachruf			
Udo Filthaut geb. Heiber	W. A.	5/2025	44

Neue Weltordnung

DOSSIER: Die neue Weltordnung		2/2025	15
Die „neue Weltordnung“ der USA	Yvan Lemaitre	2/2025	16
Es wächst zusammen ...	Martine Orange	2/2025	19
Die Türkei und die kurdische Frage	Uraz Aydın	2/2025	22
Kurden als Manövriermasse	Berivan Firat (Intv.)	2/2025	27
Annexion des Westjordanlands	Michael Arria	2/2025	28
Morgenluft für die Völkermörder	Meron Rapoport	2/2025	31
„Ewiger Krieg oder Ende der Besatzung und Frieden“	Uri Weltmann (Intv.)	2/2025	34
Waffenruhe vor dem nächsten Sturm	Tariq Kenney-Shawa	2/2025	37
Die Karten werden neu gemischt	Jaime Pastor	3/2025	21

Ökonomie

Trumps Deal mit der EU: kein Ende der Krise	Jakob Schäfer	5/2025	3
Donald Trumps „großes, schönes“ Steuergesetz	Michael Roberts	5/2025	6
Zollkrieg verschärft die Krise	Michael Roberts	5/2025	11
Sturm in der Kaffeetasse – Auswirkungen der globalen Erwärmung	Phil Hearse	6/2025	62

Rechtspopulismus

Warum ist der Rechtspopulismus so erfolgreich?	Jakob Schäfer	6/2025	3
--	---------------	--------	---

Vierte Internationale

Ein imperialistischer Angriff auf den gesamten Nahen Osten	18. Weltkongress der Vierten Internationale	3/2025	45
Nein zu den Massakern an den Alawit:innen in Syrien!	Büro der Vierten Internationale	3/2025	49
Keine Aggression gegen Syrien	18. Weltkongress der Vierten Internationale	3/2025	50
18. Weltkongress der IV. Internationale	Penelope Duggan, Antoine Larrache	3/2025	51
Das Ausmaß der kapitalistischen Krise erkennen			

REGISTER NACH AUTOR:INNEN

Titel	Land/Thema	Heft	Seite
Al-Mounadil-a			
Solidarität in Marokko	Naher Osten	4/2025	28
W. A.			
Udo Filthaut geb. Heiber	Nachruf	5/2025	44
Yuval Abraham			
Die „ungesetzliche“ Zivilbevölkerung	Palästina	6/2025	20
Krieg gegen die Zivilbevölkerung	Palästina	6/2025	25
Gilbert Achcar			
Eine schmerzhaft Bilanz: zwei Jahre fortgesetzter Katastrophe	Palästina	6/2025	18
Johann-Friedrich Anders			
Konkurrenz – Grundprinzip einer vernünftigen Gesellschaftsordnung?	Buchbesprechung	2/2025	59
„Faschisierung“?	Faschismus	4/2025	32
Michael Arria			
Annexion des Westjordanlands	Neue Weltordnung, Palästina	2/2025	28
Uraz Aydın			
Die Türkei und die kurdische Frage	Neue Weltordnung, Türkei	2/2025	22
Die Türkei nach der Selbstauflösung der PKK	Türkei	5/2025	24
Omar Barghouti			
Zwanzig Jahre BDS	Palästina	6/2025	44

Offener Brief					
„Nie wieder ist jetzt!“: Fortwirken des Arbeitsrecht faschistischen Arbeitsunrechts beenden!		2/2025	64		
Amos Brison					
Israels „Hüterin der Demokratie“	Palästina	3/2025	42		
Wolfgang Cürten					
„Woman is the Nigger of the World“	Frauenbewegung	2/2025	40		
Joseph Daher					
Die Rebellion in Syrien verstehen	Syrien	1/2025	54		
Die Revolution im Nahen Osten und die „Achse des Widerstands“	Naher Osten	3/2025	25		
Voraussetzungen für den Wiederaufbau	Syrien	5/2025	17		
Normalisierung heißt Unterwerfung	Syrien	6/2025	55		
Helmut Dahmer					
Der Surrealismus – nach hundert Jahren	Kulturgeschichte	2/2025	52		
Hermann Dierkes					
Der Anfang vom Ende?	Naher Osten	4/2025	17		
Fabienne Dolet					
Warum wir eine Partei brauchen	Klassenorganisation	2/2025	7		
Penelope Duggan					
18. Weltkongress der IV. Internationale	Vierte Internationale	3/2025	51		
Das Ausmaß der kapitalistischen Krise erkennen					
Editorial					
Israel als imperialistischer Stoßtrupp im Nahen Osten	Nahen Osten	4/2025	3		
Berivan Firat					
Kurden als Manövriermasse	Neue Weltordnung	2/2025	27		
Marina Forti					
Streiks für Palästina	Palästina	6/2025	29		
Lara Friedman					
Trumps offene Agenda	Naher Osten	1/2025	37		
Manuel Garí					
Nicht vom Himmel gefallen	Spanien	1/2025	10		
Thies Gleiss					
Krieg und Frieden – Nation und Klassenfrage	Antimilitarismus	3/2025	3		
Die AfD verbieten?	Faschismus	4/2025	35		
Groupe communiste révolutionnaire (GCR-Libanon)					
Für einen säkularen, demokratischen und revolutionären Staat im historischen Palästina	Palästina	3/2025	40		
Salah Hamouri					
Widerstand in Palästina	Palästina	6/2025	38		
Phil Hearse					
Kritische Mineralien und Genozid im Kongo		6/2025	58		
Sturm in der Kaffeetasse – Auswirkungen der globalen Erwärmung	Klima, Ökonomie	6/2025	62		
Chris Hedges					
Das letzte Kapitel des Völkermordes	Palästina	3/2025	38		
Em Hilton					
Vom Sündenbock zum Liebling der Rechten	Naher Osten	1/2025	34		
Resolution der Bundeskonferenz der ISO					
Politische Herausforderungen, vor denen wir stehen	ISO	1/2025	7		
Jodie Jones					
Abschiebung wegen Palästinasolidarität	Naher Osten	4/2025	14		
Serdar Kazak					
Wohin führen die Proteste in der Türkei?	Türkei	3/2025	61		
Dave Kellaway					
Solidarität mit Gaza ist nicht antisemitisch – Tod der Heuchelei	Naher Osten, Großbritannien	5/2025	54		
Tariq Kenney-Shawa					
Waffenruhe vor dem nächsten Sturm	Neue Weltordnung, Israel, Palästina	2/2025	37		
Babak Kia					
Die gebrechliche islamische Republik Iran	Iran	6/2025	48		
Angela Klein					
Über das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung	Debatte	1/2025	48		
Antoine Larrache					
18. Weltkongress der IV. Internationale	Vierte Internationale	3/2025	51		
Das Ausmaß der kapitalistischen Krise erkennen					
Yvan Lemaitre					
Die „neue Weltordnung“ der USA	Neue Weltordnung	2/2025	16		
Gideon Levy					
Geschichte als Feigenblatt	Naher Osten	4/2025	30		
Israel hat einen Plan zur ethnischen Säuberung des Gazastreifens	Naher Osten	5/2025	62		
Neiden Levy					
Die globale Rolle Israels am Beispiel Lateinamerikas	Naher Osten	1/2025	27		
Au Loong-yu					
Chinas Aufstieg: der Anfang vom Ende?	China	2/2025	43		
Paul Martial					
Demokratische Republik Kongo als Objekt vieler Begierden	Demokratische Republik Kongo	3/2025	57		
Klaus Meier					
Klimaneutrale Energiewende ist ohne Klima-Gaskraftwerke möglich		6/2025	10		
Qassam Muaddi					
Die ethnische Säuberung des Westjordanlands	Palästina	3/2025	35		
Der Massenerschießung in Gaza	Naher Osten	4/2025	12		
Eine neue israelische Landkarte	Palästina	6/2025	41		
Gippò Mukendi Ngandu					
Gegen Aufrüstung, Krieg und Imperialismus!	Antimilitarismus	4/2025	44		
Heinrich Neuhaus					
Das faschistische Arbeitsunrecht lebt weiter	Arbeitsrecht	2/2025	61		
„Arbeitsunrecht stoppen!“	Arbeitsrecht	4/2025	56		
Aaron Niederman					
Vier Schlüsselemente für einen gerechten Übergang	Klima	5/2025	37		

Orly Noy

Israelis zweiter Klasse Naher Osten 1/2025 40
 Israels „Hüterin der Demokratie“ Palästina 3/2025 42

Martine Orange

Es wächst zusammen ... Neue Weltordnung 2/2025 19

Jaime Pastor

Die Karten werden neu gemischt Neue Weltordnung 3/2025 21

Simon Pearson

Die geplante Katastrophe: Gilbert Ach- Palästina 6/2025 32
 car zur Dialektik von Gaza

Meron Rapoport

Morgenluft für die Völkermörder Neue Weltordnung, Palästina 2/2025 31
 Die Hügeljugend in Israels Militärstrate- Naher Osten 5/2025 51
 gie in der Westbank

Michael Roberts

COP 29 – mehr schlecht als recht Klima 1/2025 16
 Tag der Befreiung USA 3/2025 13
 Donald Trumps „großes, schönes“ Ökonomie 5/2025 6
 Steuergesetz
 Zollkrieg verschärft die Krise Ökonomie 5/2025 11

Pierre Rousset

Geschichte und internationalistische Kaschmir 4/2025 58
 Perspektive

Samah Salaime

Die Rechte der Frauen sind teilbar Naher Osten 4/2025 9

Jakob Schäfer

Gewerkschaftsbürokratie bettelt um Autoindustrie 1/2025 3
 Sozialpartnerschaft
 Der pure Antikapitalismus am Limit Klassenorganisation 2/2025 10
 Krieg und Frieden – Nation und Klas- Antimilitarismus 3/2025 3
 senfrage
 Bankrott der „westlichen Wertege- Naher Osten 4/2025 21
 meinschaft“
 Krise und Empire Antimilitarismus 4/2025 38
 Trumps Deal mit der EU: kein Ende der Krise Ökonomie 5/2025 3
 Siedlerkolonialismus, ethnische Säuberung Naher Osten, Buchbe- 5/2025 58
 und Völkermord sprechung
 Warum ist der Rechtspopulismus so er- Rechtspopulismus 6/2025 3
 folgreich?

Matthias Schindler

Die pompöse Beerdigung der Sandinis- Nikaragua 6/2025 52
 tischen Revolution

Houshang Sepehr

Iran nach dem „Waffenstillstand“ Naher Osten 5/2025 46

Manos Skoufoglou

Die Massenbewegung ist zurück Griechenland 3/2025 55

Ashley Smith

Trump und das Dilemma der Linken USA 1/2025 22

Édouard Soulier

Demokratischer Zentralismus in einer Klassenorganisation 2/2025 3
 revolutionären Partei
 Warum wir eine Partei brauchen Klassenorganisation 2/2025 7

Ashley Smith

Trump und das Dilemma der Linken USA 1/2025 22

Daniel Tanuro

Die PTB zwischen Bruch und Beteiligung Belgien 4/2025 49

Eric Toussaint

BRICS – antiimperialistische Rhetorik Palästina 6/2025 46
 und reale Komplizenschaft

Galia Trépère

Keinen Euro für die Kriegstüchtigkeit! Antimilitarismus 3/2025 18

Büro der Vierten Internationale

Nein zu den Massakern an den Syrien, Vierte Interna- 3/2025 49
 Alawit:innen in Syrien! tionale
 Israel jetzt stoppen! Naher Osten 4/2025 6
 Unsere Aufgaben für die Befreiung Pa- Palästina 6/2025 15
 lästinas

**18. Weltkongress der Vierten In-
ternationale**

Ein imperialistischer Angriff auf den ge- Palästina, Vierte 3/2025 45
 samten Nahen Osten Internationale
 Keine Aggression gegen Syrien Syrien, Vierte Interna- 3/2025 50
 tionale

Friedrich Voßkuhler

Apartheid in Israel – Tabu in Deutsch- Naher Osten 1/2025 41
 land?

Jürgen Wagner

Militärausgaben und Sozialabbau Antimilitarismus 3/2025 7

Uri Weltmann

„Ewiger Krieg oder Ende der Besatzung Neue Weltordnung, 2/2025 34
 und Frieden“ Israel, Palästina

Winfried Wolf

Ernest Mandel – Marxist und Visionär Ernest Mandel 5/2025 29